



BERLINER ERFAHRUNGEN

Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen
mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Projekt: „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins –
Dokumentation und Analyse“

IMPRESSUM

Herausgeber:

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Chausseestr. 29 | 10115 Berlin

Telefon 030/ 240 45 430 | Fax 030/ 240 45 319

E-Mail info@vdk-berlin.de

V.i.S.d.P.: Bianca Klose, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Layout: Novamondo Design | www.novamondo.de

Auflage: 1000 Exemplare

Bildnachweise:

Die Bildrechte liegen, soweit nicht anders angegeben, beim VDK e.V.

Alle Rechte bleiben bei den Fotograf/innen.

Titelbild: 06.12.2008 in Berlin-Lichtenberg - Zivilgesellschaftlicher Protest gegen einen rechtsextremen Aufmarsch (Bildrechte: MBR Berlin)

Seite 06: Rathaus Pankow,

Seite 09: Freizeitforum Marzahn - Tagungsort der BVV Marzahn-Hellersdorf,

Seite 27: Rathaus Neukölln - Tagungsort der BVV Neukölln,

Seite 36: Aula der Max-Taut-Schule - Tagungsort der BVV Lichtenberg,

Seite 39: Protest gegen eine NPD-Veranstaltung am Rathaus Treptow - Tagungsort der BVV Treptow-Köpenick.

Copyright: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)

Berlin im Dezember 2008

DAS PROJEKT „AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS IN KOMMUNALEN GREMIEN BERLINS“ ...

- ...dokumentiert die Aktivitäten der Rechtsextremen in den kommunalen Gremien und analysiert ihre Vorgehensweisen,
- ...beschreibt die Handlungsweisen der demokratischen Verordneten im Umgang mit den rechtsextremen Strategien in kommunalen Gremien und
- ...beobachtet die Auswirkungen rechtsextremer Präsenz in den Bezirksverordnetenversammlungen auf das Gemeinwesen.

ZIEL DES PROJEKTES IST ES...

- ...kommunale Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu unterstützen,
 - ...auf der Basis des Erfahrungswissens der demokratischen Verordneten prozessbezogen und praxisorientiert Handlungsstrategien weiterzuentwickeln sowie
 - ...zu einer kontinuierlichen Entwicklung von Präventions- und Interventionsmöglichkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus beizutragen, um mit ihnen demokratische Handlungsräume zu verteidigen.
- Das Projekt bietet demokratischen Verordneten und ihren Fraktionen fachliche Unterstützung an. Gerne nehmen Vertreter/innen des Projektes an Austauschrunden und Informationsveranstaltungen teil. Darüber hinaus werden auf Grundlage der Dokumentationen und fachlichen Analysen Workshop-Module sowie Publikationen erarbeitet.

INHALT

06 DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS IN KOMMUNALEN GREMIEN UND LANDESPARLAMENTEN – EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

09 ZIELE UND STRATEGIEN DER NPD IN KOMMUNALEN GREMIEN

11 STABILISIERUNG DER RECHTSEXTREM(-ORIENTIERT)EN WÄHLER/INNENKLIENTEL

12 GEWINNUNG NEUER WÄHLER/INNENKREISE

- 12 Vortäuschen kommunalpolitischer Kompetenz
- 12 Öffentlichkeitsarbeit
- 13 Rechtsextreme Bemühungen um gesellschaftlichen Anschluss: einige Beispiele

13 *Ethnopluralismus*

15 *Völkische Familienpolitik*

16 *Völkische Umweltpolitik*

16 *Rechtsextremer Sozialpopulismus*

17 UMGANG MIT GESELLSCHAFTLICHER ÄCHTUNG UND DEMOKRATISCHEM ENGAGEMENT

- 17 Unterlaufen der gesellschaftlichen Ächtung
- 17 Delegitimierung und Behinderung des Engagements gegen Rechtsextremismus

19 BINNENWIRKUNG DER PRÄSENZ RECHTSEXTREMER VERORDNETER AUF DIE NPD SOWIE DEN PARTEIUNGEBUNDENEN RECHTSEXTREMISMUS IN BERLIN

- 19 Gewinnung und Professionalisierung von Funktionsträger/innen
- 20 *Exkurs: Die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) der NPD*
- 20 Absicherung der Parteistruktur
- 21 *Exkurs: Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) der NPD*
- 21 Zusammenarbeit mit aktionsorientierten Rechtsextremen in Berlin

22 AKTIVITÄTEN UND STRATEGISCHES VORGEHEN DER NPD IN DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN

- 22 Aktivitäten der NPD-Verordneten
- 23 Bezirksübergreifende strategische Zusammenarbeit

23 FAZIT: RECHTSEXTREME IN KOMMUNALEN GREMIEN IN BERLIN UND ANDEREN BUNDESLÄNDERN

27 DIE DEMOKRATISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

- 28 VERSCHIEDENE TYPEN DES DEMOKRATISCHEN UMGANGS MIT RECHTSEXTREMEN
- 29 DER BERLINER KONSENS
- 30 HERAUSFORDERUNGEN
- 32 BELASTUNGEN DES DEMOKRATISCHEN KONSENSES
- 33 ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG
- 34 RAHMENBEDINGUNGEN RECHTSEXTREMER WAHLERFOLGE

36 BILANZ UND AUSBLICK

39 ANHANG

40 AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS ALS KOMMUNALE QUERSCHNITTAUFGABE – DOKUMENTATION VON PRAXISBEISPIELEN

- 40 Städtische und kommunale Selbstverpflichtungen
- 41 Registerstellen zur Erfassung rechtsextremer Vorfälle
- 41 Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements
- 41 Öffentlich eigene Akzente setzen
- 42 Proteste gegen rechtsextreme Veranstaltungen
- 42 Den öffentlichen Raum demokratisch beleben
- 43 Potenziale von Jugendarbeit nutzen

44 DOKUMENTATION AUSGEWÄHLTER DEBATTEN UND ANFRAGEN AUS DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN

56 TABELLARISCHE DOKUMENTATION DER RECHTSEXTREMEN ANTRÄGE UND ANFRAGEN

- 56 Anträge der NPD im Vergleich
- 57 Aufteilung der Anträge nach Themen
- 58 Kleine, Mündliche und Große Anfragen im Vergleich
- 59 Aufteilung der Kleinen Anfragen nach Themen

60 LITERATURTIPPS

61 EMPFEHLENSWERTE INTERNETSEITEN

**GRUSSWORT
DES BEAUFTRAGTEN DES SENATS
FÜR INTEGRATION UND MIGRATION**



Liebe Leserinnen und Leser,

die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erfordert Kontinuität, Ausdauer und die Anstrengungen aller gesellschaftlichen Kräfte. Verfehlt wäre es, nur der Zivilgesellschaft die Bearbeitung der „Rechtsextremismusproblematik“ aufzubürden. Dies haben die Berliner Bezirksverordneten erkannt und leisten ihren Beitrag zu dieser Auseinandersetzung. Mit Engagement und Ideereichtum begegnen sie dem parlamentarischen Rechtsextremismus i.d.R mit einer „entlarvenden, selbstbewusst-dechiffrierenden“ Strategie. Nach zwei Jahren der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Abgeordneten in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen ist dies eine hoffnungsvolle Bilanz. Dennoch erfordert es Disziplin und gemeinsames Handeln der Demokraten, um sich der rechtsextremen Normalisierungsstrategie im parlamentarischen Alltag immer wieder entgegen zu stellen. Mein Respekt an alle diejenigen, die sich trotz knapper zeitlicher Ressourcen über Jahre hinweg dieser politischen Daueraufgabe stellen!

Dennoch bleibt viel zu tun um das Leitbild Berlins als demokratische Einwanderungsstadt in die Praxis umzusetzen. Die Zurückweisung rechtsextremer Ideologien ist eine Grundbedingung für ein solches Leitbild und damit für das zukünftige Zusammenleben in unserer Stadt.

Der Berliner Senat begegnet den Gefährdungen des demokratischen Miteinanders in Berlin mit vielfältigen Strategien, wie sie u.a. in der Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dargestellt werden. Mit seinem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus fördert der Senat außerdem konkrete Unterstützungs- und Beratungsangebote für die kommunale Auseinandersetzung.

Die vorliegende Broschüre des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ ist ein Baustein aus diesem Unterstützungsangebot. Mit der Analyse und Einordnung rechtsextremer Strategien und dem Verweis auf erfolgreich praktizierte demokratische Problembearbeitung bietet sie geeignete Instrumente zur sozialen Ächtung menschenverachtender Ideologien im parlamentarischen Rahmen. Die Bedeutung dieser parlamentarischen Auseinandersetzung ist nicht zu unterschätzen: Die demokratische Kultur in den Parlamenten und die Anerkennung menschenrechtlicher Standards in den parlamentarischen Diskursen ist Vorbild für den Umgang mit Demokratie feindlichen Tendenzen in der Gesellschaft insgesamt.

Den Leserinnen und Lesern wünsche ich, dass sie sich bestärkt fühlen und neue Anregungen für die Aufgaben in den kommenden Jahren erhalten.


Günter Piening

DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS IN KOMMUNALEN GREMIEN UND IN LANDESPARLAMENTEN – EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE



Rathaus Pankow

Seit September 2006 sind demokratische Parteien und die demokratische Zivilgesellschaft mit der Präsenz von Rechtsextremen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der „Deutschen Volksunion“ (DVU) in vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) konfrontiert. Zudem sind die „Republikaner“ (REP) mit einem Sitz in einer BVV vertreten.¹ Die Bezirke sind zu einer zentralen Bühne des Kampfes der Rechtsextremen um gesellschaftlichen Anschluss geworden. Die Demokrat/innen sind in den kommunalen Gremien nunmehr mit einem politischen Gegner konfrontiert, der die Spielräume der demokratischen Ordnung zielbewusst ausnutzt, um eben diese Ordnung zu zerstören und durch ein völkisch-rassistisches, autoritäres Gemeinschaftsmodell zu ersetzen. Dadurch haben sich die Arbeitsbedingungen der Bezirksverordneten spürbar verändert. Die vehemente Infragestellung demokratischer Werte durch die Rechtsextremen stellt eine Kultur des menschenrechtsorientierten und pluralistischen Miteinanders vor Herausforderungen.

Rechtsextreme Parteien konnten in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Mandate in kommunalen Gremien und in Landtagen gewinnen. Der Sprung in den Bundestag blieb ihnen indessen verwehrt. In den letzten Jahren hat sich die NPD durch außerparlamentarische Erfolge bei der Gewinnung und Einbindung junger Rechtsextremer zur Bewegungspartei und zum „Gravitationsfeld im Rechtsextremismus“² entwickelt. Auch im parlamentarischen Raum ist die NPD mittlerweile die am stärksten wahrnehmbare und erfolgreichste rechtsextreme Kraft, so dass sich die Analyse rechtsextremer Aktivitäten in Landesparlamenten und kommunalen Gremien notwendigerweise auf diese Partei fokussiert.

Die offen völkisch-nationalistische, rassistische und antidemokratische NPD verfolgt ein langfristig angelegtes Konzept zur Erlangung der politischen und kulturellen Hegemonie in der Gesellschaft, um ihre Vorstellungen von einer ethnisch homogenen und autoritär strukturierten (Volks-) Gemeinschaft zu realisieren. Zu diesem Zweck wurde 1998 das sogenannte „Drei-Säulen-Konzept“ beschlossen.³ Während die erste Säule, der „Kampf um die Köpfe“, auf die Gewinnung einer geistigen und kulturellen Hegemonie abzielt, stellt die zweite Säule den „Kampf um die Straße“ dar. Damit ist die Verankerung rechtsextremer Strukturen, Aktivitäten und Ideologeme im öffentlichen Raum gemeint. Politische Gegner/innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle und alternative Jugendliche sollen eingeschüchtert und verdrängt werden. Seit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im Jahr 2004 kommt der dritten Säule, dem „Kampf um die Parlamente“, eine besondere Bedeutung zu: Die Präsenz in kommunalen und parlamentarischen Gremien wird ausgenutzt, um das rechtsextreme Gedankengut in der Gesellschaft zu verbreiten, die demokratische Ächtung rechtsextremer Positionen zu unterlaufen, außerparlamentarische Aktivitäten des Rechtsextremismus zu unterstützen sowie staatliche Mittel für die rechtsextremen Parteien nutzbar zu machen. Die Wahlerfolge sichern der NPD nicht nur ihre Liquidität, sondern gewähren ihr auch öffentlichkeitswirksame Schauplätze. Folglich konzentriert die Partei ihre Kräfte auf Wahlkämpfe und setzt in Landesparlamenten und kommunalen Gremien hochrangige Funktionsträger/innen ein.

Die Führung der NPD hofft, über die Kommunen in die Landtage und über die Landtage schließlich in den Bundestag einzuziehen. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und zuletzt in Brandenburg setzte die rechtsextreme Partei viel Kraft ein, um in diesen für sie aussichtsreichen Bundesländern möglichst flächendeckend in kommunale Gremien zu gelangen. Welchen Stellenwert die Führung der NPD der Gewinnung von kommunalpolitischen Mandaten einräumt, zeigte eine Statutenänderung beim Bundesparteitag im Mai 2008: Der Vorsitzende der „Kommunalpolitischen Vereinigung“ (KPV) der Partei, die seit 2003 die kommunalpolitischen Aktivitäten der NPD koordiniert und professionalisiert, erhielt „kraft Amtes“ einen Sitz im Bundesvorstand der Partei.

Mittlerweile gibt es eine Reihe informativer Untersuchungen aus Wissenschaft und Politik über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien und Landtagen Deutschlands. Die Erkenntnisse, die an anderen Orten gewonnen wurden, können auf die Berliner Praxis bezogen werden, und die Darstellung und Analyse der Berliner Entwicklungen kann wiederum den bisherigen Erfahrungsschatz bereichern.

In Berlin ist die NPD kommunal vergleichsweise wenig verankert. Nichtsdestotrotz lassen sich in Teilen der Bevölkerung alltagsrassistische Einstellungspotenziale sowie Sympathien mit dem Rechtsextremismus verorten, an die die rechtsextremen Parteien bei ihren Wahlerfolgen anknüpfen konnten. Als Bundeshauptstadt besitzt Berlin eine hohe symbolische Bedeutung für den deutschen Rechtsextremismus. Folglich sind in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen mehrere wichtige Führungsfiguren der Berliner und der Bundes-NPD vertreten.

Zwei Jahre nach dem Einzug von Rechtsextremen in mehrere Berliner Bezirksverordnetenversammlungen legt das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ mit dieser Handreichung eine umfangreiche Untersuchung zum Thema vor. Die möglichst genaue Kenntnis der rechtsextremen Vorgehensweisen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung sachgerechter und effektiver Strategien zur Eindämmung dieser demokratiegefährdenden Bestrebungen. Ob die Entwicklung solcher Strategien gelingt, wird der Ausgang der demokratischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entscheiden. Deshalb werden im ersten Teil der Handreichung die Aktivitäten und Strategien der Rechtsextremen in den Bezirksverordnetenversammlungen vorgestellt und mit kommunalen Gremien und Landesparlamenten in anderen Regionen und Bundesländern verglichen.

Der Umgang der demokratischen Parteien mit den Rechtsextremen steht im Mittelpunkt des zweiten Teils der Handreichung. Er basiert vielfach auf dem Erfahrungswissen der demokratischen Bezirksverordneten, dessen Bündelung und Aufbereitung zur Weiterentwicklung von demokratischen Umgangsweisen gegen Rechtsextremismus beitragen kann. Folgenden Fragen soll nachgegangen werden: Welche grundlegenden Strategien der demokratischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus lassen sich erkennen, und wie erfolgreich waren sie? Welche Verfahren haben sich bewährt, welche Erschwernisse gab es und wo bestehen Potenziale der Verbesserung? Vorgestellt werden praxisorientierte Handlungsempfehlungen, die der Normalisierungsstrategie der Rechtsextremen – also ihrem Bemühen, als normale und wählbare Partei anerkannt zu werden – entgegenwirken.

Im dritten Teil werden einige vorbildliche Praxisbeispiele demokratischen kommunalpolitischen Handelns dokumentiert, ebenso exemplarische rechtsextreme Äußerungen und Initiativen aus kommunalen Gremien sowie die demokratischen Reaktionen.

Die Verfasser/innen hoffen, dass die vorliegende Handreichung dem wissenschaftlichen und politischen Diskurs sowie vor allem den demokratischen Kommunalpolitiker/innen Berlins einige Anregungen zu geben vermag. Über Diskussionsbeiträge und Kritik freuen wir uns. Unser Dank gilt in besonderem Maße den demokratischen Bezirksverordneten, die uns Einblick in ihre schwierige Arbeit nehmen ließen, sowie unserer Kooperationspartnerin, der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)“, die bis zum Start unseres Projekts die Aktivitäten der Rechtsextremen in den Bezirksverordnetenversammlungen beobachtet hat und auf deren Dokumentationen und Analysen wir aufbauen konnten.

1 Die „Republikaner“ gelten einigen deutschen Verfassungsschutzbehörden seit einiger Zeit nicht mehr als rechtsextrem und beobachtungswürdig. Sie selbst lassen keine Gelegenheit aus, sich als dem demokratischen Spektrum zugehörig darzustellen; die Führung der Bundespartei unter Rolf Schlierer grenzt sich konsequent von der NPD ab. Dennoch vertreten die REP und ihre Mitglieder zumindest teilweise rechtsextreme Positionen. Schon ein Blick auf die Internetseite ihres Pankower Verbands (www.rep-pankow.de) macht dies klar: Hier finden sich rechtsextreme Inhalte, etwa rassistische Hetze gegen Muslim/innen.

2 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006.

3 Vgl. Brandstätter, Mark: Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, S. 1029-1031. Die „vierte Säule“ („der Kampf um den organisierten Willen“), die Brandstätter hier anführt, bezieht sich auf eine andere Ebene, nämlich das Bestreben der NPD, die Vorherrschaft innerhalb des rechtsextremen Spektrums zu gewinnen.

ZIELE UND STRATEGIEN DER NPD IN KOMMUNALEN GREMIEN



Freizeitforum Marzahn – Tagungsort der BVV Marzahn-Hellersdorf

„Kommunalpolitik ist für uns ein sehr wertvolles Feld. Sachsen hat ja bewiesen, dass es sinnvoll ist, erst in den Kommunen verankert zu sein. Über die Kommunen kommt man dann auch in [...] die Landtage und über die Landtage in den Bundestag. [...] Landesverbände werden nur dann Erfolg haben, wenn sie [...] kommunal stark verankert sind. [...] Die NPD will den parlamentarischen Weg weiter forcieren, aber wirklich mit Schwerpunkt Kommunalwahl momentan.“
(NPD-Vorstandsmitglied Klaus Beier)¹

Nachdem sich die NPD in vielen Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern, kommunal verankern konnte, ist sie nun bestrebt, das rechtsextreme Wähler/innenpotenzial weiter auszubauen. In einigen Bundesländern war sie in der Lage, nahezu flächendeckend Kandidat/innen aufzustellen und Wahlerfolge zu erzielen. Derzeit ist die Partei in Dutzenden kommunalen Gremien in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Bei den sächsischen Kommunalwahlen im Sommer 2008 trat sie erstmals in allen Landkreisen an und kann nun Mandatsträger/innen in sämtliche Kreistage entsenden. Auch die brandenburgischen Kommunalwahlen brachten den rechtsextremen Parteien Mandate in allen Landkreisen, in denen NPD und DVU antraten.

Michael Rauschenbach: geb. 1966, Tiefbau-Facharbeiter/Schachtmeister, Verordneter in Pankow

Als einziger Verordneter der „Republikaner“ (REP) in einer BVV erreicht er kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Bei seinen seltenen Wortbeiträgen geht es ihm meist darum, seine Partei vor dem Vorwurf des Rechtsextremismus in Schutz zu nehmen und stattdessen vermeintlichen Linksextremismus in den Fokus zu rücken.

Seit den letzten Kommunalwahlen im September 2006 sitzen rechtsextreme Verordnete auch in Berlin in mehreren kommunalen Gremien. In den Bezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf zog die NPD mit je drei Verordneten als Fraktion in die BVV ein. Zwei weitere Kandidaten der NPD erhielten Mandate in Neukölln. In Pankow wurde mit Michael Rauschenbach ein Vertreter der Republikaner ins Kommunalparlament gewählt. Da er jedoch kaum Aktivitäten entfaltet, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf das Wirken der NPD-Verordneten.

Auch wenn sich das Auftreten der rechtsextremen Verordneten in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen unterscheidet, lässt sich ein gemeinsames strategisches Vorgehen der Berliner NPD-Verordneten erkennen. Die grundlegenden Elemente ihrer Aktivitäten entsprechen den Strategien in kommunalen Gremien anderer Bundesländer sowie den Landtagen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens. Auch bundesweit verfolgt die NPD eine Doppelstrategie: Zum einen tritt sie als Partei der „kleinen Leute“ auf und versucht, sich durch ein vermeintlich seriöses und bürgernahes Auftreten als „normaler“ politischer Faktor, als anerkannte politische Partei mit Lösungskonzepten für soziale Problemlagen darzustellen. Zum anderen bedient sie aber durch stetige und möglichst öffentlichkeitswirksame Provokationen und Tabubrüche ihre rechtsextreme Klientel. Die konkrete Tätigkeit der Berliner rechtsextremen Verordneten ist jedoch nicht nur durch die übergreifende politische Strategie der NPD bestimmt, sondern differenziert sich entlang der politischen und sozialen Besonderheiten Berlins sowie der individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten der NPD-Verordneten aus.

An sachorientierten, kommunalpolitischen Aushandlungsprozessen ist den Rechtsextremen nicht gelegen. Sie betrachten die kommunalen Gremien lediglich als Bühnen ihrer Agitation, als Durchgangsstation auf dem Weg zur politischen und kulturellen Hegemonie, die sie anstreben. Daher kann das Agieren der NPD-Verordneten nicht am normativen Maßstab einer sachbezogenen und konstruktiven demokratisch-parlamentarischen Kommunalpolitik gemessen werden.

Dort, wo Rechtsextreme fester Bestandteil einer Kommune sind, erzielt die NPD meist besonders hohe Wahlergebnisse. Hier greifen die einzelnen Elemente ihrer Strategie – „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“ – am wirksamsten ineinander.² Trotz der fehlenden lokalen Verankerung bedient sich die NPD in den kommunalen Gremien Berlins derselben Strategien wie in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern – nicht zuletzt mit dem Ziel, durch die Präsenz in der BVV doch noch eine sozialräumliche Etablierung zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund sollen in diesem Teil der Handreichung Strategien und Ziele der NDP in der parlamentarischen Arbeit beleuchtet werden. Wie sehen diese aus, und wie werden sie in Berlin umgesetzt? Wo liegen Unterschiede im Auftreten der Partei in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen und beispielsweise dem im Schweriner Landtag?

Rechtsextreme wollen in kommunalen Gremien immer mindestens drei Hauptadressaten erreichen bzw. auf sie einwirken: die wählende Bevölkerung, die politischen Gegner/innen und schließlich die eigene Partei sowie das gesamte rechtsextreme Spektrum. Deshalb werden die Strategien und Vorgehensweisen der NPD jeweils im Hinblick auf diese drei Hauptzielgruppen dargestellt.

STABILISIERUNG DER RECHTSEXTREMEN BZW. RECHTSEXTREM ORIENTIERTEN WÄHLER/INNENKLIENTEL

Die Verordneten der NPD versuchen immer wieder, BVV-Sitzungen durch provokant formulierte Anträge und Redebeiträge zu dominieren, um so rechtsextremes Gedankengut im kommunalpolitischen Raum zu verankern. Mit Hilfe von gezielten Tabubrüchen versucht die NPD, ihrer „*Leuchtturmfunktion*“³ und ihrer Rolle als Sprachrohr für den deutschen Rechtsextremismus gerecht zu werden. Als beispielsweise die BVV Treptow-Köpenick über die Unterstützung für den Bau eines türkischen Handelszentrums entscheiden sollte, hielt der NPD-Verordnete Eckart Bräuniger eine von rassistischen Stereotypen geprägte Rede. Er zeichnete ein Bild von zu „*Slums und Ghettos*“ verkommenen Stadtteilen, „*in welchen die Kriminalität ungeahnte Ausmaße erreicht*“. Hier würde man „*an jeder Ecke von dahergelaufenen Ramschhändler(n)*“ begrüßt.⁴

Beispielhaft für die Provokationsstrategie der rechtsextremen Kommunalparlamentarier/innen ist der Antrag zu den von ihr so genannten „*roten Stolpersteinen*“, den sie im April 2008 in allen Bezirksverordnetenversammlungen stellte und der eine doppelte geschichtsrevisionistische Spitze enthält⁵: Während er einerseits die Deutschen zu „*Opfer(n) der sowjetischen Besatzung*“⁶ erklärt und somit das Täter-Opfer-Verhältnis des Zweiten Weltkriegs umkehrt, ist er andererseits eine infame Persiflage der authentischen „*Stolpersteine*“, die der Kölner Künstler Gunter Demnig seit einigen Jahren in vielen deutschen Städten zur Erinnerung an von den Nationalsozialisten ermordete jüdische Menschen verlegt. Die NPD platzierte den Antrag gezielt in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai und führte dazu am 23. April eine Kundgebung vor ihrer Bundesparteizentrale in Köpenick durch.

Der Lichtenberger NPD-Verordnete Jörg Hähnel erreichte eine gewisse Öffentlichkeit, als er im Dezember 2007 beantragte, den Anton-Saefkow-Platz in Lichtenberg – benannt nach einem von den Nationalsozialisten ermordeten Widerstandskämpfer – in „*Waldemar-Pabst-Platz*“ umzubenennen⁷. Waldemar Pabst war der direkte Befehlsgeber für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Januar 1919. In seiner Antragsbegründung bezeichnete Hähnel das Vorgehen Pabsts als „*mutigen Einsatz*“ zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und Ordnung. Aufgrund seines Redebeitrages stellte die Lichtenberger Bezirksstadträtin Katrin Framke Strafanzeige gegen den NPD-Mann wegen Volksverhetzung bzw. der öffentlichen Billigung von Straftaten⁸; im Oktober wurde Jörg Hähnel zu einer hohen Geldstrafe verurteilt.

Eckart Bräuniger: geb. 1971, Außenhandelskaufmann, Verordneter in Treptow-Köpenick

Als langjähriger rechtsextremer Funktionär – zurzeit NPD-Bundesvorstandsmitglied – bedient der ehemalige Kroatien-Söldner durch seine provokativen Äußerungen das Spektrum des aktionsorientierten Rechtsextremismus.

Jörg Hähnel: geb. 1975, Landschaftsgärtner, Verordneter in Lichtenberg

Der amtierende NPD-Landesvorsitzende sammelte bereits Erfahrungen in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt/ Oder. Rhetorisch relativ geschickt, betätigt er sich schwerpunktmäßig als rechtsextremer Hardliner.

GEWINNUNG NEUER WÄHLER/INNENKREISE

VORTÄUSCHEN KOMMUNALPOLITISCHER KOMPETENZ

Das erklärte Ziel der kommunalpolitischen Arbeit der NPD ist es, sich mit populistischen Initiativen als vermeintliche Anwältin der „kleinen Leute“ darzustellen und so über die vorhandene Wähler/innenschaft hinaus neue Anhänger/innen zu gewinnen. Um im Sinne der langfristig angelegten Normalisierungsstrategie erfolgreich sein zu können, ist es für die NPD-Verordneten unabdingbar, der Öffentlichkeit das Image der „netten Bürger/innen von nebenan“ sowie der kompetenten Kommunalpolitiker/innen zu präsentieren.

„Über das persönliche Ansehen lokaler Spitzenpersonen [...] werden kommunalpolitische Erfolge [...] angestrebt, die wiederum in gute Ergebnisse bei überregionalen Wahlen [...] umgesetzt werden sollen.“⁹

Matthias Wichmann: geb. 1973, Maurer, Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Trotz seiner langjährigen Tätigkeit in der NPD bleibt der gebürtige Berliner in den BVV-Sitzungen meist farblos. Mit Anträgen und Anfragen will er sich als Kommunalpolitiker profilieren, tritt aber gelegentlich auch als ideologisch gefestigter Provokateur auf.

Um sich als seriöse Alternative gegenüber den demokratischen Parteien darzustellen, versucht die NPD immer wieder, lokale Missstände und Probleme aufzugreifen. Nicht selten tut sie das in populistischer Art und Weise. Einige dieser Initiativen überschreiten zudem die Entscheidungsbefugnisse kommunaler Gremien: Der BVV-Verordnete Matthias Wichmann forderte beispielsweise, in Marzahn-Hellersdorf einen Mindestlohn für Erwerbsarbeit einzuführen.¹⁰

Auch Themenfelder wie die Kriminalität, die bei vielen Bürger/innen stark emotional besetzt sind, werden aufgenommen, auf rassistische Weise interpretiert und entsprechende vermeintliche Lösungen angeboten. So sollen unter anderem „ausländische Straftäter schneller abgeschoben“¹¹ werden.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der Berliner NPD-Landesverband gibt seit 2007 das Faltblatt „Weiterdenken! Mitteilungsblatt der NPD Berlin“ heraus. Wurde bei den ersten beiden Ausgaben noch für jeden Bezirk, in dem die NPD in der BVV vertreten ist, eine Extra-Version gedruckt, enthielt 2008 die dritte Ausgabe¹² einheitlich Artikel aus verschiedenen Berliner Bezirken. Das Blatt, das nach Angaben der NPD eine Auflage von 500.000 Stück hat, wurde an eigens dafür aufgestellten Informationsständen im öffentlichen Straßenland verteilt, und es wurden einzelne Briefkastensteckaktionen durchgeführt. Von einer flächendeckenden Versendung oder Verteilung in den einzelnen Bezirken konnte jedoch nicht die Rede sein.

Udo Voigt: geb. 1952, Metallflugzeugbauer/ Politikwissenschaftler/ Reserveoffizier, Verordneter in Treptow-Köpenick

Der NPD-Bundesvorsitzende bemüht sich um ein staatsmännisch-souveränes Auftreten und versucht, Themen von bundespolitischer Relevanz in der Bezirksverordnetenversammlung zu platzieren.

In den Artikeln des Faltblatts wird unter anderem über Anträge der NPD informiert, mit denen die Partei angeblich Missstände in den Bezirken aufdeckt. So wird berichtet, dass der Treptow-Köpenicker Verordnete Udo Voigt in der BVV-Sitzung vom 28.02.2008 Fehler in einer Beschlussvorlage zur Umstrukturierung der Stadtteilbibliotheken anprangerte. Dass es sich bei diesen „Fehlern“ keineswegs um inhaltliche Mängel handelte, sondern das Bezirksamt lediglich Zahlen zur Gesamtfläche der bezirklichen Bibliotheken vertauscht haben soll, wird in dem Beitrag jedoch nicht erwähnt.¹³ Bei der inhaltlichen Diskussion um die Neustrukturierung des Bibliothekswesens hingegen konnte die NPD-Fraktion keinen konstruktiven Beitrag leisten.

Seit dem Einzug der NPD in die vier Bezirksverordnetenversammlungen ist ein Zuwachs an öffentlichen Veranstaltungen der Partei zu verzeichnen. Im Jahr 2007 rief sie eine Veranstaltungsoffensive aus und versucht seither verstärkt, sich in öffentlich-rechtlichen Räumen der Bezirke als normale und wählbare politische Kraft zu präsentieren. Die NPD nutzt dabei das so genannte Parteienprivileg, um für ihre Veranstaltungen an diese Räumlichkeiten zu gelangen. Durch die Beharrlichkeit, mit der immer

wieder bezirkseigene Räume – meist Rathäuser, aber beispielsweise auch eine Seniorenfreizeitstätte oder eine Volkshochschule – angemietet werden, soll ein Ermüdungseffekt bei den sich dagegen zur Wehr setzenden demokratischen Gegenkräften erzielt werden, um so eine schleichende Normalisierung rechtsextremer Präsenz im öffentlichen Raum zu erreichen.

Das Ziel, „aus den Hinterzimmern heraus“¹⁴ zu kommen und über das eigene Klientel hinaus Personenkreise anzusprechen, wurde von den Rechtsextremen bislang jedoch verfehlt: Die meisten Veranstaltungen wurden mehrheitlich von NPD-Mitgliedern und anderen organisierten Rechtsextremen besucht, während andere Bürger/innen fern blieben.

Mehr zu rechtsextremen Anmietungsversuchen in: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen. Berlin 2008.

RECHTSEXTREME BEMÜHUNGEN UM GESELLSCHAFTLICHEN ANSCHLUSS : EINIGE BEISPIELE

Die Nationalisierung der sozialen Frage oder die Ethnisierung gesellschaftlicher Problemlagen, beispielsweise in der Bildungs- und Familienpolitik, sind auch über ihre parlamentarische Arbeit hinaus zentrale Anliegen der NPD. Die rechtsextremen Bezirksverordneten versuchen mit ihren Anträgen und Wortbeiträgen an Stimmungen und Ängste anzuknüpfen, die in der Bevölkerung verbreitet sind. Zunehmend argumentieren sie dabei nicht mehr offen auf rassistische, völkische oder antisemitische Weise, sondern setzen eine modernisierte rechtsextreme Rhetorik ein. Dies soll im Folgenden an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

ETHNOPLURALISMUS

“[...] dass in den unteren Schulklassen ein nach Ethnien getrenntes Unterrichtsfach Heimatkunde eingeführt wird.“¹⁵

Um ihre klare Ablehnung von Seiten der Demokrat/innen zu unterlaufen, äußert sich die NPD in kommunalen Gremien und Landesparlamenten immer seltener in eindeutig biologistisch-rassistischer Weise. Statt auf einer biologistischen Konstruktion von „Rassen“ zu beharren, bei der die „weiße Rasse“ als überlegen angesehen wird, bedient sich die rechtsextreme Partei zunehmend der kulturalistischen Argumentationen des Ethnopluralismus.

Der Ethnopluralismus lehnt die Idee universell gültiger Menschenrechte als „kulturzerstörende Gleichmacherei“ ab. Aus dem Blickwinkel des Partikularismus¹⁶ und des Relativismus betrachtet er die Menschen als aufgrund ihrer Kultur wesensmäßig und unveränderlich verschieden. Einer der bis heute bedeutendsten Vordenker der sogenannten „Neuen Rechten“, der Franzose Alain de Benoist, glaubt, dass der biologistische Rassismus spätestens seit dem Holocaust diskreditiert sei. Deshalb plädiert er dafür, stattdessen den Kulturbegriff zu verwenden:

„Ich bin der Ansicht, dass die kulturellen Unterschiede, die Vielfalt der Völker und der Kulturen den eigentlichen Reichtum der Menschen ausmachen.“¹⁷

Die „nationale Identität“ – also Kultur, Tradition und teilweise Religion – wird von den Neuen Rechten als unabänderliches Merkmal von Menschen angesehen. Wie im Rechtsextremismus sonst auch, wird im Ethnopluralismus das Individuum systematisch der Gemeinschaft untergeordnet. Im Gegensatz zum „klassischen“ Rassismus hingegen plädiert das neu-rechte ethnopluralistische Konzept zumindest vordergründig für das friedliche und gleichberechtigte Nebeneinander ethnisch homogener Nationen. Die Idee des Multikulturalismus wird jedoch strikt abgelehnt, da die Integration von „Fremden“ Kulturen und damit letztendlich auch die Menschen vernichte:

„Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht. Die Umvolkungspolitik reißt aber auch die Ausländer aus ihren volklichen Lebensgemeinschaften heraus und entfremdet sie ihrer eigenen Heimat, Herkunft und Identität.“¹⁸

In den 80er Jahren wurde das Konzept des Ethnopluralismus über die Kreise der intellektuellen „Neuen Rechten“ hinaus populär: Es half dem Rechtsextremismus, in die Debatten der gesellschaftlichen Mitte um „Überfremdung“ und „Asylmissbrauch“ hineinzuwirken und eine Politik der Apartheid zu propagieren. Der Ethnopluralismus dient der Rechtfertigung von Diskriminierung, Ausgrenzung und letztlich von Gewalt gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.

Ethnopluralistische Argumentationsweisen machen rechtsextreme Ideologien und Weltbilder bis in die Mitte der Gesellschaft hinein attraktiv. Beispielhaft seien hierfür die Konflikte um repräsentative Moscheebauten in Berlin und anderswo genannt. Ethnopluralistische Argumentationen sind jedoch – ebenso wie biologisch-rassistische – mit Demokratie und Menschenrechten unvereinbar. Dem ausgrenzenden rechtsextremen Gemeinschaftsmodell muss das Leitbild eines menschenrechtsorientierten Miteinanders aller Menschen in der Kommune entgegen gesetzt werden. Im Mittelpunkt einer demokratischen Argumentation sollte das Wissen um die stetige Veränderlichkeit von Gesellschaften aufgrund vielfältiger kultureller, wirtschaftlicher, politischer usw. Einflüsse stehen.

Die NPD beruft sich spätestens seit 2002 auf das Konzept des kulturellrelativistischen Ethnopluralismus und versucht sich seitdem an seiner Verknüpfung mit biologischem Rassismus. Wie sehr die NPD aber trotz der ethnopluralistischen Modifikationen in biologischen Denkmustern verhaftet bleibt, zeigt sich in ihrer Verteidigung des völkischen Abstammungsprinzips:

„Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“¹⁹

In den Bezirksverordnetenversammlungen stellt die NPD ethnopluralistische Argumentationen häufig in einen kommunalpolitischen Bezugsrahmen. Beispielsweise forderten die NPD-Verordneten die Bezirksämter auf, Anglizismen zukünftig zu vermeiden, um die deutsche Sprache zu schützen. Jörg Hähnel erklärte in seiner Begründung in der BVV Lichtenberg dazu:

Jan Sturm: geb. 1965, Kfz-Mechaniker, Verordneter in Neukölln

In den Sitzungen der BVV meldet sich der rhetorisch und intellektuell wenig kompetente Sturm selten zu Wort. Im stark von Migration geprägten Bezirk hetzt er besonders gegen Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund.

„Die deutsche Sprache ist ein Teil unseres Kulturgutes und ein Teil unserer eigenen Identität. Wenn wir mit dieser Sprache nicht achtsam umgehen, so verleugnen wir uns selber, wenn wir diese Sprache nicht pflegen, wenn wir sie missbrauchen, so missbrauchen wir letzten Endes auch uns selber.“²⁰

Hier wird nicht „Rasse“, sondern Sprache als Teil von Kultur und Identität thematisiert. Ebenso brachte die NPD durch verschiedene Anträge und Anfragen zum Ausdruck, dass sie für eine Trennung deutscher und migrantischer Schüler/innen eintritt. Der NPD-Verordnete Jan Sturm forderte in der BVV Neukölln, die „wenigen Kinder ohne Migrationshintergrund in unserem Stadtbezirk auf wenige Schulen zusammen zu legen.“²¹

VÖLKISCHE FAMILIENPOLITIK

Der Familie als kleinstem Glied des rechtsextrem-rassistischen Konstrukts der „Volksgemeinschaft“ wird von der NPD eine enorme Bedeutung beigemessen. Der Appell an die Frauen, möglichst viele deutsche Kinder zur Welt zu bringen, muss im Kontext dieser Konstruktion gesehen und als eine Antwort auf „Überfremdungs“-Szenarien verstanden werden. Daher fordert beispielsweise der rechtsextreme „Ring Nationaler Frauen“:

„Deutschland braucht mehr deutsche Kinder, um das Leben lebenswerter zu machen und um die Zukunft aller Deutschen zu sichern.“²²

Eingefordert wird das Wiedererstarken der deutschen Familie mit einer klaren Festlegung auf die traditionellen Geschlechterrollen: Während der Mann für den Unterhalt und die Vertretung der Familie nach außen sorgen soll, hat die Frau vor allem Hausfrau und Mutter zu sein. Ihr Engagement soll durch ein „Müttergehalt“²³ entlohnt werden. Zwar sieht die NPD in ihrem Aktionsprogramm die Kindererziehung auch als Aufgabe der Männer an²⁴, doch bedeutet das keineswegs eine Auflösung der stereotypischen Geschlechterrollenzuschreibungen. So formulierte der NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs nach den Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern seinen Dank an die Frauen der NPD-Kandidaten folgendermaßen:

„Wir danken unseren Frauen, die Unglaubliches geleistet haben – vom Kochen bis zum Wäschewaschen für die Kameraden.“²⁵

Alle Bestrebungen für eine Gleichstellung von Männern und Frauen hingegen werden als „Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens“²⁶ abgelehnt. Auch das Konzept des „Gender Mainstreaming“, das auf die Gleichstellung von Männern und Frauen in möglichst allen Lebensbereichen abzielt, gefährde Familie und Erziehung:

„Natürliche und gewachsene Bindungen sowie soziale Horte der Geborgenheit wie die Familie, wie die Partnerschaft zwischen Mann und Frau werden dergestalt herabgewürdigt, negiert und zertrümmert. [...] Phrasen von Familienförderung und Kinderfreundlichkeit wirken angesichts des „Genderings“ lächerlich und heuchlerisch.“²⁷

Deutlich wird, dass Rechtsextreme systematisch das Konzept des „Gender Mainstreaming“ mit wissenschaftlichen und politischen Diskursen vermischen, die eine emanzipatorische Kritik an der sozialen Konstruktion von Geschlechterdifferenzen üben und ebenfalls mit dem Begriff „Gender“ operieren. Damit suggerieren die Rechtsextremen, dass geschlechtsbezogene Gleichstellungsprogramme den Untergang „natürlicher“ Männlichkeit und Weiblichkeit bezwecken.²⁸

Rechtsextreme definieren Heterosexualität als natürlich. Homosexualität hingegen gilt ihnen als anormal und verwerflich, da sie nicht nur den Geschlechterdualismus zwischen Mann und Frau, sondern auch das traditionelle Familienmodell und damit die kleinste organisatorische Einheit der „Volksgemeinschaft“ in Frage stellt.

Vor diesem Hintergrund sprach Karl-Heinz Burkhardt (DVU) in der BVV Marzahn-Hellersdorf von „sexuell Andersdenkenden“ – aber meinte damit, in einer Verdrehung der Mehrheitsverhältnisse, nicht Homo-, sondern Heterosexuelle, die angeblich von Schwulen und Lesben unterdrückt würden.²⁹ Auch der NPD-Verordnete Eckart Bräuniger verhehlte seine Abneigung gegenüber Homosexuellen nicht, als er sich gegen einen Antrag auf Hissen der Regenbogenfahne am Rathaus Treptow wandte.³⁰

Karl-Heinz Burkhardt: geb. 1939, Gastronom/Rentner, Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Der Rentner ist Mitglied der DVU, wurde aber für die NPD in der BVV gewählt. In seinen Äußerungen stellt er diese Partei oft als Opfer eines „Kampf(es) gegen eine fiktiven Rechtsextremismus [Fehler im Original; d. Verf.]“³¹ dar. In der Regel bemüht er sich um ein seriöses und bürgernahes Erscheinungsbild.

VÖLKISCHE UMWELTPOLITIK

Für eine vertiefende Lektüre zu diesem Thema empfehlen wir das Buch „Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Faschismus und Emanzipation“ von Oliver Geden (Berlin 1999).

Unter dem Motto „*Umweltschutz ist Heimatschutz*“³² versuchen Rechtsextreme zunehmend, sich ökologisch zu profilieren. Dabei wird das Thema Umwelt völkisch aufgeladen: Die Vorstellung von einer intakten Natur und Umwelt wird immer wieder eng mit dem Erhalt der (deutschen) „Volksgeundheit“ verknüpft. Ziel der rechtsextremen Umweltpolitik ist „*die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen*“³³ – zuallererst für die „deutsche Volksgemeinschaft“. Mit verschiedenen Aktionen und Veröffentlichungen greifen rechtsextreme Parteien sowie parteiungebundene Netzwerke das Thema auf. Beispielhaft zu nennen ist hier die Broschüre „*Umwelt & Aktiv – Magazin für ein ganzheitliches Denken*“, deren Herausgeber aus dem Umfeld der NPD stammt³⁴ Berliner Kameradschaftszusammenhänge und auch der „Ring Nationaler Frauen“ Berlin (RNF) reinigten mehrfach Berliner Parks und Spielplätze und konstatieren dazu.³⁵

*„Es ist schon traurig, daß Kinder zwischen Glasscherben, Zigarettenstummeln und Bierflaschen spielen müssen, weil sich unser Volk der Rolle seiner Jugend und ihrer Umwelt nicht bewusst ist.“*³⁶

Ein großer Teil der NPD-Initiativen in den Bezirksverordnetenversammlungen richtet sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Umweltgefahren. Die Lichtenberger NPD-Fraktion beantragte beispielsweise, der Bezirk solle Sorge tragen, dass in kommunalen Einrichtungen kein gentechnisch manipuliertes Essen gereicht werde.³⁷

RECHTSEXTREMER SOZIALPOPULISMUS

Da zu diesem Thema eine Fülle von Materialien vorliegt, wird es an dieser Stelle nur kurz behandelt. Zum Weiterlesen empfehlen wir exemplarisch die Broschüre „*Trittbrettfahrer der Sozialen Frage*“ des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) (Berlin 2007).

Aus ihrem Selbstverständnis als „völkischer Kummerkasten“ heraus versucht die NPD, die „soziale Frage“ zu ethnisieren. Für soziale Missstände macht sie Migrant/innen und Asylsuchende sowie umfassende Globalisierungsprozesse verantwortlich. Auf dieser Grundlage fordert die Partei:

*„Wirtschafts- und Sozialfragen müssen konsequent nationalisiert werden, d.h. es ist herauszustellen, daß es den Sozialstaat nicht ohne den Nationalstaat geben kann, soziale Solidarität nicht ohne nationale Solidarität, Sozialleistungen für das eigene Volk nicht ohne konsequenten Ausschluß ausländischer Sozialschnorrer.“*³⁸

Die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland sowie die damit verbundenen prekären sozio-ökonomischen Lagen und Abwertungserfahrungen vieler Bürger/innen begünstigen die Bestrebungen der Rechtsextremen, sich gezielt als Anwälte der herkunftsdeutschen Bevölkerung zu präsentieren, die konkrete Lösungen für Probleme anzubieten haben. So stellten die NPD-Fraktionen in Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf zwei nahezu identische Große Anfragen zu „*Widerspruchsverfahren gegen Bescheide über ALG II im Bezirk*“³⁹

UMGANG MIT GESELLSCHAFTLICHER ÄCHTUNG UND DEMOKRATISCHEM ENGAGEMENT

Der Erfolg der rechtsextremen Bemühungen um eine Etablierung der NPD als Partei wie jede andere ist entscheidend davon abhängig, ob es ihr gelingt, ihre gesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen. Die Zustimmung zu Anträgen der demokratischen Parteien, das Knüpfen persönlicher Kontakte zu demokratischen Verordneten, beispielsweise im gemeinsamen Pausengespräch, aber auch die Delegitimierung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus sind Bestandteile dieser Bemühungen.

UNTERLAUFEN DER GESELLSCHAFTLICHEN ÄCHTUNG

Die aus manchen Bezirken bekannt gewordenen Anbiederungsversuche der Verordneten wie auch der Fraktionsgeschäftsführer der NPD – zum Beispiel demonstrative Zustimmung zu Anträgen demokratischer Parteien oder persönliche Kontaktaufnahmen zu demokratischen Verordneten und Mitarbeiter/innen der Fraktionen, der Bezirksämter und der BVV-Büros – sind Teil der Normalisierungsstrategie der NPD. Durch solche Annäherungsversuche soll den Demokrat/innen die Ächtung der Rechtsextremen erschwert und – ähnlich wie auch bei der demonstrativen Zustimmung zu Initiativen einzelner demokratischer Parteien – der demokratische Konsens aller Parteien geschwächt werden.

Diesem Ziel dient auch ein großer Teil der Öffentlichkeitsarbeit der NPD. Im Allgemeinen ist die öffentliche Wahrnehmbarkeit der kommunalen Gremien eher gering. Jedoch setzt die NPD die ihr zur Verfügung stehenden Medien ein, um sich und das eigene Wirken in den Bezirksverordnetenversammlungen publik zu machen. Auf der Internetpräsenz des Berliner Landesverbandes⁴⁰ finden sich in unregelmäßigen Abständen Artikel, die auf Geschehnisse in den einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen Bezug nehmen. Einzig die Abgeordnete Manuela Tönhardt veröffentlicht Berichte nach jeder einzelnen Sitzung der BVV Lichtenberg. Grundtenor ist hier die Selbstinszenierung als „wehrhafte Opfer“ der demokratischen Parteien. Doch Tönhardt sieht auch Erfolge der NPD-Initiativen: Allein schon das Setzen bestimmter Themen durch die rechtsextremen Verordneten wird positiv gewertet.

DELEGITIMIERUNG UND BEHINDERUNG DES ENGAGEMENTS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Wie Manuela Tönhardt wird die NPD auch insgesamt nicht müde, sich als „unschuldiges und wehrhaftes Opfer“ der demokratischen Parteien darzustellen, die „pseudodemokratische Heuchelei“ und „Gesinnungsfaschismus“⁴¹ betreiben würden. Das Demokratieverständnis der NPD erkennt demokratische Werthaltungen wie Menschenrechtsorientierung nicht an und verkürzt die Demokratie auf formale Verfahrensregelungen. Ziel der Partei ist es, demokratische Abgeordnete zu verunsichern, indem versucht wird, dem öffentlichen Rechtfertigungsdruck, dem die rechtsextremen Abgeordneten ausgesetzt sind, auszuweichen und ihn an die demokratischen Parteien zurückzugeben. Nicht die NPD soll sich für ihre Positionen rechtfertigen müssen, sondern die demokratischen Abgeordneten müssen demnach ihre demokratischen Werte und Verfahrensweisen erklären.

So erklärte der Treptow-Köpenicker Fraktionsvorsitzende Udo Voigt, „[...] dass die Antragsteller [...] klar machen sollten [...], was sie denn unter Rechtsextremismus und Neonazismus verstehen. [...] Wir bekennen uns bereits in unserem Namen zur Demokratie [...].“⁴²

„Meine Partei heißt nationaldemokratisch, das heißt, wir bekennen uns schon in unserem Begriff zur Demokratie [...] und auf unseren Veranstaltungen haben selbst politische Gegner immer die Möglichkeiten, sich zu Wort zu melden und werden nicht rausgeworfen oder Ähnliches [...].“⁴³

„Die Eigenwahrnehmung der NPD und ihrer Anhängerschaft als Leidtragende einer ungerechtfertigten Ausgrenzung sowie als ‚wehrhafte Opfer‘ ist integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie und Selbstwahrnehmung.“⁴⁴

In Redebeiträgen kritisieren NPD-Verordnete oft, dass die demokratischen Parteien Anträge der Rechtsextremen nur ablehnen würden, weil sie von der NPD gestellt würden.⁴⁵ Sie präsentieren sich als von den demokratischen Parteien benachteiligt und diskriminiert und stilisieren sich selbst demgegenüber als einzige wahrhaft demokratische Akteure. In diesem Kontext wird auch auf die Anzahl der NPD-Wähler/innen verwiesen, deren Wille respektiert werden müsse.

Um die eigene Präsenz als politische Partei zu legitimieren, unternimmt die NPD außerdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Versuch, bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu diffamieren. Gern und häufig wird ein Linksextremismus angeprangert, den sie entkontextualisiert und zur großen Bedrohung stilisiert: So hielt der Verordnete Thomas Vierk in der Sitzung der BVV Neukölln vom Oktober 2008 einen längeren Redebeitrag zum Gewaltpotenzial antifaschistischer Gruppen und verwies dabei ganz allgemein auf vermeintlich von Linken begangene Brandanschläge im Bundesgebiet. Die Brandanschläge im Süden Neuköllns hingegen, die nur wenige Monate zuvor von Rechtsextremen begangenen wurden, thematisierte er nicht.

„In Marzahn-Hellersdorf häufen sich in den letzten Wochen Übergriffe von linken Gewalttätern auf friedliche Bürger.“⁴⁶

Thomas Vierk: geb. 1973, Maurer/ arbeitslos, Verordneter in Neukölln

Der stellvertretende NPD-Landes- und Neuköllner Kreisverbandsvorsitzende hat offenbar gute Kontakte zur aktionsorientierten rechtsextremen Szene im Ortsteil Rudow. Als Redner in der BVV noch seltener als Sturm bemerkbar, hält er auf rechtsextremen Aufmärschen in Berlin regelmäßig Ansprachen, die den juristischen Tatbestand der Volksverhetzung nur knapp verfehlen.

Ihre Präsenz in kommunalen Gremien nutzen die Rechtsextremen nicht zuletzt dazu, Informationen über politische Gegner/innen zu gewinnen. Die NPD stellt Anfragen zum Engagement politischer Gegner/innen und zu Unterstützungsleistungen aus öffentlichen Mitteln für demokratisches, zivilgesellschaftliches Handeln.⁴⁷ Die dadurch erlangten Informationen können die Rechtsextremen für ihre Agitation verwenden. Allerdings, so die Einschätzung demokratischer Verordneter, schöpfen sie diese Möglichkeiten der Informationsgewinnung bei Weitem nicht aus.

Die Präsenz der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen führt vereinzelt zu Einschüchterungsversuchen gegenüber politischen Gegner/innen: Als am 21. Januar 2008 im Rathaus Lichtenberg die „Lange Nacht der Politik“ stattfand, nutzten gewaltbereite Rechtsextreme die Räumlichkeiten der NPD-Fraktion als Ausgangs- und Sammelpunkt, um von hier aus in kleinen Gruppen durchs Rathaus zu gehen. Zivilgesellschaftlich engagierte Menschen, die dort ihre Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus vorstellten, wurden von ihnen eingeschüchtert.

BINNENWIRKUNG DER PRÄSENZ RECHTSEXTREMER VERORDNETER AUF DIE NPD SOWIE DEN PARTEI-UNGEBUNDENEN RECHTSEXTREMISMUS IN BERLIN

Die zunehmenden Mandatsgewinne stellen die NPD, obwohl von ihr erwünscht, auch vor Schwierigkeiten: Der finanzschwachen Partei fehlt es in Berlin an Mitgliedern und fähigen Repräsentant/innen. Wenn sie langfristig tragfähige Strukturen aufbauen will, ist sie gezwungen, sich weiter zu professionalisieren, und sie muss flächendeckend über geschulte Repräsentant/innen verfügen⁴⁸. Im Rahmen des „Kampfes um die Köpfe“ sollen die Mitglieder argumentativ und rhetorisch geschult werden, damit sie zu Wahlkampfzeiten und in Diskussionen überzeugend die NPD-Propaganda vertreten können. So formuliert unter anderem der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) als eines seiner wesentlichen Ziele:

„Frauen zu schulen und zu bilden, um sie bei der Übernahme leitender Aufgaben in der NPD sowie zu aktiver Mitarbeit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, vor allem zur Mandatsübernahme auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu unterstützen.“⁴⁹

Die NPD ist bundesweit auf Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung angewiesen. Ohne Wahlerfolge hat sie jedoch keinen Anspruch auf Steuergelder. Ihre dünne Personaldecke und ihre schwache finanzielle Rücklagen sind entscheidende Defizite der Partei, die sich nur durch die Gewinnung weiterer Wähler/innenschichten, die Rekrutierung neuer Mitglieder sowie die Schulung von Funktionär/innen auflösen lassen.

GEWINNUNG UND PROFESSIONALISIERUNG VON FUNKTIONSTRÄGER/INNEN

Landläufig gelten rechtsextreme Mandatsträger/innen oftmals nicht nur als „faul“, sondern auch als „wenig kompetent“, was unter anderem auf das wenig professionelle Auftreten der DVU im sachsen-anhaltinischen Landtag zurückgeht.⁵⁰ Auch in Berlin finden sich in den Bezirksverordnetenversammlungen rechtsextreme Verordnete, die zuvor nie in der Öffentlichkeit präsent waren und die zuvor keinerlei kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt haben. Bis heute konnten sie wenig kommunalpolitische Kompetenzen entwickeln. Einige rechtsextreme Verordnete entfalten kaum Aktivitäten, bei anderen scheint die Intensität ihres Engagements stark zu schwanken. Die NPD-Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf verlor ihren Fraktionsstatus, nachdem ein Mitglied die Partei verließ. Insgesamt gesehen setzen die NPD-Verordneten in allen vier Bezirken ihre Arbeit kontinuierlich fort. Nach wie vor ist aber das Niveau ihrer Aktivitäten – je nach Bezirk und Personen – sehr unterschiedlich.

Parallel zur Schulung von Mitgliedern und Funktionsträger/innen dienen die kommunalen Gremien ebenso wie die Landtage den Rechtsextremen als „Lehrwerkstatt“⁵¹ und Experimentierfeld. Durch ihre Tätigkeit sammeln die rechtsextremen Mandatsträger/innen praktische Erfahrungen und verfahrenstechnische Kenntnisse. Diesen Kompetenzgewinn auf rhetorischer, kommunal- beziehungsweise landespolitischer sowie verwaltungstechnischer Ebene können sie in ihrem Auftreten in Sitzungen nutzen. So berufen sich mittlerweile rechtsextreme Verordnete in Berlin mitunter auf die jeweilige Geschäftsordnung, um dem/der Vorsteher/in oder den demokratischen Verordneten Ungleichbehandlung vorzuwerfen. Zugleich testen sie ihren Spielraum für offen rechtsextremes Auftreten in den Gremien aus. Verglichen mit der Arbeit der demokratischen Parteien kann dennoch von einer professionellen Gremienarbeit der NPD in Berlin derzeit keine Rede sein. Manche Anträge, die die NPD-Verordneten in den Bezirksverordnetenversammlungen stellen, sind nach wie vor sprachlich mangelhaft und weisen formelle Schwächen auf.

Wolfgang-Dieter Chieduch: geb. 1945, Maurer, Verordneter in Marzahn-Hellersdorf

Der ehemalige NPD-Fraktionsvorsitzende in der Marzahn-Hellersdorfer BVV nahm aufgrund einer Erkrankung seit Herbst 2007 an keiner Sitzung mehr teil. Im August 2008 trat er aus der NPD-Fraktion aus, die damit ihren Fraktionsstatus verlor. Sein Mandat behielt er jedoch.

Einige Rechtsextreme aus dem Spektrum der NPD sind regelmäßig als Zuschauer/innen bei BVV-Sitzungen vertreten. Es ist zu vermuten, dass sie sich mit dem Sitzungsalltag vertraut machen sollen, um in späteren Wahlperioden Mandate wahrnehmen zu können.

EXKURS: DIE „KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG“ (KPV) DER NPD

Neben dem NPD-internen „Arbeitskreis Kommunalpolitik“ macht es sich die 2003 gegründete „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) als Zusammenschluss aller Mandatsträger/innen der NPD in kommunalen Gremien zur Aufgabe, den bundesweiten Erfahrungsaustausch zu organisieren und kommunalpolitische Strategien zu entwickeln. So werden Wahlkämpfe koordiniert sowie Schulungen und Seminare durchgeführt, um die NPD-Verordneten in ihrer Gremientätigkeit zu unterstützen. Weiterhin will die KPV dazu beitragen, die Tätigkeit der rechtsextremen Mandatsträger/innen stärker mit der Arbeit der Kreis- und Landesverbände der NPD zu verbinden. Die KPV ist ihrem Anspruch gemäß mit Verordneten aus dem gesamten Bundesgebiet besetzt. Ein Großteil kommt jedoch aus Sachsen-Anhalt und Sachsen, wo die NPD bereits seit längerem in vielen kommunalen Gremien vertreten ist.

Ein sichtbares Produkt der Koordination unter den rechtsextremen Mandatsträger/innen sind Anträge, die – mehr oder weniger stark zeitlich abgestimmt – in verschiedenen Landtagen und kommunalen Gremien gestellt werden. Exemplarisch hierfür ist abermals der ‚Stolperstein‘-Antrag⁵², der seine Wanderung im Schweriner Landtag begann und im April 2008 die Runde durch die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen machte, um danach bei den NPD-Verordneten im Brandenburger Kreistag Oder-Spree anzukommen. Auch der zeitlich weiter zurückliegende Antrag auf Umbenennung der Beauftragten für Integration und Migration in „Beauftragte zur Ausländerrückführung“⁵³, der ebenfalls in allen Bezirksverordnetenversammlungen mit NPD-Präsenz gestellt wurde, hatte seinen Ursprung außerhalb Berlins, nämlich in der sächsischen NPD-Landtagsfraktion.

ABSICHERUNG DER PARTEISTRUKTUREN

Manuela Tönhardt: geb. 1952, Kulturwissenschaftlerin, Verordnete in Lichtenberg

Das ehemalige DVU-Mitglied ist heute Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Lichtenberg-Hohenschönhausen. Sich bürgernah gebend, versteht sie es, kommunalpolitische Probleme aufzugreifen und zu instrumentalisieren. Als Vorsitzende des Berliner RNF und einzige Frau in der NPD-Fraktion bedient sie oft familienpolitische und soziale Themen. Ansonsten pflegt sie einen konfrontativen Stil der Auseinandersetzung.

Die rechtsextremen Verordneten erhalten staatliche Geld- und Sachmittel, vor allem Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme an Sitzungen und Fahrtgelder, die zum Ausbau rechtsextremer Strukturen genutzt werden können. Im Vergleich zu Landtagen sind diese Zuwendungen in kommunalen Gremien wesentlich geringer.

Nicht zuletzt im Rahmen der Normalisierungsstrategie ist daher der Zugang der NPD zu bezirkseigenen Räumen, der ihr durch den Besitz von kommunalen Mandaten gegeben ist, von wesentlich größerer Bedeutung. Die NPD, die sonst in Berlin nur eingeschränkt an Räume für größere Veranstaltungen außerhalb ihrer Köpenicker Parteizentrale gelangt, ist bemüht, ihre Möglichkeiten zur Anmietung bezirkseigener Räumlichkeiten öffentlichkeitswirksam zu nutzen.

EXKURS: DER „RING NATIONALER FRAUEN“ (RNF) DER NPD

Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) wurde im Herbst 2006 gegründet und soll sowohl NPD-Anhängerinnen als auch Parteiungebundene integrieren. Der Gründung von drei Berliner Regionalgruppen folgte im Herbst 2008 die Gründung des Landesverbandes.

Die derzeitige Bedeutung des RNF zeigt sich in der gestiegenen Präsenz seiner Funktionärinnen in anderen Parteigliederungen und in der Öffentlichkeit. Nach eigenen Angaben sind in sechs der acht Vorstände der Berliner NPD-Kreisverbände Frauen vertreten. Mit Manuela Tönhardt (Kreisverband Lichtenberg-Hohenschönhausen) und Gesine Hennrich (Kreisverband Marzahn-Hellersdorf) bekleiden RNF-Frauen sogar den Vorsitz zweier Kreisverbände.

Der RNF wurde auf dem NPD-Bundesparteitag im Mai 2008 zur offiziellen Parteiunterorganisation aufgewertet: Seine Vorsitzende ist jetzt per Amt gleichzeitig im Bundesvorstand der NPD vertreten. Der RNF hat sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil innerhalb der – noch immer stark männlich dominierten – extremen Rechten zu erhöhen und verstärkt Frauen in die mitgliederschwache Partei zu integrieren. Um Frauen an die Partei zu binden, werden jungen Frauen jugendgerechte Betätigungsfelder sowie ihren Interessen entsprechende Möglichkeiten des Engagements geboten. Auf rechts-extremen Aufmärschen wie am 23. August 2008 in Berlin-Neukölln trugen RNF-Vertreterinnen sogar das Front-Transparent.

In regelmäßig stattfindenden Austauschrunden versuchen RNF-Aktivistinnen, mit frauenspezifischen Themen und Anliegen an Frauen heranzutreten, Berührungsängste abzubauen und sie perspektivisch auch für die Arbeit in kommunalen Gremien zu gewinnen:

„Die Frauen nutzten gemütlich bei Kaffee und Kuchen die Gelegenheit auch zum Austausch über Fragen und Probleme sowie Erfahrungen. Der Tatendrang der Frauen war förmlich zu spüren und schon jetzt wußte die eine oder andere, daß sie für die Kommunalwahlen in 2008 kandidieren wird.“⁵⁴

Inhaltlich werden insbesondere frauen-, familien- und geschlechterpolitische Themen angesprochen. So war es der RNF, der erstmals das Thema „Gender Mainstreaming“ auf die politische Tagesordnung der NPD setzte. Ebenso versucht der RNF, an gesellschaftliche Debatten um die Rolle der Frau, an Kindesmissbrauch und ähnliche Themen anzuknüpfen, ohne jedoch bisher wahrnehmbar in gesellschaftliche Diskurse eingreifen zu können.

Trotz der Bemühungen des Ringes, dem Auftreten der NPD ein „weiblicheres“ Gesicht in ihrem Auftreten zu geben, ist die Gruppe der rechtsextremen Bezirksverordneten männlich dominiert – Manuela Tönhardt ist unter ihnen die einzige Frau. Damit entspricht das Bild der NPD in Berlin dem Bild in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns.⁵⁵ Auf kommunaler Ebene bekleiden bundesweit jedoch zunehmend auch Frauen Mandate der NPD.

ZUSAMMENARBEIT MIT AKTIONSORIENTIERTEN RECHTSEXTREMEN

Innerparteiliche Flügelkämpfe in der Bundes-NPD zur Frage der Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Rechtsextremen aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ und der „Autonomen Nationalisten“ sind für Berlin kaum von Bedeutung. Sowohl der ehemalige Landesvorsitzende Eckart Bräuniger als auch sein seit Juni 2008 amtierender Nachfolger Jörg Hähnel verschleiern ihr enges Verhältnis zum aktionsorientierten Rechtsextremismus kaum.⁵⁶ Einige führende Aktivist/innen der „Freien Kameradschaften“ sind mittlerweile in die NPD eingetreten. Die Verzahnung mit und Unterstützung

Zur weiteren Lektüre über rechtsextreme Frauen empfehlen wir das Buch „Retterin der weißen Rasse“ – Rechtsextreme Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle“ von Andrea Röpke (Braunschweig 2006).

von aktionsorientierten rechtsextremen Aktivist*innen sichert der Berliner NPD ihre Wirkungsmacht auf der Straße. Eine symbolische und reale Besetzung des öffentlichen Raumes im Sinne des „Kampfes um die Straße“ wäre ohne diese Zusammenarbeit kaum möglich.

In den Bezirksverordnetenversammlungen greift die NPD mit Anträgen das Anliegen der „Freien Kräfte Berlin“ auf, ein so genanntes „Nationales Jugendzentrum“ zu errichten⁵⁷

AKTIVITÄTEN UND STRATEGIE DER NPD IN DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN

Stefan Lux: geb. 1959, Historiker, Fraktionsgeschäftsführer in Treptow-Köpenick

Neben seiner Referenten-Tätigkeit auf etlichen NPD-Veranstaltungen berät er die NPD-Fraktion in Treptow-Köpenick. Der ehemalige NPD-Bundesschulungsleiter hat sich offenbar gut mit der Geschäftsordnung der BVV vertraut gemacht.

In Berlin betreten die Rechtsextremen mit dem Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen erstmals kommunalpolitisches Terrain und standen vor der Herausforderung, sich mit der Gremienarbeit vertraut zu machen. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen⁵⁸. Sie testen die Möglichkeiten der Bezirksverordnetenversammlungen aus, um eigene Handlungsspielräume zu erweitern und Strategien zu entwickeln, die eine größtmögliche Öffentlichkeit schaffen sollen.

Berlin nimmt als Bundeshauptstadt eine herausgehobene Rolle für die Rechtsextremen ein, weshalb in den Bezirksverordnetenversammlungen auch Funktionäre aus der Bundesebene wirken. Trotz dieser hochkarätigen Besetzung ist der Einfluss der NPD-Verordneten innerhalb der kommunalen Gremien und auch ihre öffentliche Wahrnehmung deutlich eingeschränkt.

AKTIVITÄTEN DER NPD-VERORDNETEN

Dietmar Tönhardt: Fraktionsgeschäftsführer in Lichtenberg

Der Mann der Lichtenberger NPD-Bezirksverordneten Manuela Tönhardt und ehemalige Vorsitzende des DVU-Landesverbandes trat im Sommer 2007 der NPD bei. Wie Stefan Lux wohnt er allen BVV-Sitzungen bei und berät die NPD-Verordneten.

Im Vergleich mit anderen kleinen Fraktionen erwiesen sich die elf NPD-Verordneten mit insgesamt 158 von ihnen gestellten Anfragen⁵⁹ und 111 Anträgen⁶⁰ als sehr umtriebig.⁶¹ Darunter sticht die NPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick mit 67 Anfragen besonders hervor, während die NPD-Fraktion in Lichtenberg die meisten Anträge gestellt hat. Durchschnittlich stellte die NPD in den vier Bezirksverordnetenversammlungen bis zum Sommer 2008 knapp fünf Anträge pro Monat. Dies bestätigt den bundesweiten Befund, wonach vor allem rhetorisch versierte und ideologisch gefestigte Verordnete – in der Regel langjährige rechtsextreme Funktionäre – sich sowohl in den Landtagen als auch in den kommunalen Gremien als besonders aktiv erweisen.

Hans-Joachim Henry: geb. 1952, Einzelhandelskaufmann/Außenendienstmitarbeiter, ehemaliger Fraktionsgeschäftsführer in Marzahn-Hellersdorf

Als die NPD in Marzahn-Hellersdorf ihren Fraktionsstatus verlor, musste der umtriebige NPD-Funktionär sein Amt abgeben. Aktivitäten entfaltet er weiterhin als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD.

Der Eindruck, dass die NPD-Verordneten besonders rege seien, täuscht jedoch: Während sie in den BVV-Sitzungen phasenweise relativ aktiv sind, zeigt ein Blick in die Ausschüsse, in denen ein Hauptteil kommunaler Gremienarbeit stattfindet, das genaue Gegenteil: Während die Rechtsextremen in den BVV-Sitzungen oftmals versuchen, sich als kompetente kommunalpolitische Akteure darzustellen, so beteiligen sie sich in den Ausschüssen nur äußerst selten und wenig konstruktiv. Hier genießen sie keine Öffentlichkeit; statt Fundamental-Opposition ist sachorientierte Kleinarbeit gefragt. Damit entspricht die Praxis der rechtsextremen Bezirksverordneten in Berlin derjenigen der NPD in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns. „Wir begeben uns nicht ins Hamsterrad der Ausschussarbeit.“⁶², erklärte der sächsische Landtagsabgeordnete und NPD-Vordenker Jürgen W. Gansel. Demzufolge besuchen einige rechtsextreme Verordnete nur selten Ausschusssitzungen – und wenn überhaupt, dann hauptsächlich solche, in denen sie an Informationen zu gelangen hoffen, die für ihre Aktivitäten relevant sein könnten.⁶³

BEZIRKSÜBERGREIFENDE STRATEGISCHE ZUSAMMENARBEIT

Seit dem Einzug der NPD in die Bezirksverordnetenversammlungen ist eine bezirksübergreifende, enge Zusammenarbeit der Verordneten und ihrer Mitarbeiter zu beobachten: In vierteljährlichen Austauschrunden werden Erfahrungen ausgewertet und Initiativen koordiniert. Auch die Geschäftsführer der NPD-Fraktionen nehmen an diesen Runden teil. Es ist davon auszugehen, dass vor allem der ehemalige NPD-Bundesschulungsleiter Stefan Lux in seiner Funktion als Geschäftsführer der NPD-Fraktion Treptow-Köpenick die Verordneten auch überbezirklich berät und schult.

Die überbezirkliche Koordination und Vernetzung trägt dazu bei, dass zwischen dem Auftreten der NPD-Verordneten in den einzelnen Bezirken deutliche Parallelen bestehen. Bereits wenige Monate nach ihrem Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen war bei den rechtsextremen Vertreter/innen eine innerfraktionelle Rollenverteilung zu konstatieren, die sich an der Doppelstrategie (Bedienen des eigenen Klientels sowie bürgernahes Auftreten) orientiert. Diese Rollenverteilung ist nicht statisch, lässt sich aber in ihren Grundzügen bis heute nachvollziehen. Betont bürgernah und kommunalpolitisch orientiert auftretenden Verordneten wie Fritz Liebenow (parteilos), der für die NPD in die BVV Treptow-Köpenick gewählt wurde, und dem Lichtenberger Torsten Meyer (DVU) stehen langjährige NPD-Kader wie Jörg Hähnel (Lichtenberg) und Eckart Bräuniger (Treptow-Köpenick) gegenüber, die sich provokant, eloquent und ideologisch gefestigt präsentieren. Rhetorisch relativ versiert tritt auch die Verordnete Manuela Tönhardt (Lichtenberg) auf. Udo Voigt (Treptow-Köpenick) versucht darüber hinaus, sich besonders seriös und staatsmännisch zu geben.

FAZIT: RECHTSEXTREME IN KOMMUNALEN GREMIEN IN BERLIN UND ANDEREN BUNDESLÄNDERN

In den vergangenen Jahren ist es der NPD gelungen, zum Gravitationszentrum des deutschen Rechtsextremismus zu werden. Um diese Dynamik innerhalb der rechtsextremen Bewegung zu erhalten, sind weitere Wahlerfolge unabdingbar, die zudem dringend benötigte Finanzmittel in die Kassen der Partei spülen sollen.

Für die NPD ist die parlamentarische Tätigkeit vorrangig als Propagandamöglichkeit von Bedeutung, weniger im Sinne einer sachorientierten Kommunalpolitik. Dies schlägt sich auch in ihren politischen Strategien nieder. Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Parlamente und kommunalen Gremien greift die rechtsextreme Partei auf ihre wesentlichen Strategien rechtsextremer Selbstinszenierung zurück. Sie wird auch weiterhin bemüht sein, sich bürgernah als Sprachrohr der „kleinen Leute“ zu profilieren, um so weitere Wähler/innen zu gewinnen. Mit ihrer Inszenierung als Opfer von Ausgrenzung verfolgt sie das Ziel, die relativ erfolgreiche Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD zu diffamieren und sich selbst als „wahre Volksvertreterin“ darzustellen. Eng verwoben mit der kontinuierlichen Selbstdarstellung als „unschuldig Verfolgte“ ist die Inszenierung als „nationale Opposition“ und „Kämpferin für das eigene Volk“, mit der die eigene Klientel bedient werden soll. Hier knüpft auch die enge Zusammenarbeit mit dem aktionsorientierten Rechtsextremismus und dem Kameradschaftsspektrum beim „Kampf um die Straße“ an, der in der Wortergreifungsstrategie seine Fortsetzung findet.

Ebenso wie zahlreiche kommunalpolitische Initiativen dient diese Strategie dazu, gegenüber der Präsenz der Rechtsextremen einen Gewöhnungseffekt herbeizuführen und dadurch die gesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen.

Torsten Meyer: geb. 1956, Zimmerermeister/ Versicherungsvertreter, Verordneter in Lichtenberg

Sein Auftreten soll Bürgernähe und kommunalpolitische Kompetenz suggerieren. Insbesondere in geschichtspolitischen Fragen weicht der DVU-Landesvorsitzende vom Abstimmungsverhalten seiner Fraktionskolleg/innen ab und lässt dadurch eine Distanz zur Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus vermuten, die sonst bei Rechtsextremen üblich ist.

Fritz Liebenow: geb. 1949, Fleischermeister, Verordneter in Treptow-Köpenick

Der bekennende Monarchist bemüht sich um ein kommunalpolitisch engagiertes Image, bleibt in seinen Fähigkeiten aber hinter seinen Fraktionskollegen zurück.

Eine ausführliche Behandlung der rechtsextremen „Wortergreifungsstrategie“ liegt in der Handreichung „Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen.“ (Berlin 2007) vor, die von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)“, dem apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V., [moskito] – Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit und Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz herausgegeben wurde.

Download unter: <http://mbr-berlin.de/Materialien/415.html>.

In Berlin zeigt sich die zentrale Bedeutung, die die NPD ihrem Streben nach kommunaler Verankerung beimisst, unter anderem an einer Vielzahl an kommunal- sowie sozialpolitischen Initiativen der rechtsextremen BVV-Verordneten, in deren Fokus die Gewinnung neuer Wähler/innen steht. Zudem sollen Anträge, denen ein rechtsextremer Impetus nicht unmittelbar nachgewiesen werden kann, erschweren, dass die demokratischen Verordneten diese gemeinsam ablehnen.

Das rein kommunalpolitische Engagement der Berliner NPD-Verordneten, mit 31 Kleinen Anfragen sowie 39 Anträgen das am stärksten vertretene Thema von NPD-Initiativen in den Bezirksverordnetenversammlungen, lässt die Bedienung der eigenen Klientel scheinbar stark in den Hintergrund rücken. Doch an zweiter Stelle, ebenfalls gemessen an der Anzahl von Anträgen und Kleinen Anfragen, liegt bereits der Themenkomplex Migrationspolitik/ „Ausländer“ (14 Kleine Anfragen sowie 15 Anträge), in denen die Rechtsextremen meist *die* „Ausländer“ zu Sündenböcken machen.⁶⁴ Gerade bei diesem Themenfeld räumen ihre Wähler/innen der rechtsextremen Partei Kompetenzen ein. Rassistische und geschichtsrevisionistische Initiativen, mit denen sich die NPD Öffentlichkeit erhofft, sind in ihrer Wirksamkeit jedoch begrenzt: Wenn sie allzu oft derartige Skandale inszeniert, so sinkt die Tabuschwelle, und bei der demokratischen Öffentlichkeit setzen Gewöhnungseffekte ein. Gerade die Tabuisierung aber verhilft den Rechtsextremen zu Schlagzeilen.

Bisher führte die Präsenz der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen nicht zu einer merklichen kommunalpolitischen Kompetenzsteigerung der rechtsextremen Verordneten. So sind die rechtsextremen Verordneten meist nicht in der Lage, kommunalpolitische Themenfelder für ihre Strategien zu nutzen. Dennoch muss eingeräumt werden, dass es einzelnen Verordneten gelingt, Erfahrungen in der Gremienarbeit zu sammeln sowie ihr Wissen um formale Verfahrensregelungen und rechtliche Bestimmungen zu erweitern.

Im Vergleich zu den öffentlichen Mitteln, die rechtsextremen Landtagsabgeordneten und -Fraktionen zufließen, sind die materiellen Transfers an Bezirksverordnete gering. Von größerer Bedeutung sind die infrastrukturellen Möglichkeiten, zum Beispiel die Nutzung von Fraktionsräumen oder der Zugang zu öffentlichen Räumen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen keine Berlinspezifische rechtsextreme Strategie Anwendung findet, sondern die bundesweit beobachtbaren Grundlinien rechtsextremer Aktivität in Landtagen und kommunalen Gremien auch unter den besonderen Bedingungen Berlins umgesetzt werden.

Ziel der NPD ist es nach wie vor, in weitere kommunale Gremien und Landtage einzuziehen und sich in der bundesdeutschen Parteienlandschaft als wählbare Alternative zu den demokratischen Parteien zu etablieren. *„Nahezu flächendeckend haben wir heute in Deutschland die Stammwählerschaft für ein Mandat in jedem Landkreis. Dieses Wählerpotential liegt brach“*⁶⁵, so der KPV-Vorsitzende Hartmut Krien. Langfristig erhoffen sich die Rechtsextremen, gesellschaftliche Diskurse maßgeblich mitbestimmen zu können.

Die Doppelstrategie, einerseits die rechtsextreme Wähler/innenklientel zufrieden zu stellen und andererseits zu versuchen, bürgernah aufzutreten und durch anschlussfähige Positionen Gehör und Zustimmung zu finden, ist für die NPD derzeit unumgänglich, bringt sie jedoch auch in spannungsreiche Konflikte. So steht die Partei stets vor die Herausforderung, rechtsextreme Gewalt zu legitimieren beziehungsweise zu bagatellisieren, sich aber gleichzeitig von ihr abzugrenzen.

Modernisierte Formen rechtsextremer Ideologie können an Ressentiments anknüpfen, die in der Bevölkerung weit verbreitet sind.⁶⁶ Die NPD appelliert zudem an Deprivationsängste der Menschen, die sich in Zeiten fortschreitender kultureller und ökonomischer Globalisierung häufig von der gesellschaftlichen Entwicklung bedroht fühlen. Auch in Berlin benutzt sie diese Ängste, indem sie die „soziale Frage“ ethnisiert und mit ethnopluralistischen Argumentationen verknüpft.

Wie nachhaltig die rechtsextremen Normalisierungsbemühungen in Berlin wirken, wird sich – gerade auch vor dem Hintergrund ihres Mangels an bezirklicher Verankerung sowie an überzeugenden Funktionär/innen – bei der kommenden Wahl im Jahr 2011 zeigen.

- 1 Zitiert nach Kneschke, Robert/Steffen, Kirstin: Mitarbeit statt Opposition? Die Strategie der NPD im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg), Hausarbeit an der FU Berlin, Berlin 2005, S. 25.
- 2 Vgl. Brandstätter, Mark: Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, S. 1029-1031.
- 3 Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, in einer Rede auf einer NPD-Demonstration in Rathenow am 16.06.2007. Zitiert nach http://www.inforiot.de/news.php?article_id=12638 (02.09.2008).
- 4 Teil-Wortprotokoll der 14. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick vom 13.12.2007.
- 5 Vgl. beispielhaft die 18. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Antrag „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“, Drucksache VI/0664, dokumentiert im Anhang dieser Handreichung, S. 51.
- 6 Ebd.
- 7 Vgl. die 14. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 13.12.2007, Antrag „Waldemar-Pabst-Platz als Zeichen der wahren Demokratie“, Drucksache 0624/VI.
- 8 Vgl. die Pressemitteilung des Bezirksamtes Lichtenberg vom 14. Januar 2008.
- 9 Beier, Katherina / Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Feike, Katharina / Fischer, Benjamin / Freyber, Pierre / Strüwing, Mathias / Wiedemann, Tim: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006, S. 170. – Peter M. Wagner nennt dies „dreifache Transmissionsfunktion“. Vgl. Wagner, Peter M.: NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994, Berlin 1997, S. 43.
- 10 Vgl. die 17. Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 24.01.2008, Antrag „10 € Mindestlohn für jede Arbeit in Marzahn-Hellersdorf“, Drucksache 0747/VI.
- 11 Vgl. die 17. Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 24.01.2008, Antrag „Schnellere Abschreibung von ausländischen Straftätern“, Drucksache 0745/VI.
- 12 NPD-Landesverband Berlin (Hrsg.): Weiterdenken! Mitteilungsblatt der NPD Berlin, Berlin 2008.
- 13 „Die Fehler des Bezirksamtes“ in: NPD-Landesverband Berlin (Hrsg.): Weiterdenken! Mitteilungsblatt der NPD Berlin, Berlin 2008, S. 2.
- 14 Eckart Bräuniger auf dem Landesparteitag der Berliner NPD am 04.02.2007, zit. nach: Treichel, Thorik / Schlandt, Jakob: NPD verbirgt sich vor ihren Gegnern. Versteckspiel vor Parteitag in Oberschöneweide, in: Berliner Zeitung vom 05.02.2007, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/bin/dump.fcgi/2007/0205/berlin/0037/index.html> (02.09.2008).
- 15 Vgl. die 20. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 26.06.2008, Antrag „Unterrichtsfach Heimatkunde“, Drucksache VI/0902. Auszüge aus der Debatte zum Antrag werden im Anhang dieser Handreichung auf S. 54 dokumentiert.
- 16 Im Partikularismus werden Menschen in verschiedene ethnische Gruppen mit sich vermeintlich widersprechenden Interessen eingeteilt; die Eigengruppe wird gegenüber anderen Gruppen bevorzugt.
- 17 De Benoist, Alain: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest der Kulturen. Berlin 1999, zitiert nach: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Intervention. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung, Berlin 2006, S. 45.
- 18 Gansel, Jürgen W.: Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“, 03.05.2005, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=291 (21.08.2008).
- 19 NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. NPD – Die Nationalen, Berlin 2006, S. 12. – Vgl. auch Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald 2008, S. 11f.
- 20 Wortprotokoll der 5. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 22.02.2007, Antrag „Schutz der deutschen Sprache“, Drucksache 0161/VI.
- 21 4. Sitzung der BVV Neukölln vom 24.01.2007, Antrag „Zusammenlegung von Schülern deutscher Herkunft auf wenige gemeinsame Schulen“, Drucksache 92/XVIII.
- 22 Ring Nationaler Frauen (Hrsg.): Zeit für Zukunft! Müttergehalt statt Elterngeld, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/pdf_datei/muettergehalt.pdf (26.08.2008).
- 23 Ebd.
- 24 NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, <http://partei.npd.de/medien/pdf/Aktionsprogramm.pdf> (25.08.2008).
- 25 Zit. nach: Nordhausen, Frank: „Stramm rechts und hilfsbereit“, in: Berliner Zeitung vom 19.09.2006.
- 26 8. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 24.05.2007, Antrag „Sofortige Einstellung aller Gender-Programme“, Drucksache 0311/VI.
- 27 Ebd.
- 28 Vgl. die Pressemitteilung des RNF vom 30.05.2007, <http://www.ring-nationaler-frauen.de/aktuelles.html> (04.06.2007).
- 29 21. Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 26.06.2008, eigene Aufzeichnungen.
- 30 Vgl. die 19. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick vom 29.05.2008, Antrag „Regenbogenflagge“ der Fraktion DIE LINKE, Drucksache VI/0709.
- 31 Zit. nach einem Bericht der Initiative „Nazis in den Parlamenten“ über die 13. Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 29.11.2007, http://nipberlin.de/daten/index.php?option=com_content&task=view&id=203&Itemid=44 (08.09.2008).
- 32 NPD (Hrsg.): Natur und Umwelt. Grundlagen einer Zukunftssicherung, Flugblatt, <http://partei.npd.de/medien/pdf/ThemenUmwelt.pdf> (28.08.2008).
- 33 NPD (Hrsg.): Eine intakte Natur ist Grundlage unserer Zukunft!, 22.05.2005, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=11 (28.08.2008).
- 34 Vgl. Naujoks, Claudia: Grün oder braun? Zum nationalistischen Okomagazin „Umwelt und Aktiv“, 29.08.2008, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2008/08/29/grun-oder-braun-zum-nationalistischen-okomagazin-%E2%80%99Umwelt-und-aktiv%E2%80%9C_387 (30.09.2008).
- 35 So geschehen laut den Angaben einer rechtsextremen Internetseite am 05.05.2008 im Berliner Bezirk Pankow sowie am 10.07.2008 im Bezirk Lichtenberg. Vgl. u.a. „Umweltschutzkampagne des Nationalen Widerstandes auch in Pankow“, <http://nw-berlin.net/index.php?section=artikel&t=aktuelles&id=174> (28.08.2008).
- 36 „Umweltschutzkampagne des Nationalen Widerstandes auch in Pankow“, <http://nw-berlin.net/index.php?section=artikel&t=aktuelles&id=174> (28.08.2008).
- 37 20. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 26.06.2008, Antrag „Kein gentechnisch manipuliertes Essen in Kitas, Schulen und Kantinen“, Drucksache 0914/VI.
- 38 Gansel, Jürgen W.: Gegen Einwanderung, Europäische Union und Globalisierung, 18.10.2005, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=197 (28.08.2008).
- 39 15. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick vom 31.01.2008, Große Anfrage „Widerspruchsverfahren gegen Bescheide über ALG II im Bezirk“, Drucksache VI/0572 bzw. 21. Sitzung der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 26.06.2008, Große Anfrage „Zum Widerspruchsverfahren gegen Bescheide über ALG II im Bezirk“, Drucksache 0946/VI.

- 40 Vgl. www.berlin.npd.de.
- 41 Manuela Tönhardt, Teil-Wortprotokoll der 8. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 24.05.2007, Antrag „Resolution: Für ein NPD-Verbot – Gesicht zeigen. Für die NPD“ der Fraktionen Bündnis'90/ Die Grünen und Linkspartei.PDS, Drucksache 0322/VI.
- 42 In der Debatte zum Antrag „Für Demokratie und Toleranz – Kein Fußbreit Boden den Nazis“ aller demokratischen Parteien der BVV Treptow-Köpenick vom 16.11.2006, dokumentiert im Anhang dieser Handreichung auf S. 45.
- 43 Udo Voigt in der Debatte zum Antrag „Errichtung eines Denkmals zur deutschen Einheit“ der NPD-Fraktion Treptow-Köpenick vom 23.11.2007; dokumentiert im Anhang auf S. 46.
- 44 Eckel, Annika: Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos. Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik. In: apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V./Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): Berliner Zustände 2007. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin 2008. S. 41.
- 45 Vgl. das Wortprotokoll der 19. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 22.05.2008, Antrag „Errichtung eines Fußgängerüberweges Landsberger Allee vor Wohnblock Nr. 219“, Drucksache 0833/VI.
- 46 Vgl. die Kleine Anfrage des Verordneten Matthias Wichmann (NPD Marzahn-Hellersdorf) vom 04.04.2008, dokumentiert im Anhang dieser Handreichung auf S. 55.
- 47 So bezog sich eine Große Anfrage der NPD-Fraktion Treptow-Köpenick auf die bezirkliche Unterstützung von Gegenaktivitäten anlässlich eines rechtsextremen Aufmarsches im Bezirk. Vgl. Große Anfrage „Verwendung finanzieller Mittel des Bezirkes im Zusammenhang mit dem ‚Fasching gegen Rechts‘ und zu sonstigen Aktionen für Demokratie und Toleranz“, Drucksache VI/0121.
- 48 Vgl. Peters, Toni/Weiss, Michael: Unprofessionell und erfolgreich. Die NPD soll totgeschrieben werden – ein Unternehmen mit wenig Aussicht auf Erfolg. In: monitor – rundbrief des apabiz e.v. Nr. 35. Juni 2008. S. 1-3.
- 49 Statut des „Ring Nationaler Frauen“, § 3, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/pdf_datei/RNF-Statut.pdf (04.12.2008).
- 50 Vgl. Clemens, Dominik: Auf dem Weg zur sechsten Kraft? Neonazis in den Parlamenten: Der Aufstieg der „neuen“ NPD. In: Gebhardt, Richard (Hrsg.): Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis. Köln 2007. S. 55.
- 51 Langer, Kai/Lehmann, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation. Eine Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Hrsg. von der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2008. S. 93.
- 52 Vgl. beispielhaft die 18. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Antrag „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“, Drucksache VI/0664, dokumentiert im Anhang auf S. 51.
- 53 Vgl. exemplarisch die 7. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 26.04.2007, Antrag „Umbenennung der Lichtenberger ‚Migrationsbeauftragten‘“, Drucksache 0255/VI.
- 54 Hähnel, Stella: Erstes Regionaltreffen in Brandenburg, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=25&Itemid=48 (04.09.2008).
- 55 So stellt auch die Autorin Laura Niemann heraus: „In der Regel haben rechtsextreme Fraktionen [...] nur einen geringen Frauenanteil.“ (Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald 2008, S. 29).
- 56 Der früher in der verbotenen neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aktive Eckart Bräuniger wird vom Verfassungsschutz des Landes Berlin als „gewaltbereiter Führungsaktivist“ eingestuft (Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hrsg.): Lagebild Rechtsextremismus in Berlin 2005, Dezember 2005, http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/lage_rechts_05.pdf (28.08.2008), verfügt über enge Kontakte zu rechtsextremen Kameradschafts- und Musiknetzwerken und wurde 2004 bei Wehrsportübungen festgenommen (Vgl. Berliner Zeitung vom 24.11.2005). Jörg Hähnel arbeitete mit der Berliner Kameradschaft „Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNNO) zusammen.
- 57 Vgl. die 4. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 25.01.2007, Antrag „Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für ein selbstveraltetes nationales Jugendzentrum“, Drucksache 0097/VI. Auch in der BVV Treptow-Köpenick engagierte sich die NPD für ein „nationales Jugendzentrum“ (vgl. die 4. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick vom 25.01.2007, Große Anfrage „Verwendung finanzieller Mittel des Bezirkes im Zusammenhang mit dem ‚Fasching gegen Rechts‘ und zu sonstigen Aktionen für Demokratie und Toleranz“, Drucksache VI/0121) – ganz im Sinne der aus dem Kameradschaftsspektrum stammenden Organisator/innen eines rechtsextremen Aufmarsches mit dieser Forderung, der alljährlich im Dezember in Berlin stattfindet.
- 58 So begannen die fraktionslosen NPD-Verordneten in der BVV Neukölln erst nach mehr als einem Jahr, ihre Anträge, die vom den Ältestenrat noch vor der Aussprache im Plenum abgewiesen wurden, gemäß der Geschäftsordnung der BVV erneut auf die Tagesordnungsliste setzen zu lassen.
- 59 In dieser Summe enthalten sind alle Mündlichen, Kleinen und Großen Anfragen, die im Zeitraum von Oktober 2006 bis August 2008 von NPD-Verordneten gestellt wurden.
- 60 Ebenfalls im Zeitraum von Oktober 2006 bis August 2008.
- 61 Vgl. die tabellarische Übersicht aller gestellten Anträge und Anfragen der NPD-Verordneten nach Quantität und Themen im dokumentarischen Anhang auf S. 57.
- 62 Zitiert nach Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bonn 2006. S. 127.
- 63 Der Ausschuss, der bei rechtsextremen Verordneten Priorität genießt, ist der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Fritz Liebenow (BVV Treptow-Köpenick) fehlt in diesem Ausschuss bspw. nur selten, kann jedoch dort erhaltene Informationen kaum in den BVV-Sitzungen verwerten.
- 64 Vgl. die tabellarische Übersicht aller gestellten Anträge und Anfragen der NPD-Verordneten nach Quantität und Themen im Anhang auf S. 58.
- 65 Zit. nach NPD-Pressestelle (Hrsg.): Unser Ziel: Bundesweit präsent. Kommunalpolitische Vereinigung der NPD mit neuer Mannschaft, 15.05.2007, http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=812 (02.06.2008).
- 66 Nach einer Studie von Richard Stöss und Oskar Niedermayer stimmen 16 Prozent der befragten Berliner sowie 30 Prozent der befragten Brandenburger folgendem Satz zu: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Vgl. Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar: Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000-2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008, Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008, S. 25.

DIE DEMOKRATISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN IN KOMMUNALEN GREMIEN



Rathaus Neukölln – Tagungsort der BVV Neukölln

Standen bisher Ziele, Vorgehensweisen und politische Wirksamkeit der rechtsextremen Verordneten im Mittelpunkt der Analyse, so geht es im Folgenden um das Handeln der Demokrat/innen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Wie lässt sich der demokratische Umgang mit den Rechtsextremen beschreiben? Wo liegen Erfolge, was hingegen sind die Herausforderungen, die sich den Demokrat/innen stellen? Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen werden auch die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Auseinandersetzung zwischen Demokrat/innen und Rechtsextremen in den Blick genommen werden.

VERSCHIEDENE TYPEN DES DEMOKRATISCHEN UMGANGS MIT RECHTSEXTREMEN

Zum Weiterlesen: Hafenecker, Benno / Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Berlin 2007.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bekleideten Mitglieder verschiedener rechtsextremer Parteien bundesweit Hunderte kommunalpolitische Mandate. Entsprechend vielfältig stellen sich die Umgangsweisen der demokratischen Parteien dar, die sich unter den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten herausgebildet haben. In Anlehnung an eine Studie von Prof. Dr. Benno Hafenecker und Dr. Sven Schönfelder von der Universität Marburg kann idealtypisch zwischen drei Hauptformen des Umgangs mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien unterschieden werden¹:

- a) „Gelassen, sachbezogen diskutierend“: Im Vertrauen auf die argumentative Überlegenheit der eigenen politischen Position und die eigene kommunalpolitische Kompetenz lassen sich demokratische Mandatsträger/innen auf gleichberechtigte Diskussionen mit Rechtsextremen ein. Dabei wird die antidemokratische Ideologie der Rechtsextremen mehr oder weniger ausgeklammert. Im Mittelpunkt steht hingegen die Auseinandersetzung um kommunalpolitische Sachfragen, die mit sachlichen Argumenten geführt wird. Von Seiten der betreffenden Demokrat/innen wird diese Umgangsweise häufig damit begründet, dass die Rechtsextremen durch demokratische Wahlen an ihre Mandate gelangt und somit als gleichberechtigte Gesprächspartner/innen legitimiert seien. Eine Ächtung der Rechtsextremen könne Missmut bei den Bürger/innen erzeugen und so dem Rechtsextremismus Aufwind geben. Oft heißt es auch, diese/r oder jene/r rechtsextreme Mandatsträger/in trete nicht oder kaum ideologisch gefärbt auf. In der Tat bildet sich der „sachbezogen diskutierende“ Umgang am ehesten gegenüber solchen Rechtsextremen heraus, die ihre Ideologie in diplomatischer, abgeschwächter und wohltdosierter Form vertreten beziehungsweise sich ihrerseits stark auf kommunalpolitische Sachfragen konzentrieren.
- b) „Ignorierend und verachtend“: Bei diesem Typ schmettern und blocken demokratische Mehrheiten in kommunalen Gremien rechtsextreme Anträge und Initiativen ab, ohne inhaltlich zu ihnen Stellung zu nehmen. Zur Begründung wird vorgebracht, dass jede Form öffentlicher Aufmerksamkeit den Rechtsextremismus nur unnötig aufwerte, ihm eine Bühne gebe und ihn damit letztendlich stärke. Stattdessen wollen die Verfechter/innen des „Ignorierens“ dem Rechtsextremismus gleichsam die Luft zum Atmen und den Raum zum Wachsen nehmen. Statt offen Stellung zu beziehen und auf die Gefahren des Rechtsextremismus für ein demokratisches Miteinander zu verweisen, hofft dieser Typus, das Problem werde sich durch eine öffentliche Nicht-Beachtung über kurz oder lang von selbst lösen.
- c) „Entlarvend, selbstbewusst-dechiffrierend“: Bei dieser Form des Umgangs mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und in Landesparlamenten geht es darum, immer wieder öffentlich deutlich zu machen, dass Rechtsextreme einer zutiefst menschenverachtenden Ideologie anhängen und ihre Aktivitäten die Demokratie gefährden – auch und gerade dann, wenn sie sich harmlos, bürgernah und an Sachfragen interessiert geben. Adressat/innen der „entlarvenden“ Auseinandersetzung sind nicht die rechtsextremen Mandatsträger/innen, sondern vielmehr die gesamte Bevölkerung, die zu einer entschiedenen, öffentlich wahrnehmbaren Positionierung für Demokratie und Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus ermutigt werden soll.

DER BERLINER KONSENS

In den kommunalen Gremien Berlins werden im Umgang mit Rechtsextremen alle drei dieser Typen praktiziert. Zwar kommt es häufiger vor, dass Äußerungen oder Anträge rechtsextremer Verordneter – dem „ignorierenden“ Typ entsprechend – stillschweigend übergangen beziehungsweise ohne Debatte abgelehnt werden. Ähnlich wie in den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns überwiegt in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen jedoch bei weitem der „entlarvende“ und „dechiffrierende“ Typ. Dieser stellt das zentrale strategische Leitbild der Demokrat/innen dar.

Die demokratischen Parteien in Berlin sind sich darin einig, dass die NPD demokratischen Grundpositionen unvereinbar gegenübersteht und mit gewaltbereiten Rechtsextremen aus dem Kameradschaftsspektrum verbündet ist. Da sich die NPD somit selbst ausgrenzt², ist ein „gelassener, sachbezogen diskutierender“ Umgang mit ihr von vornherein nicht empfehlenswert.

In der Tat könnte ein „sachbezogen diskutierender“ Umgang der NPD die Möglichkeit bieten, ganz im Sinne ihrer Normalisierungsstrategie das Stigma des Rechtsextremismus und der Gewalttätigkeit abzustreifen und sich als akzeptierte und wählbare politische Kraft zu inszenieren. Dennoch kommt es auch in Berlin hin und wieder zum sachbezogenen Austausch von Argumenten zwischen Demokrat/innen und Rechtsextremen.³

Kern des „entlarvenden“ beziehungsweise „dechiffrierenden“ Umgangs ist es, immer wieder auf den menschenverachtenden Gehalt rechtsextremer Ideologie zu verweisen. Dabei geht es den demokratischen Kommunalpolitiker/innen nicht darum, die – größtenteils ideologisch gefestigten – rechtsextremen Bezirksverordneten von ihrem Weltbild abzubringen, sondern den Bürger/innen der jeweiligen Bezirke die Notwendigkeit aufzuzeigen, rechtsextremen Bestrebungen entgegenzutreten. Dies wird als gemeinsame Herausforderung aller demokratischen Mandatsträger/innen in Zusammenarbeit mit der örtlichen demokratischen Zivilgesellschaft aufgefasst.

Auch unabhängig von besonderen Anlässen wie zum Beispiel rechtsextremen Aufmärschen oder Übergriffen in den Bezirken bemühen sich viele demokratische Verordnete und BVV-Fraktionen, die eigene Kompetenz im Umgang mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien (und auch darüber hinaus) stetig zu erweitern. Rechtsextreme suchen immer wieder gezielt die Diskussion mit Vertreter/innen demokratischer Parteien, um sich selbst rhetorisch auszuprobieren und öffentlichen Raum für rechtsextreme Positionen zu schaffen. Daher ist es auch abseits des Geschehens in den kommunalen Gremien notwendig, dass sich die Demokrat/innen gezielt auf solche inhaltlichen Auseinandersetzungen vorbereiten. Zwischen den demokratischen Parteien sowie innerhalb ihrer BVV-Fraktionen findet diesbezüglich ein kontinuierlicher Prozess der Diskussion und Selbstvergewisserung statt.

Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei das stetige Bemühen der demokratischen Parteien um einen Konsens im Umgang mit den Rechtsextremen. Dies resultiert unter anderem aus den Erfahrungen mit der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, wo die punktuelle Uneinigkeit der Demokrat/innen der NPD immer wieder Möglichkeiten bot, sich propagandistisch in Szene zu setzen. Der Berliner demokratische Konsens über den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien lässt sich folgendermaßen kurz umreißen:

Als weiterführende Lektüre zum antidemokratischen Charakter der NPD empfehlen wir das Buch „Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“ von Toralf Staud (Köln 2005).

- Alle Anträge der Rechtsextremen werden abgelehnt. Dabei wird die Ablehnung durchgängig argumentativ begründet, und zwar – je nach Sachlage – mit dem antidemokratischen und menschenverachtenden Inhalt der Anträge, der nicht immer offensichtlich ist, mit ihrer sachlichen Unangemessenheit oder damit, dass die Demokrat/innen den erklärten Feind/innen der Demokratie keine Gelegenheit liefern wollen, sich als normale, im demokratischen Spektrum akzeptierte Partei zu inszenieren.
- Rechtsextremen Initiativen entgegnet in der Regel nur ein oder eine demokratischen Verordnete/r beziehungsweise Funktionsträger/in. bei dieser Aufgabe wechseln sich die demokratischen Parteien ab. Damit soll gewährleistet werden, dass die erforderliche „entlarvende“ Auseinandersetzung mit rechtsextremen Äußerungen stattfindet, zeitlich begrenzt bleibt und nicht die sonstige Kommunalpolitik überdeckt. Das Rotationsprinzip verhindert, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zur Aufgabe einzelner Parteien oder Verordneter wird.
- Auch wenn die Demokrat/innen nicht immer verhindern können, dass rechtsextreme Verordnete ihren Initiativen demonstrativ zustimmen, so kalkulieren sie doch nie mit den Stimmen der Rechtsextremen und treffen keine Absprachen mit ihnen. Wenn möglich, werden Anträge so formuliert, dass es den Rechtsextremen erschwert wird, ihnen zuzustimmen, ohne in eklatanter Weise ihrer eigenen Ideologie zu widersprechen.

HERAUSFORDERUNGEN

Das häufig feststellbare Fehlen kommunalpolitischer Kompetenz der rechtsextremen Verordneten sowie die rhetorische und intellektuelle Unfähigkeit, die bei einigen von ihnen beobachtet werden kann, verleitet viele demokratische Verordnete dazu, die Rechtsextremen und die Bedeutung der Auseinandersetzung mit ihnen zu unterschätzen. Doch Erfolg oder Misserfolg der Rechtsextremen lassen sich nicht daran messen, ob sie konstruktiv in den BVV- und Ausschusssitzungen mitarbeiten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Berlin ist für die Rechtsextremen nicht ihre kommunalpolitische Gestaltungsfähigkeit ausschlaggebend, sondern vielmehr die Möglichkeit, kommunale Gremien für agitatorische Zwecke sowie im Sinne der rechtsextremen Normalisierungsstrategie zu instrumentalisieren.

Das Hauptaugenmerk der demokratischen Verordneten liegt dagegen in der Regel auf kommunalpolitischen Sachfragen und Aushandlungsprozessen. Die Beschäftigung mit den Parolen und Provokationen der Rechtsextremen empfinden manche von ihnen daher als – auch emotionale – Belastung oder als Ablenkung von der notwendigen Bearbeitung drängender kommunalpolitischer Sachfragen. Demzufolge streben demokratische Bezirksverordnete vielfach danach, den Aufwand für die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen zu minimieren. Dies führt in Einzelfällen zu einer Vernachlässigung der inhaltlichen, „entlarvend-dechiffrierenden“ Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen und Initiativen zugunsten des „ignorierenden“ Umgangstyps.

Auch fällt es manchen demokratischen Verordneten im persönlichen Kontakt schwer, die strikte Abgrenzung gegenüber den Rechtsextremen stets durchzuhalten. Ebenso scheint es, als ob einzelne BVV-Vorsteher/innen die ihnen durch die Geschäftsordnung eingeräumten Möglichkeiten der Sanktionierung inkorrekten Verhaltens durch rechtsextreme Verordnete nicht mehr so rege nutzen wie noch zu Anfang der Wahlperiode. Doch sollten die demokratischen Verordneten und insbesondere die BVV-Vorsteher/innen bei Verfahrens- und Formfehlern sowie ungehörigem Verhalten stets intervenieren und von ihren Sanktionsmöglichkeiten (beispielsweise dem Ruf zur Sache, dem Ordnungsruf, dem Wortentzug und dem Ausschluss von der Sitzung) möglichst regen Gebrauch machen. Sie können so auch mit den formalen Mitteln der BVV-Geschäftsordnungen wirkungsvoll die Spielräume der Rechtsextremen einschränken.

Die kontinuierliche Präsenz der Rechtsextremen bei den BVV-Sitzungen über zwei Jahre hinweg hat trotz aller Bemühungen von demokratischer Seite stellenweise zu einer schleichenden Normalisierung und vor allem zu Ermüdungserscheinungen geführt. Es besteht die Gefahr, dass diese Entwicklung einige Demokrat/innen entmutigen und demotivieren könnte. Im Sinne ihrer Normalisierungsstrategie setzt die NPD beim „Kampf um die Parlamente“ genau auf diese Ermüdung – analog zu ihrem „Kampf um die Straßen“, bei dem ihre Gegner/innen durch fortwährende rechtsextreme Aufmärsche und Kundgebungen zermürbt und langfristig von Protesten abgebracht werden sollen.

In Anbetracht dieser schwierigen Bedingungen fällt die Bilanz der Berliner Auseinandersetzung umso positiver aus: Die Verordneten haben bisher die Normalisierungsstrategie der NPD durchkreuzt und sich kontinuierlich offensiv gegen Rechtsextremismus positioniert. Dabei fällt es den demokratischen Verordneten je nach Themenfeld mehr oder weniger leicht, ihre Ablehnung bestimmter rechtsextremer Initiativen und Äußerungen inhaltlich darzulegen und zu begründen. Sehr gut gelingt die Argumentation gegen offenen Rassismus und Geschichtsrevisionismus, wo sich der delegitimierende Bezug auf den historischen Nationalsozialismus zumeist leicht herstellen lässt. Häufig liegt den Entgegnungen der Demokrat/innen das Ziel zugrunde, den rechtsextremen Verordneten die „biedermännische Maske“ vom Gesicht zu reißen und ihre ideologische und organisatorische Nähe zu den Verbrechen des Nationalsozialismus sowie heutiger rechtsextremer Gewalt aufzuzeigen.

Ein Beispiel hierfür ist der bewegende Redebeitrag des Treptower Bezirksverordneten Peter Thuge („Allianz Die Grauen“) gegen den geschichtsrevisionistischen NPD-Antrag „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“: *„[...] Mein Vater Ernst S. wurde im Herbst 1943 unter dem großen Chapeauté des Circus Krone von der Gestapo verhaftet, weil er als Circusclown Späße über den ‚Gröfaz‘⁴ gemacht hat. Er wurde im Januar 1944 nach dem KZ-Bergen-I-Belsen transportiert und dort von den Nazis ermordet. [...] Auch ich habe als Baby und Kleinkind die Bomben in Hamburg-Rothenburgsort der angloamerikanischen Bomberverbände auf den Kopf gekriegt, in Luftschutzbunkern leben und später in Ruinen spielen müssen, aber kein Demokrat käme heute auf die Idee, gegen die Briten & Amerikaner Stolpersteine einzulassen. Wir haben längst begriffen, das alle vier, ich betone ausdrücklich vier, Alliierten der Antihitlerkoalition uns vom Hitlerfaschismus befreit haben!“⁵* [Fehler im Original]

Scheinbar schwieriger fällt die demokratische Auseinandersetzung bei Initiativen aus, welche die ideologische Modernisierung des internationalen Rechtsextremismus widerspiegeln. Dies ist besonders bei den vermehrt auftretenden ethnopluralistischen Argumentationen der NPD der Fall.

Ähnliches gilt bei Anträgen, Anfragen und Wortbeiträgen, die versteckte Bezüge zur völkischen Ideologie der Rechtsextremen beinhalten. Hierzu gehören zahlreiche umwelt-, gesundheits-, kinder-, jugend-, familien- und gesellschaftspolitische Initiativen. Auf die inhaltliche Auseinandersetzung in derartigen Themenfeldern können sich die demokratischen Verordneten nur wirkungsvoll vorbereiten, indem sie sich gezielt mit den Kernbereichen rechtsextremer Ideologie beschäftigen und in Abgrenzung dazu ihr eigenes demokratisches Profil schärfen.

Zur Problematik des Ethnopluralismus siehe den Abschnitt „Beispielhafte rechtsextreme Ideologie-Elemente“ im ersten Teil dieser Publikation sowie die Begründung des NPD-Antrags „Schutz der deutschen Sprache“ von Jörg Hähnel und den Beitrag von Manuela Tönhardt zum „Unterrichtsfach Heimatkunde“, beide dokumentiert im Anhang.⁶

BELASTUNGEN DES DEMOKRATISCHEN KONSENSES

Wie die Erfahrungen aus den Landtagen Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens gezeigt haben, ist der Konsens unter den demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Selbstverständlich vertreten die demokratischen Parteien ansonsten weiterhin unterschiedliche oder sogar entgegengesetzte inhaltliche Positionen. Der Meinungsstreit innerhalb des demokratischen Spektrums sollte jedoch nicht dazu führen, den Konsens der Ächtung des Rechtsextremismus in Frage zu stellen oder gar aufzukündigen.⁷

Ebenso kann der demokratische Konsens durch zielgerichtete rechtsextreme Spaltungsversuche bedroht werden, welche jedoch bisher erfolglos blieben. Nicht selten versuchen die rechtsextremen Bezirksverordneten, durch einen Diskurs über Extremismus einzelne demokratische Mandatsträger/innen auf ihre Seite zu ziehen und von ihrer eigenen Feindschaft gegen die Demokratie abzulenken. Das demagogische Eintreten gegen „jeden Extremismus“, vor allem aber gegen vermeintlichen Linksextremismus, soll einen Keil zwischen die Demokrat/innen treiben.⁸

Die zahlreichen Anträge rechtsextremer Verordneter zu sozialpolitischen, ökologischen oder rein kommunalen Themen, die keinen offensichtlichen Bezug zu rechtsextremer Ideologie aufweisen, sind ebenfalls als Verschleierungsbemühungen im Kontext der rechtsextremen Normalisierungsstrategie zu interpretieren. Mit solchen Initiativen soll der Eindruck der Harmlosigkeit und Anschlussfähigkeit erweckt und um Zustimmung bei den Demokraten geworben werden, um so den demokratischen Konsens zu unterlaufen.

Auch wenn derartige Spaltungsversuche bisher kaum fruchteten, ist der demokratische Konsens der konsequenten Ächtung des Rechtsextremismus keine Selbstverständlichkeit, sondern stets zerbrechlich. Ratsam erscheint daher eine intensive, kontinuierliche Diskussion innerhalb der demokratischen Parteien, um sich der eigenen Positionen gegenüber rechtsextremen Spaltungsversuchen zu vergewissern.

Bei den rein kommunalpolitischen Initiativen rechtsextremer Bezirksverordneter lässt sich ein rechtsextremer ideologischer Hintergrund oft selbst nach gründlicher Analyse nicht herausfiltern. Hinter diesen Initiativen steht die Absicht, sich populistisch als „Anwalt der kleinen Leute“ zu inszenieren. Ein näherer Blick auf die jeweilige Initiative führt jedoch zumeist zu dem Ergebnis, dass ähnliche Initiativen, von demokratischen Parteien eingebracht, bereits in den kommunalen Gremien sachgerecht verhandelt wurden, sie sich als nicht praktikabel erweisen oder aber die jeweilige politische Forderung gar nicht in den Kompetenzbereich der BVV fällt. Erneut lassen sich hier Parallelen zur Arbeit der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag beobachten: Eine Vielzahl von Initiativen jedweder Art soll Engagiertheit und Politikfähigkeit der NPD simulieren, während den demokratischen Parteien in populistischer Manier ihre angebliche Inaktivität vorgehalten wird.⁹

In den Entgegnungen durch die Demokrat/innen auf derartige Initiativen gilt es daher, vor allem ihren strategischen Hintergrund herauszustellen. Der populistischen Selbstinszenierung der Rechtsextremen kann der jeweiligen Initiative nur mit einer kurzen, sie als instrumentell „entlarvenden“ Ablehnung der jeweiligen Initiative Einhalt geboten werden. Da nicht der Inhalt, sondern das hinter ihr stehende strategische Kalkül das Problem darstellt, sollte der Inhalt auch nicht die Debatte beziehungsweise die demokratische Entgegnung bestimmen.

Zur (Schein-) Aktivität der rechtsextremen Abgeordneten im Schweriner Landtag siehe zum Beispiel den Beitrag „18 Monate Populismus und Provokation. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern“ von Kai Langer und Arne Lehmann. Erschienen ist er auf Seite 63-95 des Sammelbands „Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern“, herausgegeben von der SPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock 2008).

ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG

Während rechtsextreme Parteien die kommunalen Gremien als öffentliche Bühnen für die Verbreitung ihrer Ideologie auszunutzen versuchen, um dadurch neue Wähler/innen zu gewinnen, verfolgen die Demokrat/innen das entgegengesetzte Ziel: die Rechtsextremen als antidemokratisch zu entlarven und eine Ausweitung ihres Einflusses in der (Wahl-) Bevölkerung zu verhindern.

Die öffentliche Wahrnehmung der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird wesentlich davon beeinflusst, in welchem Maße und in welcher Weise die Medien darüber berichten. Ihre Darstellung durch die Medien folgt den allgemeinen Rahmenbedingungen des Nachrichtenmarkts: Kommunalpolitik gehört ohnehin zu den Themen, denen die Medien nur spärlich ihre Aufmerksamkeit widmen. Da die Entscheidungen kommunaler Gremien nur vergleichsweise wenig Menschen betreffen, scheint der Marktwert von Nachrichten und Berichten über die Kommunalpolitik eher gering. Die Berichterstattung über die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Verordneten bezieht sich daher zumeist auf die von den Rechtsextremen inszenierten Skandale, teils auch auf Diskussionen innerhalb des demokratischen Spektrums über den Umgang mit den Rechtsextremen. Selbstverständlich findet auch das demokratische Handeln gegen Rechtsextremismus in den Bezirksverordnetenversammlungen mediale Beachtung; nur selten ist es jedoch der Anlass der Berichterstattung. Die weniger spektakuläre kontinuierliche Konfrontation mit dem Rechtsextremismus samt ihrer Erfolge steht demgegenüber zu selten im Zentrum des Medieninteresses. Nicht nur im Hinblick auf die Auseinandersetzung in kommunalen Gremien, sondern auch allgemein wird der Rechtsextremismus – wie viele andere Themen auch – von den Medien nur konjunkturell aufgegriffen. Es bleibt daher eine Aufgabe für das gesamte demokratische Spektrum, auf eine kontinuierliche und informative Berichterstattung hinzuwirken, die dazu geeignet ist, die Bevölkerung über die Aktivitäten der Rechtsextremen aufzuklären.

Das größte Potenzial der Öffentlichkeitsarbeit demokratischer Parteien in den Berliner Bezirken liegt in ihrer lokalen Verankerung und Anbindung an die örtlichen Milieus. Die demokratischen Parteien haben die Möglichkeit, ihre jeweilige Wähler/innenklientel zielgerichtet über rechtsextreme Gefahrenpotenziale zu informieren. Ihre Öffentlichkeitsarbeit sollte weniger die demokratischen Reaktionen auf Initiativen und Provokationen von rechtsextremer Seite in den Mittelpunkt stellen, sondern verstärkt und zielbewusst eigene inhaltliche Akzente setzen. Vor allem aber bedarf es einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit, damit die potenziellen Wähler/innen in den Bezirken in der Breite erreicht werden. Gerade hierbei stoßen allerdings die Bezirksverbände der demokratischen Parteien, die nicht selten finanziell und personell begrenzte Einflussmöglichkeiten haben, häufig an ihre Grenzen. Umso wichtiger scheint es, die Landesverbände und Abgeordnetenhausfraktionen der demokratischen Parteien verstärkt in die Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksverbände einzubinden.¹⁰ Auch die parteieigenen Medien wie Internetseiten und Mitteilungsblätter könnten der täglichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien verstärkt Aufmerksamkeit schenken.

RAHMENBEDINGUNGEN RECHTSEXTREMER WAHLERFOLGE

Rechtsextreme Wahlerfolge sind Resultate des komplexen Ineinandergreifens mehrerer Faktoren. Bei den Berliner Kommunalwahlen im September 2006 wurden die Rechtsextremen in die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt, ohne vorher je durch kommunalpolitische Kompetenz aufgefallen zu sein. Die NPD war zuvor noch nie in einem kommunalen Gremium Berlins vertreten. Die „Republikaner“ hatten in Pankow zwar in der Vergangenheit vereinzelt Mandate erringen können, ohne sich dadurch jedoch lokal verankern oder ein erkennbares kommunalpolitisches Profil entwickeln zu können. Dass es NPD und „Republikanern“ dennoch für den Einzug in mehrere Bezirksverordnetenversammlungen reichte, lag unter anderem an der gesunkenen Wahlbeteiligung – in absoluten Zahlen hatten sich die Anteile der Rechtsextremen nur geringfügig erhöht. Hinzu kam eine Novellierung des Wahlrechts: Erstmals konnten auch 16-18-Jährige ihre Stimmen abgeben, was vermutlich den rechtsextremen Parteien zugute kam.¹¹ Außerdem wurde eine Aufsplitterung der Stimmen für das rechtsextreme Lager, wie sie zuvor oftmals eingetreten war, durch Absprachen zwischen DVU, NPD und „Republikanern“ verhindert. NPD und Republikaner teilten die Bezirke untereinander auf, während die DVU lediglich einzelne Mitglieder auf den Kandidat/innen-Listen der NPD platzierte.

Siehe dazu etwa die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie „Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen“ von 2008 sowie die Studie „Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008“ von Richard Stöss und Oskar Niedermayer.

Das Ergebnis der Berliner Wahlen von 2006 legt die Interpretation nahe, dass in Berlin ein fester Sockel von „Bekennniswähler/innen“ existiert, die zumindest einzelne Bestandteile rechtsextremer Ideologie teilen und dies durch ihre Wahlentscheidung ausdrücken möchten. Unterschiedlichen Studien und Umfragen zufolge ist dieses Wähler/innenpotenzial, das mit dem Rechtsextremismus sympathisiert, noch um ein Vielfaches höher, als die von Rechtsextremen real erzielten Stimmenanteile vermuten lassen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die rechtsextrem orientierte Klientel den Wahlgang vor allem dazu nutzt, um eine von kommunalpolitischen Sachfragen weitgehend unabhängige politische Stellungnahme abzugeben, die sich eigentlich auf die Bundespolitik bezieht. Der Grundsockel von „Bekennniswähler/innen“, der immer wieder von rechtsextremen Parteien mobilisierbar ist, fällt prozentual umso stärker ins Gewicht, je weniger Menschen ihre Stimme den demokratischen Parteien geben.

Rechtsextreme Wahlerfolge stehen in einem engen Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Problemlagen. Die etablierten Parteien und die parlamentarische Demokratie in Deutschland leiden in weiten Teilen der Bevölkerung an ernstzunehmenden Legitimationsdefiziten. Dies wird in Kombination mit niedrigen Wahlbeteiligungen – die die Erfolgchancen rechtsextremer Parteien erhöhen – allenthalben unter dem Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ beklagt. Sehr viele Menschen trauen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung nicht zu, gesellschaftliche Probleme effektiv lösen zu können, und fühlen sich von keiner der demokratischen Parteien mehr vertreten. Aktuelle Studien der Politologen Richard Stöss und Oskar Niedermayer zufolge sind rechtsextreme Einstellungen häufig mit einer grundlegenden Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen verbunden. Diese Unzufriedenheit ist bei einem Großteil der Bevölkerung vorhanden; in den meisten Fällen artikuliert sie sich nicht rechtsextrem, sondern eher in Form von linken Positionen. Die Häufigkeit und Vehemenz fundamentaler Gesellschaftskritik nimmt – ebenso wie die Häufigkeit von rechtsextremen Einstellungen – zu, je niedriger die soziale Schicht ist, der die Befragten zuzuordnen sind. Als Gründe dieser weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Ordnung benennen Stöss und Niedermayer vor allem Erfahrungen von zunehmender sozialer Ungleichheit, sozialer Kälte, mangelnder Solidarität und gesellschaftlicher Desintegration.¹² Eine ökonomisch motivierte Gesellschaftskritik verbindet sich mit dem allgemeinen Gefühl mangelnder Selbstwirksamkeit, der mangelnden Beeinflussbarkeit des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens durch das Individuum. Angehörige der Unterschichten machen derartige Erfahrungen selbst-

verständlich in stärkerem Maße als Menschen aus der Mittel- und Oberschicht. Besonders auffällig ist, dass Frauen mit einem geringen sozioökonomischen Status proportional viel stärker zum Rechts-Extremismus neigen als vergleichbare Männer.

Die rechtsextremen Akteure, allen voran die NPD, spekulieren mit ihrer propagandistischen Agitation auf genau dieses Potenzial sozialer Ängste und Unzufriedenheit, das vergleichsweise groß und derzeit offenbar stetig wachsend ist. Ihre Strategie der Ethnisierung sozialer Probleme, die sie auch in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen immer wieder verfolgen, dient dazu, die angesprochenen Ängste und Unzufriedenheiten mit rechtsextremen Interpretationsmustern aufzuladen sowie autoritäre, völkisch-rassistische Problemlösungen anzubieten. Diesen Bestrebungen können die demokratischen Parteien langfristig nur begegnen, in dem sie politische Alternativen zur Wahl stellen, die nicht nur demokratisch und menschenrechtsorientiert sind, sondern von den Menschen auch wirklich als Lösungsansätze für gefühlte oder tatsächliche Probleme angenommen werden.

Kommunalpolitik ist die unterste Ebene der parlamentarischen Demokratie und dementsprechend nah an den Bürger/innen. Demokratische Aushandlungsprozesse, wie sie in der Kommunalpolitik stattfinden, bergen große Potenziale, um Demokratie erlebbar zu machen. Langfristig ist es zur Eindämmung des Rechtsextremismus wichtig, die lokale demokratische Zivilgesellschaft kontinuierlich zu stärken. Dies erfordert ein entschlossenes kommunalpolitisches Handeln, das zivilgesellschaftlichen Initiativen die nötige Unterstützung in Form von Räumen, Geldern, Sachmitteln und nicht zuletzt öffentlicher Anerkennung leistet.

Eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse von Richard Stöss und Oskar Niedermeyer findet sich in dem Manuskript „Rechts-Extremere Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008“, einem Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008.

¹ Vgl. Hafeneeger, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 16-19. Die Studie basiert auf Interviews mit demokratischen Politiker/innen aus acht Kommunen in neuen und alten Bundesländern.

² Vgl. Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln, 2005, S. 210: „Die NPD lehnt das Grundgesetz ab. Sie erkennt die allgemeinen Menschenrechte nicht an. Sie ist es, die sich damit ausgrenzt.“

³ Vgl. die 20. Sitzung der BVV Lichtenberg vom 26.06.2008, Antrag „Energie-Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen“, Drucksache 0915/VI. Diesem wurde ausschließlich mit inhaltlich-sachlichen Argumenten begegnet.

⁴ Ironisierend für Adolf Hitler, Abkürzung von „Größter Feldherr aller Zeiten“.

⁵ Die vollständige Rede Thuges finden Sie im Anhang auf S. 52-53.

⁶ Siehe S. 50 und 54.

⁷ Ein problematischer Vorgang spielte sich in den Monaten Mai und Juni 2008 in Neukölln ab, als mehrere demokratische Parteien in der BVV Neukölln versuchten, die CDU-Stadträtin für Bürgerdienste und Gesundheit abzuwählen. Es entspann sich eine teils heftige Auseinandersetzung, in der sich CDU und SPD gegenseitig vorwarfen, die Unterstützung der rechtsextremen NPD in Anspruch zu nehmen.

⁸ Vgl. die 23. Sitzung in der VI. Wahlperiode des Ausschusses Haushalt/Personal/Verwaltungsmodernisierung der BVV Lichtenberg vom 04.06.2008, Antrag „Auszeichnung für Lichtenberger Schülerzeitungen“ der SPD-Fraktion, Drucksache 0758/VI. Torsten Meyer (DVU) beantragte die Änderung der Textstelle „gegen Rechtsextremismus“ des Antrags in „gegen jeglichen Extremismus“, ein CDU- und ein SPD-Abgeordneter stimmten diesem Änderungsantrag zu. Der Vorfall löste heftige Diskussionen aus. Beide Verordneten nahmen schließlich von ihrem Handeln Abstand und bekannten sich erneut öffentlich zu dem demokratischen Konsens, alle rechtsextremen Initiativen abzulehnen.

⁹ Vgl. Langer, Kai/Lehmann, Arne: 18 Monate Populismus und Provokation. Eine Zwischenbilanz der Parlamentsarbeit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Brodkorb, Mathias/Schlottmann, Volker: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2008, S. 63-66 sowie S. 73-82.

¹⁰ Ein Beispiel für eine solche Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bezirksebene war die von einem Mitglied der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus am 15.09.2008 organisierte Podiumsdiskussion „Zwei Jahre Nazis in den Bezirksparlamenten – Wo sind die Strategien gegen die Neue Rechte?“. Bei dieser Veranstaltung trat u.a. der Fraktionsvorsitzende der SPD in der BVV Treptow-Köpenick auf. In der Folge berichteten die Medien über das Thema.

¹¹ Bei den „U 18“-Wahlen an einigen Berliner Schulen errang die NPD weitaus höhere Ergebnisse als im Gesamtdurchschnitt. Vgl. http://ed95.s5.domainkunden.de/u18_auswertung/u18_backend/chart.asp (20.08.2008).

¹² Vgl. Dornbusch, Christian/Virchow, Fabian: Die NPD – Höhenflug oder Niedergang?, in: Deutsche Polizei 7/2008, S. 10-13.

BILANZ UND AUSBLICK



Aula der Max-Taut-Schule - Tagungsort der BVV Lichtenberg

Wie auf den vorangegangenen Seiten gezeigt wurde, folgt das Handeln und Auftreten Rechtsextremer in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen bestimmten strategischen Überlegungen und Vorgaben. Diese liegen letztlich auch bundesweit dem rechtsextremen Agieren in anderen kommunalen Gremien und Landtagen zugrunde. Die NPD misst der kommunalen Verankerung und daher auch der Präsenz in kommunalen Gremien eine hohe Bedeutung bei. Sie versucht, ihre kommunalen Mandatsträger/innen bundesweit zu koordinieren und zu professionalisieren. Dennoch klaffen der strategische Anspruch, den die Partei an sich selbst stellt, und ihre größtenteils defizitäre kommunalpolitische Praxis weit auseinander. Den NPD-Verordneten gelingt es bisher nicht, die ihnen zur Verfügung stehenden politischen Möglichkeiten im Sinne ihrer Hegemoniebestrebungen auszuschöpfen. Die Hauptursache hierfür ist der allgemeine Mangel der NPD an ausreichend kompetentem und vorzeigbarem Personal. Nichtsdestotrotz fahren die rechtsextremen Verordneten kontinuierlich – wenn auch mit sehr unterschiedlichem Erfolg – in ihren Bemühungen fort, die kommunalen Gremien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bezirksverordneten wird deshalb in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung demokratischer Kommunalpolitik bleiben.

Insgesamt gesehen ist die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in den Berliner Bezirksparlamenten jedoch überwiegend als Erfolg für die Demokrat/innen zu bezeichnen. Mit ihrer Normalisierungsstrategie konnte die NPD bisher keine größeren Durchbrüche erzielen. Den Rechtsextremen gelang es in den letzten zwei Jahren nicht, sich als kommunalpolitisch kompetente und akzeptierte politische Akteure zu etablieren. So musste selbst Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender und Bezirksverordneter in Treptow-Köpenick, im März 2008 bei einer Veranstaltung im Rathaus Treptow vor Anhänger/innen eingestehen: „Eine konstruktive Mitarbeit der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen kommt nicht vor.“

Auch die öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen, mit denen sich die NPD als Sprachrohr desjenigen Teils der Bevölkerung zu etablieren versucht, der mit rechtsextremer Ideologie sympathisiert, brachten nur selten den gewünschten Erfolg. Die demokratischen Parteien wiesen solche rechtsextremen Provokationen meist wirkungsvoll zurück.

Den Demokrat/innen gelang es also durchaus, die Ächtung und Stigmatisierung der Rechtsextremen aufrechtzuerhalten und deren Spielräume stark zu begrenzen. Die Berliner Praxis bestätigt damit die erfolgreichen Erfahrungen der Demokrat/innen im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns.¹ An den derzeitigen, im demokratischen Konsens vereinbarten Grundlinien der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Berlins kommunalen Gremien sollte daher weiterhin konsequent festgehalten werden. Besonders im Hinblick auf das „Superwahljahr“ 2009, in dem Europa- und Bundestagswahlen sowie in mehreren Bundesländern Landtags- und Kommunalwahlen stattfinden, ist von einer gesteigerten Aktivität nicht nur der Berliner Rechtsextremen auszugehen. Zudem lassen die Erfahrungen aus den letzten Wahlkämpfen eine zunehmende Konfrontation zwischen Rechtsextremen und Demokrat/innen erwarten. Diesen absehbaren Entwicklungen sollte bereits präventiv begegnet werden. Um die Fraktionen, Unterorganisationen und Mitglieder der demokratischen Parteien angemessen auf das Wahljahr vorzubereiten, ist es empfehlenswert, die bisher gemachten positiven und negativen Erfahrungen genauer in den Blick zu nehmen. Aus ihnen können wertvolle Impulse für die kontinuierliche Weiterentwicklung demokratischer Handlungsweisen gezogen werden.

¹ Vgl. Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald 2008, S. 89; außerdem Staud, Toralf: Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße? Zum Umgang der Demokraten mit der NPD, in: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2008, S. 34/35.

ANHANG



Protest gegen eine NPD-Veranstaltung am Rathaus Treptow - Tagungsort der BVV Treptow-Köpenick

AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS ALS KOMMUNALPOLITISCHE QUERSCHNITTAUFGABE – DOKUMENTATION VON PRAXISBEISPIELEN

Das Engagement gegen Rechtsextremismus darf nicht die Aufgabe einzelner Akteure in den Bezirken bleiben. Die politische Herausforderung liegt vielmehr in einem gemeinsamen Agieren von demokratisch gewählten Mandatsträger/innen, Verwaltungen und der örtlichen demokratischen Zivilgesellschaft. Die folgenden Beispiele repräsentieren nur einen kleinen Ausschnitt aus der vielfältigen Praxis demokratischen Handelns gegen Rechtsextremismus in den Berliner Bezirken. Sie sollen verdeutlichen, wie unterschiedlich sich die politischen und vorpolitischen Handlungsfelder darstellen, in denen Prävention und Intervention stattfinden können, aber auch, welche Bandbreite an Maßnahmen für Demokratieentwicklung möglich ist.

STÄDTISCHE UND KOMMUNALE SELBSTVERPFLICHTUNGEN

Ziel kommunalen Handelns sollte es sein, Rechtsextremen entschlossen entgegenzutreten und ihnen – sowohl sozialräumlich als auch im Rahmen lokaler Diskurse – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Prävention und Intervention Räume zu verwehren. Stattdessen sollten diese demokratisch gefüllt und besetzt werden. Die Entwicklung eines kommunalen Leitbildes für eine gelebte, menschenrechtsorientierte Demokratie, auf dessen Grundlage sich die Kommune gegenüber Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus abgrenzt, ist hierfür eine wesentliche Voraussetzung. Ein solches Leitbild bedeutet mehr als eine rein symbolische Positionierung. Es verschafft den kommunalen Akteuren in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft die notwendige Handlungssicherheit und bildet einen Verständigungsrahmen, auf den sich die Handelnden bei ihren Schritten und Maßnahmen beziehen können. Das handlungsleitende Ziel ist ein qualitativer Demokratiebegriff, der sich an den im Grundgesetz festgelegten unveräußerlichen Menschenrechten orientiert, ihre Verwirklichung anstrebt und sich gegen ihre Verletzung oder Einschränkung zur Wehr setzt.

Der Herausforderung des Rechtsextremismus können die Demokrat/innen nicht ausweichen. Das raumgreifende Vorgehen der Rechtsextremen und die schleichende Normalisierung rechtsextremer Positionen und Erscheinungen muss konsequent und möglichst geschlossen von den Demokrat/innen zurückgewiesen werden. Rechtsextreme stehen außerhalb des demokratischen Grundkonsenses. Sich dies durch die Entwicklung eines menschenrechtsorientierten kommunalen Leitbilds noch einmal zu verdeutlichen, vermittelt den kommunalpolitischen Akteuren Sicherheit in ihren Handlungen. Auf dieser Grundlage muss die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus – ebenso wie die Verteidigung der demokratischen Kultur und ihrer Werte – als eine gemeinsame Querschnittsaufgabe der kommunalen Politik und Verwaltung begriffen werden. Sie sollte in den unterschiedlichen kommunalen Verantwortungsbereichen und gesellschaftlichen Sphären zur Handlungsmaxime gemacht werden – sei es in der Jugendeinrichtung, der Elternvertretung oder dem Sportverein. So kann das kommunale Leitbild beispielsweise in Raumnutzungsverträgen, Sportstättenordnungen, Schul- und Hausordnungen sowie Vereinssatzungen seine praktische Umsetzung finden. Ergänzt wird dies durch eine Haltung der Politik und Verwaltung, die demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt. Das Eintreten für Menschenrechte, für Partizipation und für die Opfer des Rechtsextremismus muss in seinem Wert anerkannt, ermutigt und gefördert werden.¹

Vor diesem Hintergrund ist von besonderem Interesse, dass Berlin im März 2006 der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ beigetreten ist, einem Teil des Netzwerks „Internationale Städte-Koalition gegen Rassismus“, das 2004 durch die UNESCO initiiert worden ist. Sie stellt die Bedeutung der Kommunen heraus, „*wenn es darum geht, eine tolerante und solidarische Gesellschaft zu gestalten und allen Stadtbewohnern, gleich welcher nationalen, ethnischen, kulturellen, religiösen*

oder sozialen Zugehörigkeit, ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen“². Sinn der Vernetzung ist es, sich über zielführende kommunale Strategien auszutauschen und dabei gegenseitige Unterstützung zu erfahren.

Die Mitglieder der Städte-Koalition verpflichten sich einem „Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“, in dem zahlreiche Handlungsansätze benannt werden.³ Viele dieser Ansätze, die im Aktionsplan genannt werden, finden in Berlin bereits ihre Umsetzung. So wird zum Beispiel die in Punkt drei geforderte „Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung“ bereits seit Jahren durch das überbezirklich agierende Projekt „ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ geleistet.

REGISTERSTELLEN ZUR ERFASSUNG RECHTSEXTREMER VORFÄLLE

Die Registerstellen erfassen rassistische, antisemitische und rechtsextrem motivierte Vorfälle in den Bezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg, Pankow und Marzahn-Hellersdorf. Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken werden hier nicht nur gewalttätige Vorfälle erfasst, sondern ebenso rechtsextreme und antisemitische Schmierereien, Plakate, Aufkleber und Pöbeleien, die unterhalb der Schwelle zur offenen Gewaltanwendung liegen. Derartige Vorfälle werden häufig nicht zur Anzeige gebracht oder sind strafrechtlich nicht relevant, beeinflussen jedoch das Klima im Bezirk sowie das alltägliche Leben der direkt Betroffenen. Durch die Erfassung der Gesamtheit von Vorfällen unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz lässt sich ein deutlich genaueres Bild über das Ausmaß rechtsextremer Vorfälle und Propaganda-Aktivitäten in den Bezirken zeichnen. Gleichzeitig können so Schwerpunkte des demokratischen Handlungsbedarfs besser erkannt sowie zielgerichtete und konkrete Handlungsstrategien entwickelt werden.

ANERKENNUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Kommunalpolitik kann spürbar zur Verbesserung der politischen und materiellen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement beitragen. Um zivilgesellschaftliche Initiativen als Kompetenzträgerinnen für alltägliche Strategien der Demokratieentwicklung aufzuwerten, ist die Anerkennung von ehrenamtlichen Engagement durch Vertreter/innen der Kommunalpolitik sehr wichtig. So verleiht zum Beispiel der Bezirk Pankow seit 2002 zum alljährlichen „Internationalen Tag des Ehrenamtes“ am 5. Dezember mehrere Preise an engagierte Bürger/innen aus dem Bezirk. Bei der vierten Preisverleihung im Jahr 2005 wurde unter anderem das Pankower „Netzwerk gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt“ für seine kreativen „Aktionen gegen Rechtsextremismus“ ausgezeichnet.

ÖFFENTLICH EIGENE AKZENTE SETZEN

Um sich auch als BVV öffentlich klar gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu positionieren, werden in Marzahn-Hellersdorf regelmäßig Ausstellungen in den Räumen der BVV gezeigt. Dazu gehörte unter anderem die von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) konzipierte Wanderausstellung „Neofaschismus in der BRD“. Schüler/innen aus dem Bezirk erhielten wiederholt die Möglichkeit, in den Sitzungen der BVV ihre Projekte für Demokratie und Menschenrechte vorzustellen.

Überdies finden im Rahmen der BVV regelmäßig mehrere Gedenkaktivitäten statt: am 27. Januar jeden Jahres für die Opfer des Nationalsozialismus, zusammen mit einer Kranzniederlegung an der Stele für Zwangsarbeiter/innen, am 8. Mai an sowjetischen Ehrenmalen im Bezirk, im Juni für die von

den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Roma und Sinti sowie im September Lesungen „gegen das Vergessen und Verdrängen“. Diese und andere Aktivitäten wurden auf einem ansprechenden Plakat präsentiert, um die vielfältige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, die von der BVV geleistet wird, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

PROTESTE GEGEN RECHTSEXTREME VERANSTALTUNGEN

Im Bezirk Treptow-Köpenick führte die NPD in den letzten beiden Jahren drei Veranstaltungen in bezirkseigenen Räumen durch. Obwohl diese Veranstaltungen teilweise erst sehr kurzfristig in der Öffentlichkeit bekannt wurden, gelang es den demokratischen Parteien gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, ihrem breiten Protest gegenüber dieser raumgreifenden Normalisierungsstrategie der Rechtsextremen öffentlich und kreativ Ausdruck zu verleihen.

Im August 2008 konnte das Bezirksamt bei einer öffentlichen Veranstaltung der NPD-Fraktion der Verbreitung von rassistischem, antisemitischem und rechtsextremem Gedankengut in bezirkseigenen Räumen erfolgreich Einhalt gebieten. Derartige Äußerungen wurden für die Zeit der Veranstaltung durch einen entsprechenden Nutzungsvertrag unter Vertragsstrafe gestellt.⁴ Im Vorfeld der NPD-Veranstaltung wurde unter anderem die Ausstellung „Neofaschismus in der BRD“ der VVN-BdA im Rathaus an zentraler Stelle aufgebaut. Vor dem Gebäude versammelten sich zahlreiche Menschen und protestierten gegen die rechtsextreme Provokation.

DEN ÖFFENTLICHEN RAUM DEMOKRATISCH BELEBEN

Der Ortsteil Rudow im Süden des Bezirks Neukölln stellt seit Jahren einen Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten dar. Die dortigen rechtsextremen Strukturen, die über Jahre gewachsen sind, zeichnen sich durch Aktionsorientierung und Gewaltbereitschaft aus. Ihnen gelingt es immer wieder, Jugendliche zu rekrutieren und einzubinden. Die vor allem jugendlichen Rechtsextremen beziehungsweise rechtsextrem Orientierten prägen an mehreren Orten das Klima des Stadtteils, etwa am Verkehrsknotenpunkt „Rudower Spinne“. Vorläufiger Höhepunkt der rechtsextremen Aktivitäten im März und April 2008 waren zwei Brandanschläge auf Wohnhäuser von Familien mit Migrationshintergrund im sogenannten Rudower „Blumenviertel“.

Diese Brandanschläge gaben Anlass zur Entwicklung des Projekts „Intervention gegen Rechtsextremismus in Rudow“ durch das Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem „Aktionsbündnis Rudow für Demokratie und Toleranz“, dem Trägerverein „Interkulturelles Beratungs- und Begegnungs-Centrum“ (IBBC e.V.) sowie der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin“. Ziel dieses Projektes ist zum einen die Stärkung und Unterstützung insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund im Blumenviertel. Hierzu wird eine aktivierende Befragung in der Nachbarschaft durchgeführt. Zum anderen sollen die Anwohner/innen öffentlichkeitswirksam für die Problemlagen des Rechtsextremismus und Rassismus im direkten Wohnumfeld zu sensibilisieren und ihr Engagement für Demokratie und Respekt zu wecken. An der Rudower Spinne und auf öffentlichen Bussen, die diesen Verkehrsknotenpunkt sowie das Blumenviertel passieren, waren – zeitlich befristet – großflächige Bekenntnisse zu Demokratie und Toleranz zu lesen. An der Rudower Spinne fanden begleitend Informationsstände statt. Mit ihnen verließ die Bezirkspolitik ihrem politischen Willen öffentlich Ausdruck und zeigte demokratische Präsenz. Zudem wurde den Bürger/innen die Möglichkeit des Austauschs und der Beratung eröffnet. Ermöglicht wurde das Projekt durch Mittel aus dem Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie“ sowie dem Berliner Landesprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.

POTENZIALE VON JUGENDARBEIT NUTZEN

Im Bezirk Lichtenberg wurde per BVV-Beschluss ein Bekenntnis zu Demokratie und Toleranz in die Leistungsverträge aller freien Träger der Jugendarbeit aufgenommen: Diese verpflichten sich gegenüber dem Jugendamt, *„die Angebote in der Jugendfreizeiteinrichtung so zu gestalten, dass die aktive Gleichstellung von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und jungen Männern sowie die Vielfalt von Lebensweisen und sexueller Identität Berücksichtigung finden“*, sowie *„alle Angebote frei von diskriminierenden Inhalten zu gestalten und [...] insbesondere Rechtsextremismus und Antisemitismus abzulehnen.“*

Ein ähnlicher Prozess fand in Treptow-Köpenick statt. Hier haben das Jugendamt sowie Jugendarbeiter/innen öffentlicher und freier Träger mit Unterstützung der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)“ Materialien zum professionellen Umgang mit Rechtsextremismus erarbeitet. Der Jugendhilfeausschuss des Bezirkes hat die Arbeitsergebnisse als verbindlich beschlossen beziehungsweise der Jugendarbeit als Hilfestellung für die Praxis empfohlen.

¹ Vgl. Benzing, Anne/Klose, Bianca: Problemaufriss Rechtsextremismus in der Kommune, in: Molthagen, Dietmar u.a. (Hrsg.): Gegen Rechtsextremismus. Handeln für Demokratie, Bonn 2008, S. 208-221.

² Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus: Zehn-Punkte-Aktionsplan vom 10.12.2004, http://www.menschenrechte.nuernberg.de/admin/uploads/files/10_PPA_dt.pdf (19.11.2008), S. 4.

³ Ebd.

⁴ Siehe hierzu auch die Handreichung „Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen“ der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Berlin 2008).

DOKUMENTATION AUSGEWÄHLTER DEBATTEN UND ANFRAGEN AUS DEN BERLINER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN

Die folgenden Redebeiträge wurden in verschiedenen Sitzungen in Bezirksverordnetenversammlungen gehalten. Sie sollen einerseits das Agieren der rechtsextremen Verordneten sowie andererseits die Auseinandersetzung der demokratischen Verordneten mit dem Rechtsextremismus widerspiegeln.

Die Beiträge sind offiziellen Wortprotokollen entnommen; Fehler entstammen dem jeweiligen Original.

Antrag: „Für Demokratie und Toleranz – Kein Fußbreit Boden den Neonazis!“
Drucksache VI/0044

Antragstellende: SPD, DIE LINKE, CDU, Bündnis'90/Die Grünen, SAG, FDP-Gruppe

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen: Die Bezirksverordnetenversammlung schließt sich anlässlich der Demonstration am 9. Dezember 2006 dem Aufruf "Für Demokratie und Toleranz – Kein Fußbreit Boden den Neonazis!" des Bündnisses für Demokratie und Toleranz gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an.

Debatte: vom 16.11.2006, 2. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Protokoll S. 12f.

Abstimmung: Bei der namentlichen Abstimmung stimmen Udo Voigt und Eckart Bräuniger gegen den Antrag, während sich Fritz Liebenow enthält.

Auszüge: *Oliver Igel (Fraktionsvorsitzender, SPD)*

Herr Vorsteher, mein Damen und Herren, Demokratie muss manchmal ziemlich stark sein, stark sein und Unerträgliches ertragen. Dazu gehört auch seit ein paar Jahren, dass, immer fast zur gleichen Zeit, ein kleines Häufchen Ewiggestriger durch unseren Bezirk zieht und dumpfe Parolen von sich gibt. Wir nehmen das nicht nur zur Kenntnis, dass rechtsextreme Kräfte jedes Jahr bei uns eine Demonstration versuchen, sondern, und das ist unser gutes Recht, wir wehren uns auch dagegen. Wir zeigen, dass wir das nicht akzeptieren, dass wir mehr sind, mehr, die dagegen sind, mehr, die anderer Meinung sind. Und, meine Damen und Herren, wir zeigen auch Stolz. Wir zeigen stolz darauf, dass es bei uns im Bezirk ganz zahlreiche Initiativen gibt, viele Bürgerinnen und Bürger, die dagegen kämpfen, die gegen Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus aktiv sind und wir zeigen es auch gern an diesem Tag, wenn Nazis bei uns durch den Bezirk ziehen und wir zeigen dann, dass wir für Demokratie und Toleranz eintreten. Wir haben in der Vergangenheit durchaus Erfahrungen mit Rechtsextremismus hier im Bezirk gemacht. Wir haben gewalttätige Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht und deswegen ist es unser gemeinsames Anliegen, das gemeinsame Anliegen der demokratischen Parteien in diesem Bezirk und in diesem Bezirksparlament, auch dagegen vorzugehen. Am vergangenen Freitag hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz einen entsprechenden Aufruf zur Gegendemonstration am 9. Dezember verfasst. Wir haben nun relativ kurzfristig einen entsprechenden Unterstützungsantrag hier in die BVV eingebracht, weil ja da auch noch viele Unklarheiten waren. Der Termin der Demonstration wurde ja auch noch mal verlegt. So ganz planmäßig scheint das alles nicht zu laufen, von rechter Seite dieses Jahr. Keine Disziplin in diesem Punkt. Wir Demokraten sind da flexibel und können unsererseits auch jeden Tag zeigen, dass wir für Demokratie und Toleranz stehen, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Meine Damen und Herren, von dieser BVV soll ein deutliches Signal gegen den Rechtsextremismus ausgehen, von der ersten BVV-Sitzung an. Dass wir auch heute die Gelegenheit haben, dies zu

dokumentieren, begrüße ich recht sehr, auch, dass wir die Breite der BVV dazu ohne große Probleme gebracht haben, hier einen Unterstützungsantrag einzubringen. Ich bitte herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Udo Voigt (Fraktionsvorsitzender, NPD)

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich denke, Demokratie und Toleranz ist auch das, was man gegenüber Minderheiten zeigt. Ich denke, dass es wichtiger wäre, statt hier eindeutig ein Zeichen dahingehend zu setzen auf Ablehnung, dass man mit den Leuten sprechen würde, dass man hier Initiativen ergreift, um die Ursache und Wirkung auseinander zu halten und sich tatsächlich einmal damit zu beschäftigen, warum dort junge Menschen auf die Straße gehen. Die tun das ja nicht von ungefähr. Aus diesem Grunde meinen wir Nationaldemokraten, dass auch die Antragsteller, die sich hier diesem Antrag angeschlossen haben, einmal klar machen sollten am heutigen Tage, was sie denn unter Rechtsextremismus und Neonazismus verstehen. Denn das ist immerhin ein Schlagwort, was bei uns gebraucht wird. Da jetzt wir Nationaldemokraten ja ebenfalls hier vielfach von ihnen als Rechtsextremisten bezeichnet werden, sieht das mehr oder weniger so aus, als wenn sich Demokraten gegen Nationaldemokraten stemmen. Wir bekennen uns bereits in unserem Namen zur Demokratie. Wir praktizieren das auch, wie wir das am vergangenen Wochenende bei dem Parteitag auch getan haben, wo wir demokratisch gewählt haben und demokratisch gearbeitet haben. Ich halte dies für ein völlig falsches Zeichen. Wenn sie schon ein Signal setzen möchten, dann können sie das heute tun. Die NPD beantragt auf jeden Fall eine namentliche Abstimmung, denn ich denke, sie sollten dann auch klar machen, wer für diesen Antrag ist.

Antrag: „Errichtung eines Denkmals zur deutschen Einheit“ Drucksache VI/0506

Antragstellende: NPD

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht, die Aufrufe des Bundesverkehrsministers Wolfgang Tiefensee und des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert an Bürger, Stadträte und Bürgermeister zur Errichtung von dezentralen Erinnerungsstätten für die deutsche Einheit aufzugreifen und ein solches Denkmal zu errichten.

Begründung: Mit diesem Denkmal sollen die friedliche Revolution in der DDR und die seither erarbeiteten Errungenschaften gewürdigt werden. Das Denkmal soll Rückblick, aber auch Anstoß sein, den demokratischen Aufbruch fortzusetzen und die Demokratie zu festigen.

Debatte: vom 23.11.2007, 13. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Protokoll S. 23ff.

Abstimmung: Gegen drei Ja-Stimmen der NPD wird der Antrag abgelehnt.

Auszüge: *Eckart Bräuniger (NPD)*

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, als am 05.11. dieses Jahres in Berlin die Ausstellung eröffnet wurde „Ein Denkmal für Freiheit und Einheit“, da haben sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee als auch Bundestagspräsident Norbert Lammert dafür ausgesprochen, mehrere Denkmäler, und zwar in Ost- und Westdeutschland, einzurichten. Ich finde die Idee ganz gut, meine Fraktion findet die Idee ganz gut, denn immerhin waren es ja über 80 Orte an denen hier in Mitteldeutschland demonstriert wurde. Das heißt, die Demonstrationen zur damaligen Zeit waren nicht nur auf Leipzig oder nicht nur auf Berlin oder andere Städte bezogen sondern es war eine breite Demonstrationsvielfalt gewesen. Ich denke, indem wir auch in unserem Bezirk ein Denkmal einrichten, was an diese Zeit und die seit dem erreichten oder erarbeiteten Errungenschaften anknüpft, sind wir auf den guten Weg.

Peter Groos (Fraktionsvorsitzender, Bündnis'90/Die Grünen)

Herr Vorsteher, liebe Kollegen, der Deutsche Bundestag hat am 9. November den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin beschlossen. Heute liegt uns der eben vorgestellte Antrag der NPD-Fraktion vor, in Treptow- Köpenick ein Denkmal zur Erinnerung an die Deutsche Einheit zu errichten und damit, wie es heißt, Aufrufen des Ministers Tiefensee sowie des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert zu entsprechen. Ich möchte hier begründen, warum ich Sie um Ablehnung dieses Antrags bitte. Zunächst ist zu fragen, auf welcher tatsächlichen Grundlage der Antrag fußt. Oder: Gibt es die Aufrufe in der unterstellten Intention überhaupt? Norbert Lammert hat angemahnt, dass wir in der Diskussion um ein nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal den Blick nicht allein auf die Ereignisse der Jahre 1989/90 richten sollen. Er ist der Ansicht, dass die wechselhafte Geschichte der Deutschen im Ringen um Einheit und Freiheit während des 19. und 20. Jahrhunderts bei den aktuellen Überlegungen für ein Denkmal insgesamt berücksichtigt werden muss. Ich teile diese Sichtweise, weil es nach meiner Auffassung sonst nämlich kaum gelingen kann, den kommenden Generationen verständlich zu machen, worin die historische Bedeutung der Jahre 89 und 90 für uns Deutsche besteht. Der Bundestagspräsident hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass eine solche Herangehensweise durchaus als – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis – „besonders ehrgeiziges Konzept, in der Bezugnahme von Denkmälern aufeinander münden könnte.“ Zitatende. Damit meint er, das in Beziehung setzen mehrerer historischer Phasen und herausragender Einzelereignisse in ihrer so widersprüchlichen Bedeutung für die jüngere deutsche Geschichte. Bei dem Einheitsdenkmal heute sollte es also auch, so verstehe ich ihn, die Erinnerung an die Geschichte der Teilung, den katastrophalen Irrweg der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die gescheiterten Revolutionen der Jahre 1919 und 1848 einbezogen werden.

Das ist aber etwas völlig anderes, als uns die Antragsteller suggerieren wollen und mit Sicherheit kein Aufruf zum Bau einer Vielzahl von Einheitsdenkmälern im ganzen Land. Tiefensee allerdings hat von der Errichtung dezentraler Erinnerungsstätten gesprochen. Es gehört jedoch nicht besonders viel Einfühlungsvermögen dazu, nachzuvollziehen, dass er sich als ehemaliger Oberbürgermeister von Leipzig nach der Entscheidung für den Denkmalstandort Berlin zu einer Geste in Richtung Leipzig verpflichtet gefühlt hatte. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist also festzuhalten, dass Aufrufe, die ernsthaft so verstanden werden könnten, wir in Treptow-Köpenick sollten uns zum Bau eines Einheitsdenkmals ermuntert fühlen, in der realen Welt nicht vorhanden sind. Damit komme ich zu einer weiteren Frage, die sich näher mit der Parallelwelt der Antragsteller befasst, nämlich der Frage, was mit diesem Antrag bezweckt werden soll. Die NPD-Fraktion in diesem Hause verfolgt dieselbe Strategie, die sie als Partei gegenwärtig in der Bundesrepublik umzusetzen versucht. Sie möchte sich den allgemein Unzufriedenen, den Enttäuschten und sozial Verängstigten, denjenigen, die für sich mit unserer parlamentarischen Demokratie abgeschlossen haben und denjenigen, die in der offenen Gesellschaft Halt vermissen, all diesen, die zum überwiegenden Teil auch in der Mitte der Gesellschaft stehen, als wählbare Alternative anbieten. Deshalb scheuen auch sie hier nicht davor zurück, sich allein aus taktischen Überlegungen als Demokraten zu maskieren und mit demokratischen Prinzipien zu argumentieren, so als seien es ihre Grundüberzeugungen und nicht Objekte ihrer Propaganda. Und genau in diese Parallelwelt parteitaktischer Überlegungen gehört die Forderung der NPD-Fraktion nach dem Bau eines Einheitsdenkmals in Treptow-Köpenick. Wir als die Demokraten hier im Hause sind aufgerufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, den Bürgerinnen und Bürgern in Treptow-Köpenick klarzumachen, dass es sich bei dieser NPD-Fraktion um mal mehr, mal weniger getarnte Feinde der Demokratie handelt. Deutsche Einheit, das gilt es deshalb hier unmissverständlich klar zu machen, wie wir als Demokraten sie verstehen, hat mit Deutscher Einheit der NPD keinerlei Berührungspunkte. Wir begrüßen in der Deutschen Einheit unsere freie Selbstbestimmung und das Ende von Gewaltherrschaft auf deutschem Boden. Für uns ist Deutsche Einheit die Aufforderung, die demokratischen Errungenschaften im Innern zu festigen und zu sichern und die auf friedlichem Interessensausgleich beruhenden Beziehungen nach außen zu pflegen und auszubauen. Für Sie von der NPD ist Deutsche Einheit eine Chiffre für ihre nationalistischen Überzeugungen und politischen Ziele und Resonanzboden ihrer auf einem Überlegenheitswahn beruhenden Visionen eines ethnisch homogenen Landes. Bei manchen Visionen sollte man eben doch zum Arzt

gehen! Drittens und letztens sollten wir uns selbst nach dem Beitrag unseres Bezirks für die Erinnerung an Einheit und Freiheit befragen. Seit 1993 erinnert am ehemaligen Grenzübergang Sonnenallee eine künstlerisch ausgeführte Eisenplatte an die Öffnung der Berliner Mauer; seit 1999 befindet sich an der Kieffholzstraße eine Metallskulptur zur Mahnung an die 15 Mauertoten, die dem Grenzregime zwischen Treptow und Neukölln zum Opfer fielen. Seit 2003 befindet sich am Britzer Zweigkanal ein an Chris Gueffroy, den letzten Toten an der innerdeutschen Grenze, gemahnendes Denkmal; der seit 1992 unter Denkmalschutz stehende Wachturm am Schlesischen Busch ist ein authentischer Ort, an dem seit 2004 die Erinnerung an die Mauer in künstlerischer Form nachempfunden werden kann; seit 2006 erinnert eine Gedenkplatte in der Elsenstraße an einen der zahlreichen Fluchttunnel. Ich füge bewusst hinzu, auch die bezirklichen Gedenkstätten, großen und kleinen Denkmäler bis hin zu Inschriften und Straßenbenennungen zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und zur Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen in der DDR sind unlösbar verbunden mit der Geschichte von Einheit und Freiheit in Deutschland. Ich meine, vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden – der Bezirk Treptow-Köpenick leistet seinen Beitrag zur Erinnerung an die Geschichte von Einheit und Freiheit. Es besteht eine vielgestaltige Erinnerungslandschaft, die natürlich erst durch uns selbst, durch unser bewusstes Handeln und Denken zu einer lebendigen Erinnerungskultur wird. Es ist unsere Aufgabe, an dieser Erinnerungskultur auch in Zukunft mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu arbeiten und uns zu bemühen, mit dieser Aufgabe möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick zu erreichen. Das ist unser nicht geringer Beitrag zur Erinnerung an Einheit und Freiheit in Deutschland. Für die Errichtung eines Denkmals für die deutsche Einheit in Treptow-Köpenick besteht dagegen keine Grundlage. Überhaupt keine. Daher möchte ich Sie bitten, den Antrag der NPD heute, hier abzulehnen.

Eckart Bräuniger (NPD)

Herr Vorstehender, meine Damen und Herren, Herr Groos, ich denke mal, jeder wird die Worte von Herrn Tiefensee und Herrn Lammert anders interpretieren bzw. andere Zitate hier ins Spiel bringen. Genauso wahrscheinlich werden viele der hier Anwesenden, die Errungenschaften der Einheit oder das, was heutzutage unter Einheit zu verstehen ist, anders interpretieren oder auf die Verdienste bestimmter oder verschiedener Personen hinweisen, könnte ich mir denken, dass beispielsweise die Anwesenden in der Linksfraktion möglicherweise, ich sag mal, die Betätigung von Hans Modrow in den Vordergrund geschoben sehen wollen oder die Anwesenden der CDU-Fraktion, die Leistungen von Herrn Kohl berücksichtigt wissen wollen. So oder so, wie dem auch sei, ich denke mal, jeder sollte auch in diesem Hause das Recht haben, einzeln darüber nachzudenken und für sich festzulegen, warum und aus welchem Grund er auch in diesem Parlament so einen Antrag stellt. Jahrelang wird über uns berichtet, wir wären die Dumpfen, die kein Anspruch auf Politik haben, die gar nicht befähigt sind und denen nichts einfällt. Was da alles an Worten zu hören war. Jetzt vernahm ich mit Erstaunen von ihnen, Herr Groos, was sie alles in unsere Politik und in unsere Emotionen hineininterpretieren. Da bin ich ja ganz zufrieden, dass das nach ihrer Ansicht so vielgestaltig und so reichhaltig ist, dass ich damit also ganz zufrieden sein darf. Ansonsten lasse ich mich ungern ein Feind der Demokratie nennen. Aber auch Demokratie ist eine Auslegungssache.

Udo Voigt (Fraktionsvorsitzender, NPD)

Herr Vorstehender, meine Damen und Herren, ich bin schon überrascht hier Zitate aus Verfassungsschutzberichten oder ähnliches zu bekommen, die die Politikdefinition meiner Partei darstellen sollen. Meine Partei heißt nationaldemokratisch, das heißt, wir bekennen uns schon in unserem Begriff zur Demokratie. Sie praktiziert auch die Demokratie. Im alltäglichen Umgang geht es bei uns vielleicht demokratischer zu als in manch anderen etablierten Parteien und auf unseren Veranstaltungen haben selbst politische Gegner immer die Möglichkeiten sich zu Wort zu melden und werden nicht rausgeworfen oder Ähnliches, nur um das von vornherein einmal klarzustellen. Aber was den Begriff der Einheit angeht, die Nationaldemokratie definiert sich eben gerade in den Zeiten der deutschen Befreiungskriege, als Deutschland besetzt war, wie es heute immer noch besetzt ist, als Deutschland geteilt war, als man danach strebte, die Einheit der Deutschen herbeizuführen. Denn bei uns Nationaldemokraten, wenn wir von der Einheit sprechen, dann sprechen wir auch von 1832,

vom Hambacher Fest, als unter den Fahnen unseres Landes – Schwarz Rot-Gold – sich damals 22.000 Studenten, die unter schwierigsten Bedingungen, die unter schwierigsten Bedingungen überhaupt nach Hambach anreisen konnten, zu dieser Fahne mit der Aufschrift „Deutschlands Wiedergeburt“ bekannt haben, werte Anwesende. Als dann nach der '48er Revolution in der Paulskirche die erste deutsche Nationalversammlung zu Tage getreten ist, da begründen wir das, was wir wollen, dass ein Deutschland, nämlich ein einiges Deutschland endlich das erfüllt, was im Artikel 146 unseres Grundgesetzes steht, sich nämlich in freier Selbstbestimmung eine eigene Verfassung zu geben, die nicht von Abgeordneten im Parlament sondern vom ganzen Volk beschlossen ist. Das verstehen wir unter Demokratie, nicht Ausgrenzen, wie es hier in diesem Parlament geschieht, sondern Zusammenarbeit, Mitarbeit, kein Blockparteientum sondern entsprechendes demokratisches Miteinander. Deswegen haben wir selbstverständlich ein Anrecht darauf, ein Denkmal hier zu führen. Während Herr Bräuniger zur damaligen Zeit, im Jahre 1989 und '90 noch in Mitteldeutschland, in der DDR, sein Leben verbrachte, war ich es, der aus dem Westen kommend, in Leipzig an nahezu allen Demonstrationen teilgenommen hat und wir können selbstverständlich daraus ein Recht ableiten, auch hier in Köpenick ein solches Denkmal zu fordern und dem letztendlich nachzugeben, was Tiefensee gefordert hat.

Siegfried Stock (Vorsteher, SPD)

Ich weise ihren Hinweis auf Ausgrenzung ihrer Partei hier in diesem, sie haben, glaube ich, Parlament gesagt, dieser Bezirksverordnetenversammlung – der Bezirk heißt nach wie vor Treptow-Köpenick, dies sollten sie sich auch auf ihre Fahnen schreiben in weiteren Argumentationen – weise ich kategorisch zurück. Sie werden hier nicht ausgegrenzt. Sie haben stets das Rederecht, sie können Anträge stellen und sie können sich in dieses parlamentarische Verfahren ungehindert einbringen. Dass sie keine Mehrheiten finden, ist ein ganz andere Frage, ganz anderes Thema. Herr Retzlaff hat sich für das Bezirksamt gemeldet und dann erhält er auch das Wort.

Dirk Retzlaff (Bezirksstadtrat, SPD)

Sehr geehrter Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich ja nun lange zurückgehalten, aber irgendwann reicht's mal. Und jetzt reicht es mir. Jetzt gehen wir mal die Latte durch. Sie erzählen hier was von 14 – geistiger Schwachsinn. Wir reden hier von 18 und sie wissen ganz genau, was sich hinter der 18 verbirgt und nun gucken Sie nicht so, Sie wissen es! Tun Sie nicht so. Zum 2. Sie fordern – jetzt lassen Sie mich ausreden, ich habe Sie ja auch ausreden lassen, Sie sind doch so ein Demokrat angeblich, angeblich sind Sie doch ein Demokrat. Jetzt halten Sie doch einfach mal bitte den Mund. Ich bin noch nicht fertig. Zum 2. Sie fordern hier irgendwas – ein Nationales Jugendzentrum. Sie wissen überhaupt gar nicht – oder – wir wissen überhaupt gar nicht, was das sein soll. Wir haben den dichtesten Versorgungsgrad mit Jugendfreizeiteinrichtungen – in einer Vielschichtigkeit – alle Jugendlichen sind bei uns herzlich willkommen. Blasen Sie ihren Mist da am 1. Dezember ab. Die Forderung ist völlig hirnlos. So, und zum 2. Jetzt kommen wir mal zu ihrem Einheitsdenkmal. Wer hat es denn bitte vergurkt, wer hat denn dafür gesorgt, dass es 2 deutsche Staaten gab, nach einem von – und ich frage Sie gleich noch etwas – von einem Adolf Hitler verursachten Krieg. Das ist die Ursache der deutschen Teilung. Und da stellen Sie sich heute hin und Herr Voigt, jetzt frage ich Sie ganz ruhig und sachlich, haben Sie heute endlich mal die Courage, öffentlich zu bekennen, dass die Aussage in Medien von Ihnen, dass Adolf Hitler ein akzeptabler Politiker sei, von Ihnen so nie gefallen ist und dass Sie diese Äußerung nie getan haben. Oder sagen Sie hier deutlich, Adolf Hitler ist ein akzeptabler Politiker gewesen. Das Eine oder das Andere, das fordere ich jetzt von Ihnen, hier in diesem Raum. Äußern Sie sich bitte.

Eckart Bräuniger (NPD)

Zwei Sachen nur. Wir können nur abblasen, was wir auch selber auch angemeldet haben, das ist am 1. Dezember nicht der Fall und das andere ist, wir müssen uns auch immer ihre Zwischenrufe gefallen lassen, wenn wir hier vorne stehen. Also steht uns auch dasselbe Recht zu, sie mit Zwischenrufen zu bombardieren.

Siegfried Stock (Vorsteher, SPD)

Wir machen hier mal keine Zwiegespräche. Wir müssen die Form in der Bezirksverordnetenversammlung wahren. Herr Voigt, sie hatten sich gemeldet. Ja, bitte.

Udo Voigt (Fraktionsvorsitzender, NPD)

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, es ist doch interessant, wie man immer wieder Zitate aus dem Zusammenhang hier vorführt. (Zwischenruf) Ja, gut. Er hat eine ganz klare Frage gestellt. Sie bekommen eine ganz klare Antwort. Ein Zitat, das Hitler ein akzeptabler Staatsmann war, gab es von mir nicht. Es gab ein Zitat, das ich gesagt habe: *Hitler war ein großer Staatsmann. Und nur dieses ist stehen geblieben und ich habe damals gesagt, er war ein großer Staatsmann, weil zweifelsohne auch Nero ein großer Staatsmann gewesen ist, weil zweifellos der Kriegsverbrecher Winston Churchill ein großer Staatsmann gewesen ist, nur weil, wer ein großer Staatsmann gewesen ist, kann auch große Verbrechen tun.* Natürlich hat man nur diesen einen Satz herausgegriffen, um dieses in diesem Raume stehen zu lassen. Und Sie haben von mir eben eindeutig gehört, worauf sich die Nationaldemokratie begründet und das sind eben nicht die Jahre von 1933 bis 1945. Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort sagen. Wenn Sie irgendwo die NPD, die im Jahre 1964 gegründet worden ist, verantwortlich machen wollen für die deutschen Teilungen, werte Anwesende, wären damals die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten nicht so politisch unfähig gewesen, hätte es niemals einen Platz für die Nationalsozialisten in Deutschland gegeben. Hätten Sie den Deutschen Arbeit, Brot und eine Zukunft gegeben, wäre es nicht der Fall gewesen.

- Zwischenrufe -

Siegfried Stock (Vorsteher, SPD)

Meine Damen und Herren, wir reden über die Errichtung eines Denkmals zur Deutschen Einheit. (Zwischenruf) Ja, wir haben sie ja auch großzügiger Weise nicht unterbrochen. Aber wir müssen einfach zu unserer Tagesordnung zurückkehren und wir müssen vor allem zur Sache sprechen. [...]

Antrag: „Schutz der deutschen Sprache“ Drucksache VI/0161

Antragstellende: NPD

Antragsinhalt: Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht in Schriften und Verlautbarungen intern und nach außen auf eine saubere Verwendung der deutschen Sprache zu achten und im öffentlichen Raum dahingehend zu wirken, dass Anglizismen zurückgedrängt werden.

Begründung: Die deutsche Sprache als Kulturgut muss im Medienzeitalter einem besonderen öffentlichen Schutz unterliegen, um Eigenart zu bewahren und Identität zu ermöglichen.

Debatte: vom 22.02.2007, 5. Sitzung der BVV Lichtenberg, Wortprotokoll

Abstimmung: Gegen drei Ja-Stimmen der NPD wird der Antrag abgelehnt.

Auszüge: *Jörg Hähnel (NPD)*

Muttersprache, Mutterlaut, wie so wonnesam so traut, erstes Wort, das mir erschallet, erstes süßes liebes Wort. Erster Ton, den ich gelallet, klinget ewig in mir fort. Ach wie trüb ist meinem Sinn, wenn ich in der Fremde bin, wenn ich fremde Zungen üben, fremde Worte brauchen muss. Die ich nimmer mehr kann lieben, die nicht klingen wie ein Gruß. Überall weht Gottes Hauch, heilig ist wohl mancher Brauch. Aber soll ich beten, danken, geb ich meine Liebe kund, meine seligsten Gedanken sprech ich wie der Mutter Mund. Max von Schenkendorf.

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, gestern war der von der UNESCO ausgerufene internationale Tag der Muttersprache. Muttersprache trägt das Wort Mutter in sich. Von einer Mutter erben

wir etwas und wir erben etwas, um es verantwortlich in uns zu tragen, um es an die nächste Generation weiter zu geben. Das heißt wir tragen alle mit unserer Sprache eine Verantwortung in uns. Wir müssen also auch mit unserer Sprache bewusst umgehen. Und gerade Verantwortungsträger in den Kommunen, in den Ländern und im Bund müssen dort an erster Stelle stehen. Entscheidend ist es auch, dass wir vom Bürger verstanden werden. Das heißt wir müssen auch in seiner Sprache reden. Das ist ein Gebot der Offenheit, der Bürgernähe und vor allem des Vorbildes. Die deutsche Sprache ist ein Teil unseres Kulturgutes und ein Teil unserer eigenen Identität. Wenn wir mit dieser Sprache nicht achtsam umgehen, so verleugnen wir uns selber, wenn wir diese Sprache nicht pflegen, wenn wir sie missbrauchen, so missbrauchen wir letzten Endes auch uns selber. Die Deutschen haben leider in ihrer Geschichte immer wieder den Zwang gehabt sich Moden zu unterwerfen. Aber wie es Otto von Bismarck ausdrückte, die Neigung sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern, auch dann, wenn die selben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheit deren geografische Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt. Ich weiß, wir sind uns durchaus bewusst, dass jede Sprache auch eine gewisse Offenheit nach Außen hat. Besonders wenn es keine Worte ohne eine entsprechende deutsche Umschreibung gibt. Aber wir dürfen unsere Sprache nicht freiwillig preisgeben, so wie es heute oftmals im öffentlichen Raum, wenn ich nur an Werbung denke, geschieht, sondern wir müssen bewusst damit umgehen. Und gerade dort müssen wir hier als Verantwortungsträger an vorderster Stelle stehen. Danke.

Henriette van der Wall (Bündnis'90/Die Grünen)

Herr Vorsteher, sehr verehrte Damen und Herren, das was in dieser Drucksache beantragt wird, ist unmöglich. Deshalb empfehle ich der einreichenden Fraktion, diesen Antrag wegen Unrealisierbarkeit zurück zu ziehen um sich nicht der Lächerlichkeit auszusetzen. Eine konsequente Eindeutschung vieler Worte geht einfach nicht. Viele Worte, die die deutsche Sprache verinnerlicht hat, die wir täglich gebrauchen, fast in jedem Satz, auch Sie haben jetzt Worte gebraucht, die nicht deutschen Ursprungs sind, sind griechischen und lateinischen und anderen Ursprungs. So könnte man zum Beispiel wenn wann konsequent deutsch sprechen wollte, was schon versucht worden ist vor einigen Jahrzehnten für das Wort „Sechszylindermotor“ wurde versucht „Sechstoppgaszerknallerling“ einzuführen. Das haben die Urheber dann selbst sehr bald fallen lassen. Und so wurde auch in konsequenter Eindeutschung für das Wort „Nase“, das Wort „Gesichtserker“ verwendet. Das verhundste Englisch, Sie spielen ja hier im Antrag auch auf die Anglizismen ab, mit Deutsch gekoppelt, wird ein Denglisch und zerstört sowohl Englisch als auch Deutsch. Während Englisch in den Ingenieurwissenschaften, in der Informatik und in anderen Bereichen zur Verständigung dient. Es geht also darum, nicht nur darum ob man die Sprache bewusst anwendet. Das tun Sie sehr wohl, sondern es geht darum, dass man die Sprache richtig anwendet. „Falsche Sprache, falsches Denken“. Zitat Leon Feuchtwanger. Und falsches Denken zeugt bewusste Gefahren für Gesellschaft und Individuum.

Antrag: „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“ Drucksache VI/0664

Antragstellende: NPD

Antragsinhalt: Das Bezirksamt wird ersucht, eine Aktion „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“ durchzuführen und zur Umsetzung Schulen und Jugendeinrichtungen einzubeziehen. Zur Erinnerung an die Opfer der sowjetischen Besatzung im Bezirk sollen vor den Häusern der Betroffenen „Rote Stolpersteine gegen das Vergessen“ mit den Namen der Opfer und ihrem Schicksal eingelassen werden.

Debatte: vom 24.04.2008, 18. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Wortprotokoll

Abstimmung: Gegen drei Ja-Stimmen der NPD wird der Antrag abgelehnt.

Auszüge: *Peter Thuge (Allianz Die Grauen)*

Herr Vorsteher, werte Damen und Herren, sicher werden sich einige Anwesende wundern, warum ausgerechnet ich, als Einzelbezirksverordneter der Allianz Graue Panther gegen diesen perfiden Antrag der NPD spreche. Meine Biographie möchte ich möglichst emotionslos und aber doch mit allem Nachdruck hier outen. Mein Vater Ernst S. wurde im Herbst 1943 unter dem großen Chapeauté des Circus Krone von der Gestapo verhaftet, weil er als Circusclown Späße über den „Gröfatz“ gemacht hat. Er wurde im Januar 1944 nach dem KZ-Bergen-/Belsen transportiert und dort von den Nazis ermordet. Meine Mutter Irmgard Thuge wurde in das KZ-Außenlager „Muna“ (Munitionslager) Scheuen bei Celle gebracht, sie musste dort zur Strafe russische Panzermunition entschärfen, was nicht ungefährlich war – zusammen mit Russischen Zwangsarbeitern – die sich fast ausschließlich von Kartoffelschalen und Birkenrinde ernähren mussten, viel mehr bekamen die anderen Häftlinge auch nicht zu essen. Meine Mutter hat überlebt. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht, wir fielen nicht unter das Rassenwahngesetz der NSDAP, allenfalls unter „Politische“. Unser Stammbaum und somit auch meiner gehen zurück bis in das 16. Jahrhundert in der Lüneburger Heide. Die Familie Sembach/ Krone hat in sofern Wiedergutmachung gemacht, dass ich in den Sommerferien als Kind in den 50er Jahren mit den Circus durch Europa reisen konnte. So lernte ich schon früh, das mit den Völkern arbeiten, lachen, tanzen, feiern besser ist als aufeinander schießen! „Euch zur Gunst – Uns zur Freude.“ Eine Entschuldigung oder gar „Wiedergutmachung“ der Nazi-Schergen erfolgte in den letzten 64 Jahren nicht und heute und bis zu meinen letzten Atemzug würde ich auch nicht mehr annehmen! Meine Geschichtsaufarbeitung und damit die auch des KZ-Bergen/Belsen konnte ich erst Anfang 1970 dank eines Geschichtsprofessors der TU-Berlin, beim damals noch von den Amerikanern unter Verschluss gehaltenen Berlin Document Center machen, das heute frei zugänglich ist. Alle Unterlagen, Briefe, etc. sind heute in der Dokumentationshalle des KZ Bergen-Belsen aufbewahrt. Und nun zu dem perfiden NPD-Antrag „Rote Stolpersteine“: Der NPD-Antrag ist eine unerlaubte und perfide Kopie des Projekts Stolpersteine des Kölner Künstlers Gunter Demnig, der seit 1994 bereits mehr als 13.000 kleine Betonwürfel mit einer Messingplatte direkt vor der Haustür von Opfern des Nationalsozialismus einließ, in mehr als 280 Städten und Gemeinden Deutschlands, in Berlin fast 1.700, ausschließlich finanziert von privaten Spendern! Das weiß die NPD offensichtlich nicht, wenn sie damit ein Bezirksamt befragen will! Möge die NPD doch mal versuchen den Antrag in Moskau oder gar Wolgograd einzubringen, mal sehen was das, von der Hitlerdeutschen Wehrmacht überfallene russische Volk, dazu sagt! Auch ich habe als Baby und Kleinkind die Bomben in Hamburg-Rothenburgsort der angloamerikanischen Bomberverbände auf den Kopf gekriegt, in Luftschutzbunkern leben und später in Ruinen spielen müssen, aber kein Demokrat käme heute auf die Idee, gegen die Briten & Amerikaner Stolpersteine einzulassen. Wir haben längst begriffen, das alle vier, ich betone ausdrücklich vier, Alliierten der Antihitlerkoalition uns vom Hitlerfaschismus befreit haben!

Die NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern hat im November 2007 einen ähnlich lautenden Antrag zu „Roten Stolpersteinen“ unter der Drucksache Nr. 5/985 eingebracht, die ich im Anschluss dem Bezirksvorsteher übergeben möchte. Dort wurde der Antrag nicht nur politisch, sondern auch – und nun noch eins drauf – auch formal-juristisch abgelehnt, weil der Künstler die Markenrechte für Stolpersteine angemeldet hat und sie ausschließlich an die Opfer des Faschismus erinnern sollen. Entweder will uns hier der Antragsteller für dumm verkaufen oder er weiß als Bundesvorsitzender nicht was in seinem eigenen Laden los ist. Es gibt in unserem wunderschönen weltoffenen Bezirk mit seiner eigentlich gut arbeitenden Verwaltung und seinen vielen tollen Menschen, die in Initiativen und Vereinen ehrenamtlich für das Allgemeinwohl arbeiten, noch viel zu viele imaginäre „Braune Stolpersteine“, die ein Schandfleck sind und noch weg müssen. Ich empfehle allen demokratischen Fraktionen und der FDP-Gruppe die Ablehnung des Antrags. Das ist das schnelle und endgültige Aus für diese skandalöse Provokation. Ich möchte schließen mit dem Anfangsspruch der Freiheitsglocke auf dem Rathaus Schöneberg, die uns das amerikanische Volk zur Befreiung und Aufbau einer wehrhaften und wachsamem Demokratie geschenkt hat: „Wir glauben an die Unverletzbarkeit der Menschheit – Wir werden jeder Tyrannei Widerstand leisten!“ Ich danke für's Zuhören.

Antrag: „Mahnung an Bücherverbrennung“ Drucksache VI/0700

Antragstellende: DIE LINKE

Antragsinhalt: Das Bezirksamt wird ersucht, Bücher in den Beständen der Bibliotheken von Autoren, deren Werke die Nationalsozialisten bei den Bücherverbrennungen vor 75 Jahren verbrannt haben, als solche zur Mahnung zum Beispiel durch einen entsprechenden Stempel zu kennzeichnen.

Begründung: Am 10. Mai 1933 fanden im nationalsozialistischen Deutschland im Zuge einer „Aktion wider den undeutschen Geist“ der deutschen Studentenschaft Bücherverbrennungen statt, wobei in 22 Universitätsstädten, beginnend mit dem Opernplatz in Berlin, öffentlich zehntausende Bücher von jüdischen, marxistischen und pazifistischen Schriftstellern konfisziert und verbrannt wurden. Darunter waren zum Beispiel die Schriftsteller Erich Kästner, Sigmund Freud, Karl Marx, Kurt Tucholsky. Im Juni 1933 und in den Monaten danach folgten zahlreiche weitere Aktionen. Die Inszenierung und das Kultisch-Rituelle, das Systematische der Durchführung haben diesem „Autodafé“ den Rang der Einmaligkeit in der Kontinuität der geschichtlichen Reihe von der Antike bis zur jüngsten Gegenwart gegeben. Es wurde damit zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft symbolisch mit der kulturellen und geistigen Vielfalt der Weimarer Republik und einer humanistisch aufgeklärten Tradition in der europäischen Kultur gebrochen.

Auf Heinrich Heine geht das Zitat zurück: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Die nationalsozialistische Herrschaft mündete im Zweiten Weltkrieg und in der Shoa. „In aller Öffentlichkeit entfaltete sich ein barbarischer Ungeist, der sich für das wahre Deutschland hielt“, so Bundespräsident Horst Köhler am Jahrestag der Bücherverbrennung.

Debatte: vom 29.05.2008, 19. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick, Wortprotokoll

Abstimmung: Gegen drei Nein-Stimmen der NPD wird der Antrag in den Ausschuss für Bildung und Bürgerdienste überwiesen.

Auszüge: *Eckart Bräuniger (NPD)*

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, die Linkspartei sorgt sich um die Mahnung an Bücher die im Dritten Reich verboten wurden bzw. verbrannt worden sind. Dies ist ihr gutes Recht. Ich möchte an Bücher erinnern, die im Dritten Reich millionenfach gelesen wurden und die heute verboten sind bzw. deren Vertrieb untersagt ist. – Zwischenrufe – Das ist mein gutes Recht. Hinzukommen ungezählte politische Bücher, ich betone politische Bücher, und Publikationen, die seit 1945 in Deutschland erstellt wurden und heute indiziert worden sind, weil sie anscheinend nicht den gesetzgebenden Regularien dieses so genannten freiheitlichsten Staates auf deutschen Boden entsprechen, den es hier jemals gegeben haben soll. Da aber in diesem freiheitlichsten Staat ja anscheinend somit eine politische Zensur stattfindet, die es ja nach dem Grundgesetz so in dieser Form zunächst gar nicht geben dürfte, wäre es richtig, dem Antrag der Linkspartei nicht zuzustimmen. Nichtsdestotrotz sind auch wir für eine besondere Kennzeichnung der von der Linkspartei angesprochenen Bücher. Ich frage mich, warum die Linkspartei überhaupt innen, im Buch drinnen, einen kleinen Stempel machen möchte. Wäre es denn nicht besser, diese Bücher gleich vorab nach außen hin sichtlich im Regal zu kennzeichnen. Ich halte das persönlich für viel vernünftiger. Man weiß ja nie, wie sich alles entwickelt. Wir stimmen diesem Antrag der Linkspartei zu.

Antrag: Antrag: „Unterrichtsfach Heimatkunde“ Drucksache VI/0902

Antragstellende: NPD

Antragsinhalt: Das Bezirksamt wird ersucht sich beim Senat dafür einsetzen, dass in den unteren Schulklassen ein nach Ethnien getrenntes Unterrichtsfach Heimatkunde eingeführt wird.

Begründung: Eine ganzheitliche Bildung und Erziehung unserer Kinder ist die Grundvoraussetzung für ein selbst bestimmtes, erfülltes und inhaltsreiches Leben zum Nutzen der Gemeinschaft. Neben der Erlangung von Allgemein- und Grundwissen sehen wir die Notwendigkeit Heimatbewusstsein als Grundlage deutscher Identität zu wecken und zu fördern.

Debatte: vom 26.06.2008, 20. Sitzung der BVV Lichtenberg, Wortprotokoll

Abstimmung: Gegen die Stimmen der NPD wird der Antrag abgelehnt.

Auszüge: *Manuela Tönhardt (Fraktionsvorsitzende, NPD)*

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, Heimatkunde sollte nicht inhaltlich in anderen Fächern wie zum Beispiel dem bereits praktizierten Fach Sachkunde halbherzig vermittelt werden. Deutsche Heimatkunde soll deutsche Heimatkunde sein und Heimatkunde für unsere ausländischen Gäste soll Heimatkunde über deren Heimat sein. Unseren deutschen Kindern soll die Liebe zu ihrer Heimat und Kultur vermittelt werden. Genau wie den Gastkindern die Liebe zu ihrer außerhalb Deutschlands liegenden Heimat. Unsere ausländischen Gäste sollen sich mit ihrer Heimat identifizieren, sie lieben und schätzen lernen, um ihre Rückkehrbereitschaft zu motivieren und zu fördern. Unsere deutschen Kinder sollen Ideale und Fantasien entwickeln. Ein Zusammengehörigkeitsgefühl leben und damit die deutsche Volksgemeinschaft lebbar gestalten und stärken. Sie sollen die deutsche Sprache lieben und in sich in ihr verwurzelt fühlen. Zu Hause ist da wo man verstanden wird, aber ich meine auch das was man liebt ist zu Hause. Die deutsche Landschaft und Natur, die deutsche Sprache, die deutsche Kultur mit deutschen Dichtern und Denkern, das deutsche Liedgut und die deutsche Identität. Wir erwarten von den Lehrkräften einen lebendigen, inhaltsreichen Unterricht voll Wärme und Zuwendung. Dieses Fach wäre wichtig in einer Zeit, in der der Begriff Heimat verwässert und mit Multi-Kulti verzerrt und aufgeweicht wird. Heimat ist das eins sein von Mensch und Mitwelt. Heimat ist da, wo Wurzeln sind, Heimat ist Kultur, die ich lebe und liebe. Heimat ist Stadt, Land, Sprache, Nation. Wie heißt es doch im bekannten DDR Lied, das doch durchaus auch heute noch seine Berechtigung hat: „Unsere Heimat, das sind nicht nur die Städte und Dörfer. Unsere Heimat sind auch all die Bäume im Wald. Unsere Heimat ist das Gras auf der Wiese, das Korn auf dem Feld und die Vögel in der Luft und die Tiere der Erde und die Fische im Fluss sind die Heimat und wir lieben die Heimat die Schöne und wir schützen sie, weil sie dem Volke gehört, weil sie unserem Volke gehört.“

Manfred Becker (Fraktionsvorsitzender, SPD)

Herr Vorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen mit etwas schöneren Worten ist im Grunde der vertrackte Ausruf uns vor Augen geführt und vors Gesicht gestellt worden. Deutschland den Deutschen, Ausländer raus. Nicht mehr und nicht weniger, liebe Frau Tönhardt, haben Sie hier gefordert. Im Übrigen heißt es Sachunterricht seit einiger Zeit. Der hat in der Tat Heimatkunde abgelöst als ein zentraler Lernbereich in der Grundschule, indem es darum geht die Auseinandersetzung der Kinder mit ihrer Mit- und Umwelt zu fördern und zwar der natürlichen Umwelt mit dem Vögeln und dem Fluss und der guten Luft. Die technische Umwelt und die soziale Umwelt. Und die soziale Umwelt das sind eben auch die Mitbürgerinnen und Mitbürger die hier leben teilweise seit Generationen mit einer etwas anderen Vergangenheit, mit einer etwas anderen kulturellen Einflussnahme durch ihre Familien. Aber was wir wollen ist Integration. Wir wollen nicht die Trennung, die Separierung. Die Deutschen kriegen die deutsche Heimatkunde und die Türken die kriegen die türkische Heimatkunde damit sie Lust kriegen hier weg zu gehen. Nein das wollen wir nicht. Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab.

Antrag: „Fortschreibung des Lichtenberger Maßnahmeplans Integration zur Umsetzung des Berliner Integrationskonzepts „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken““ Drucksache VI/1056

Antragstellende: Bezirksamt, Bezirksbürgermeisterin

Antragsinhalt: Das Lenkungsgremium Integration des BA hat aufgrund seiner in fünf Jahren gesammelten Arbeitsergebnisse empfohlen, das am 03.07.2007 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin zur Grundlage der bezirklichen Integrationspolitik zu nehmen. In dem Lichtenberger Maßnahmeplan werden die Aktivitäten, Ziele und Perspektiven für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet unter Mitwirkung der Migranten und Migrantinnen dargestellt.

Debatte: vom 06.11.2008, Fortsetzung der 23. Sitzung der BVV Lichtenberg, Wortprotokoll

Abstimmung: Gegen die Stimmen der NPD wird der Antrag in die Ausschüsse überwiesen.

Auszüge: *Jörg Hähnel (NPD)*

Herr Vorsteher, meine Damen und Herren „Multikultur ist gescheitert“ sagte schon Neuköllns Bezirksbürgermeister Buschkowski. Nun versucht man mit einem neuen Zauberwort das Gleiche umzusetzen, nämlich mit dem Wort Integration. Letzten Endes egal unter welchem Begriff sich das auch verbürgt, geht es jedoch um nichts anderes als um die Schaffung von Parallelwelten und letzten Endes um die Verdrängung der Deutschen Mehrheitsbevölkerung. Das was uns heute hier so schön als eine bunte, vielfältige Welt verkauft wird ist zwar viel Breite, aber wenig Tiefe. Verfassungspatriotismus als gesellschaftlicher Minimalkonsens wird aber keine Grundlage einer stabilen Ordnung bilden. Ganz im Spenglerschen Sinne geht es hier von der Überführung der Kultur in eine bloße Zivilisation, in eine Auflösungsgesellschaft. Wir als NPD werden uns der geplanten Auflösung des Deutschen Volkes mit aller Macht und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegensetzen. Diese Auflösung ist, ich wiederhole mich hier, nichts anderes als Völkermord. Völkermord aber ist ein Verbrechen und jeder der dem Wort Integration zustimmt, muss sich auch gefallen lassen, als Verbrecher bezeichnet zu werden. Was wir, was wir, ja wer jetzt wieder mit Gerichten droht, zeigt doch, wie erbärmlich er in seiner Argumentation letzten Endes ist. Was wir in Lichtenberg und was wir in Berlin und Deutschland brauchen, ist keine Integration sondern ein Konzept zur Ausländerrückführung.

Rainer Bosse (Vorsteher, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben ein Beispiel erlebt, wie sehr leichtfertig mit Begriffen umgegangen wird. Herr Hähnel, ich erlaube mir an der Stelle, was ein Vorsteher sehr selten macht, einen Kommentar. Wenn Sie meinen, dass Integration und Völkermord in eine Kiste gehören, dann muss ich Ihnen sagen, dann stehen Sie mit dieser Meinung in diesem Raum deutlich allein.

Kleine Anfrage: Kleine Anfrage: „Mitgefühl mit den Opfern Linker Gewalt“ Drucksache KA-137/VI

Anfragesteller: *Matthias Wichmann (NPD)*

Werdegang: gestellt am 04.04.2008 in der BVV Marzahn-Hellersdorf; beantwortet am 26.05.2008 durch Dagmar Pohle (Bezirksbürgermeisterin)

**Anfrageinhalt
und Beantwortung:**

Das Bezirksamt wird um Auskunft gebeten: In Marzahn-Hellersdorf häufen sich in den letzten Wochen Übergriffe von linken Gewalttätern auf friedliche Bürger.

1. Wie geht das Bezirksamt mit derartigen Übergriffen um?

Zu 1.: Das Bezirksamt lehnt jegliche Gewalt gegen Personen oder Sachen ab. Es teilt die vom Fragesteller getroffene Aussage nicht.

2. Warum wird in den Bezirkszeitungen über linke Gewalt geschwiegen?
- Zu 2.: Da das Bezirksamt selbst kein Herausgeber von Zeitungen ist, kann dazu keine Aussage getroffen werden.
3. Unterstützt das Bezirksamt auch die Opfer linker Gewalt?
- Zu 3.: Alle Opfer von Gewalttaten können Hilfsleistungen des Gesundheitsamtes Marzahn-Hellersdorf/Sozialpsychiatrischer Dienst in Anspruch nehmen. Dem Bezirksamt sind keine Opfer linker Gewalt bekannt geworden. Das Bezirksamt ist nicht um Unterstützung ersucht worden.
4. Wie hoch ist die Zahl der Straftaten ausgehend von linker Gewalt im Bezirk Marzahn-Hellersdorf in den Jahren 2005, 2006 und 2007?
- Zu 4.: Nach Informationen des Polizeipräsidenten in Berlin sind für den Bereich Marzahn-Hellersdorf folgende Gewaltstraftaten der politisch motivierten Kriminalität Links registriert:
2005: 5 Fälle
2006: 1 Fall
2007: 1 Fall
5. Sieht das Bezirksamt Handlungsbedarf ein Aktionsprogramm bzw. Aktionsplan gegen Linksextremismus zu starten?
- Zu 5.: Nein.

Mündliche Anfrage: Mündliche Anfrage: „2. Hindutempel“ Drucksache 0791/XVIII

Anfragesteller: Jan Sturm (NPD)

Werdegang: 09.07.2008, 19. Sitzung der BVV Neukölln

Anfrageinhalt und

Beantwortung:

Ich frage das Bezirksamt:

1. Mit welcher Begründung wurde oder wird einer, zumeist aus Tamilen bestehenden, 200 Seelen-Gemeinde die Baugenehmigung für einen weiteren Großtempel, welcher dem Kriegsgott Murugan gewidmet werden soll, erteilt, wenn doch der Ganesha-Tempel allen Hindus offen stehen soll, nicht voll ausgelastet sein wird und es in den Heimatländern üblich ist gemeinsam zu beten und zu feiern?
- Zu 1.: Anlagen für kirchliche Zwecke sind im allgemeinen Wohngebiet nach § 4 Abs. 2 Bau-Nutzungsverordnung zulässig. Das betreffende Grundstück in Britz liegt im allgemeinen Wohngebiet. Der Baukörper mit den Ausmaßen eines Einfamilienhauses entspricht in Art und Umfang den rechtlichen Vorgaben. Eine Baugenehmigung war zu erteilen.
2. Mit welcher Begründung wollen sie in Zukunft den Bau von Großmoscheen verhindern, wenn die Muslime dieser Stadt mal durchzählen und ebenfalls für jede 3000 ste Nase eine Großmoschee fordern?
- Zu 2.: Sprache und Diktion Ihrer Mündlichen Anfrage, insbesondere der Frage zwei, zeigen nach meiner Auffassung deutliche Defizite in Bezug auf die Akzeptanz des friedlichen Miteinanders der unterschiedlichen Religionen in einem multikulturellen Bezirk wie Neukölln. Ich komme zu dem Schluss, dass Sie mit Ihrer Wortwahl in erster Linie wieder einmal provozieren wollten und weniger eine inhaltlich fundierte Antwort erwartet haben. Dieser Erwartung komme ich nach und überlasse die Bewertung Ihrer feinsinnigen Formulierungen dem mündigen Bürger.

TABELLARISCHE DOKUMENTATION DER RECHTSEXTREMEN ANTRÄGE UND ANFRAGEN

Anträge sowie Kleine, Mündliche und Große Anfragen der NPD in den Bezirksverordnetenversammlungen wurden für den Zeitraum von Oktober 2006 bis August 2008 erfasst.

ANTRÄGE DER NPD IM VERGLEICH

Zeitraum		Lichtenberg	Marzahn-Hellersdorf	Neukölln	Treptow-Köpenick	Gesamt
2006	Oktober	0*	0	0*	0	0
	November	0	0	0	0	0
	Dezember	1	0	0	0	1
2007	Januar	3	0	2	0	5
	Februar	1	3	1	2	7
	März	0	1	0	1	2
	April	3	2	3	1	9
	Mai	3	0	0	1	4
	Juni	1	1	/**	0	2
	Juli	0	/**	1	/**	1
	August	3	1	/**	0	5
	September	0	0	2	17	19
	Oktober	3	/**	3	/**	6
	November	1	0	/**	6	7
	Dezember	2	2	3	0	7
2008	Januar	3	4	0	0	7
	Februar	2	1	6	0	9
	März	1	/**	0	/**	1
	April	3	3	1	1	7
	Mai	2	0	2	1	5
	Juni	4	0	0	1	5
	Juli	2	0	0	0	2
	August	/**	/**	/**	/**	0
	Durchschnitt pro Monat	1,65	0,78	1,04	1,35	4,83
Gesamt	38	18	24	31	111	

* Konstituierende Sitzungen

** Keine Sitzung

AUFTEILUNG DER ANTRÄGE NACH THEMEN¹:

Thema ⁸⁷	Lichtenberg	Marzahn-Hellersdorf	Neukölln	Treptow-Köpenick	Gesamt
Kommunales	10	2	2	25	39
Migrationspolitik/ „Ausländer“	3	4	6	2	15
Soziales	5	1	4	0	10
Schule/Jugend	7	2	5	0	14
Rechtsextremismus- bekämpfung	2	0	0	0	2
Kriminalität / Innere Sicherheit	3	2	3	1	9
Gewalt von links	0	0	1	0	1
Geschichtspolitik (inklusive DDR-Vergangenheit)	4	5	2	2	13
Sonstiges (Gender Main- streaming, Umwelt)	4	2	1	1	8
Gesamt	38	18	24	31	111

KLEINE, MÜNDLICHE UND GROSSE ANFRAGEN IM VERGLEICH

Lichtenberg:	Kl. Anfragen	Mündl. Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	17	14	0
Hähnel	2	3	0
Meyer	5	7	0
Tönhardt	10	4	0

Marzahn- Hellersdorf:	Kl. Anfragen	Mündl. Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	30	6	10
Burkhardt	6	0	3
Chieduch	9	1	1
Wichmann	15	5	6

Neukölln:	Kl. Anfragen	Mündl. Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	5	6	3
Sturm	5	5	1
Vierk	0	1	2

Treptow -Köpenick:	Kl. Anfragen	Mündl. Anfragen	Große Anfragen
Gesamt	30	28	6
Bräuniger	8	6	0
Liebenow	11	18	0
Voigt	11	4	6

Gesamt:	Kl. Anfragen	Mündl. Anfragen	Große Anfragen	Anfragen gesamt
Gesamt	85	54	19	158
Lichtenberg	17	14	0	31
Marzahn-Hellersdorf	30	6	10	46
Neukölln	5	18	3	14
Treptow-Köpenick	33	4	6	67

AUFTEILUNG DER KLEINEN ANFRAGEN NACH THEMEN:³

Thema⁴	Lichtenberg	Marzahn-Hellersdorf	Neukölln	Treptow-Köpenick	Gesamt
Kommunales	7	7	3	14	31
Migrationspolitik/ „Ausländer“	4	6	1	3	14
Soziales	1	2	0	11	14
Schule/Jugend	3	5	0	1	9
Rechtsextremismus- bekämpfung	2	3	1	1	7
Kriminalität / Innere Sicherheit	0	5	0	0	5
Gewalt von links	0	2	0	0	2
Geschichtspolitik	0	0	0	0	0

¹ Die Tabelle wurde angelehnt an Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald 2008. S. 68f.

² Manche Anträge passen thematisch in mehr als eine Kategorie, wurden jedoch nur der Kategorie zugeordnet, der sie am ehesten entsprechen. Das schließt nicht aus, dass bspw. ein Antrag, der sich mit „Soziales“ beschäftigt, auch das Thema „Migrationspolitik/ ‘Ausländer‘“ anschnidet.

³ Vgl. Fußnote 33.

⁴ Vgl. Fußnote 34.

LITERATURTIPPS

Rechtsextremismus in Parlamenten

Beier, Katherina / Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Feike, Katharina / Fischer, Benjamin / Freyber, Pierre / Strüwing, Mathias / Wiedemann, Tim: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

Brodkorb, Mathias / Schlotmann, Volker: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2008.

CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aktiv für Demokratie und Toleranz. Handreichung zum Umgang mit Rechtsextremisten, Schwerin 2008.

Eckel, Annika: Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos. Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik, in: apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) (Hrsg.): Berliner Zustände 2007. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin 2008, S 37-45.

Hafeneger, Benno / Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten – Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Eine qualitative Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2007.

Horáček, Milan / Striegel, Sebastian (Hrsg.): Nazis in den Parlamenten, Halle 2008.

Kneschke, Robert / Steffen, Kirstin: Mitarbeit statt Opposition? Die Strategie der NPD im Landkreis Oder-Spree (Brandenburg), Hausarbeit an der FU Berlin, Berlin 2005.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): „Kampf um die Rathäuser“. Berliner Kommunalpolitik zwischen rechtsextremer Normalisierungsstrategie und demokratischem Handeln, Berlin 2007.

Niemann, Laura: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr, Greifswald 2008.

Rechtsextremismus allgemein

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.:

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Programm, Struktur, Personal und Hintergründe, 2., aktualisierte Auflage, Berlin 2008.

Beer, Angelika/Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Gefahr in Deutschland, Berlin 2008.

Brandstetter, Marc: Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006.

Dornbusch, Christian / Virchow, Fabian: Die NPD – Höhenflug oder Niedergang?, in: Deutsche Polizei 7/2008, S. 6-15.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin / [moskito] – Netzwerkstelle gegen Fremdenfeindlichkeit / antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum e.V. / Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz (Hrsg.): Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen, Berlin 2007.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.): Handlungs-Räume. Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen von öffentlich-rechtlichen Veranstaltungsräumen, Berlin 2008.

Röpke, Andrea / Speit, Andreas (Hrsg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2008.

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Bonn 2006.

Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar: Berlin-Brandenburg-Bus 2008. Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg 2000 - 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2005 und 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008.

EMPFEHLENSWERTE INTERNETSEITEN

apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.
www.apabiz.de

ENDSTATION RECHTS. – Ein Portal gegen Rechtsextremismus und über Rechtskonservatismus
www.endstation-rechts.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
www.mbr-berlin.de

Mut gegen rechte Gewalt – Das Internetportal gegen Rechtsextremismus
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Netz gegen Nazis
www.netz-gegen-nazis.de

NPD-BLOG.INFO – Eine Dokumentation über die NPD und menschenfeindliche Einstellungen
npd-blog.info

Projekt „Nazis in den Parlamenten“ – Berlin
www.nip-berlin.de

Projekt „Nazis in den Parlamenten“ – Sachsen
nip.systemli.org

Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
www.reachoutberlin.de



vdk

Das Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) “ und kooperiert eng mit der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)“ (www.mbr-berlin.de).

Miteinander leben in
Berlin
Der Beauftragte des Senats
für Integration und Migration

Es wird gefördert durch den Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration im Rahmen des „Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“.

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse

Chausseestraße 29 | 10115 Berlin | Telefon: 030. 27 59 50 27
doku-und-analyse@vdk-berlin.de | www.vdk-berlin.de